



**Rechtsextreme Strukturen,
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
und bürgerschaftliches Engagement gegen
Rechtsextremismus in der
Landeshauptstadt Dresden**

Inhaltsübersicht

A ZUM KONZEPT DER ANALYSE	5
B EMPIRISCHE ERGEBNISSE	6
B1 RECHTSEXTREMISTISCHE STRUKTUREN IN DRESDEN. ERSCHEINUNGSBILD UND RELEVANZ	6
B2 GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DRESDEN.....	67
C AUSBLICK	145

Vorwort

Diese Studie zu rechtsextremen Strukturen, *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* und bürgerschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden wurde im Rahmen des Landesprogramms "Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz" und des "Lokalen Handlungsprogramms für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus" der Landeshauptstadt Dresden gefördert. Sie besteht aus zwei Teilen.

In Teil 1 werden die rechtsextremen Strukturen analysiert, d.h. es werden die Erscheinungsformen beschrieben und die politische Relevanz eingeordnet.

Die empirische Darstellung bezieht sich dabei auf den parteiförmigen und den bewegungsförmigen Rechtsextremismus mit seinen verschiedenen Varianten und ihren Opfern sowie möglichen Verschiebungen in der politischen Kultur.

Diese rechtsextremen Strukturen entstehen nicht im „gesellschaftsfreien“ Raum, sondern sind immer auch mit politischen und sozialen Entwicklungen und den Einstellungsmustern in der Bevölkerung, d.h. sowohl mit unterstützenden, desinteressierten oder engagiert dagegen votierenden Gruppen verbunden.

Teil 2 der Untersuchung konzentriert sich deshalb auf das Ausmaß von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* mit ihrer Ideologie der Ungleichwertigkeit als ein Kernelement der rechtsextremen Varianten in der Dresdener Bevölkerung.

Zugleich wird aber auch die Bereitschaft des Engagements sowohl gegen die parteiförmigen wie bewegungsförmigen Variationen des Rechtsextremismus untersucht.

Die Analysen zu rechtsextremen Gruppen im Zusammenhang mit den Einstellungsmustern in der Bevölkerung sollen dazu dienen, die Aktivitäten von demokratischer Politik, Verbänden jeder Art und unorganisierte Gruppen der Zivilgesellschaft, Schulen und lokalen Medien dazu anzustiften über "Dresdner Zustände" nachzudenken, um sich zu einer reflexiven Stadtgesellschaft zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln, und das demokratische Engagement voran zu treiben.

Wilhelm Heitmeyer

Autorenteam

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Leiter)

Dr. Dierk Borstel (Teil 1)

Dipl.-Sozw. Andreas Grau, Dipl.-Soz. Sylja Wandschneider,

Dipl.-Soz. Julia Marth (Teil 2)

Kontakt:

Universität Bielefeld
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
Leitung: Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
Tel. 0521/106 – 3164
Fax 0521/106 – 6415
ikg@uni-bielefeld.de
<http://www.uni-bielefeld.de/ikg>

A

Zum Konzept der Analyse

Die Analysen, die im Rahmen einer Beratung zum Lokalen Handlungsplan der Stadt Dresden durchgeführt wurden, haben das Ziel, umfangreiche Informationen für Handlungsstrategien bereit zu stellen. Die Analysen und Vorschläge sollen dabei die Entwicklung eines umfassenden städtischen Handlungskonzeptes für Vielfalt, Demokratie und Toleranz unterstützen und befördern.

Die empirischen Ergebnisse, die im folgenden Abschnitt B vorgestellt werden, basieren dabei auf drei verschiedenen Untersuchungseinheiten, die mit je unterschiedlichen Untersuchungsansätzen einen Einblick in die lokalen rechtsextremen Strukturen und in menschenfeindliche Mentalitätsbestände liefern.

Untersuchungseinheit B1 widmet sich Erscheinungsweisen von Rechtsextremismus in Dresden. Basierend auf Informationen, die über qualitative Verfahren (Dokumentenanalyse, Interviews) sowie Beobachtung erfasst wurden, analysiert diese Untersuchungseinheit die organisierte bzw. subkulturelle rechtsextreme Szene in Dresden und ihre Aktivitäten sowie lokale Schwerpunkte und greift dabei auf die Einschätzung verschiedener relevanter Akteure zurück.

Untersuchungseinheit B2 dokumentiert Erkenntnisse zur Qualität des Zusammenlebens vor Ort, die sich aus einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in ausgewählten Dresdner Ortsämtern ableiten lassen. Die Schwerpunkte dieser Lokalanalysen liegen auf der Erfassung von demokratiegefährdendem Einstellungspotential und dem in der Bevölkerung vorhandenen Engagementpotential, das gegen Rechtsextremismus mobilisiert werden kann.

Die Kombination der verwendeten Methoden und die Varianz im forschungspraktischen Vorgehen (Details finden sich in den jeweiligen Abschnitten) soll dabei nicht nur die Betrachtung, Analyse und Bewertung von Zuständen in Dresden aus der Perspektive von Akteursgruppen im Bereich Rechtsextremismus (nämlich die Rechtsextremen selber, die Gegenakteure sowie die lokale Bevölkerung) ermöglichen. Es sollen weitere Voraussetzungen erarbeitet werden, um ein lokalspezifisches Handlungs- und Interventionskonzept zu entwickeln, das über die bloße Addition vorherrschender Partialinteressen hinausgeht und das über die Bereitstellung lokal relevanter Informationen eine deutliche Stärkung der Akteure im lokalen Raum anstrebt.

Der Abschnitt C dieser Untersuchung resümiert die Ergebnisse und formuliert Anregungen für zukünftige Handlungsfelder.

B1

Rechtsextreme Strukturen in Dresden

Erscheinungsformen und Relevanz

Dr. Dierk Borstel

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	8
2	Theoretische Rahmung	9
2.1	Definitionen	9
2.2	Relevanzkriterien und Raumordnungskonzeption	11
2.3	Vorliegende Literatur zum Rechtsextremismus in Dresden.....	15
2.4	Methodischer Ansatz und Vorgehen	16
3	Empirische Darstellung	21
3.1	Parteiförmiger Rechtsextremismus	21
3.2	Bewegungsförmiger Rechtsextremismus	36
3.2.1	Freie Kräfte	38
3.2.2	Kameradschaftsförmiger Rechtsextremismus	42
3.2.3	Autonome Nationalisten.....	45
3.2.4	Musikmilieu	47
3.2.5	Subkultureller Rechtsextremismus	51
3.3	Zusammenfassung	55
4	Handlungsoptionen	57
4.1	Strategieansätze	57
4.2	Handlungsanregungen	59
5	Literatur	62

1 Einleitung

Im Jahr 2010 stand das Ergebnis um 16.48 Uhr fest: Etwa 6400 Rechtsextremisten werden nicht demonstrieren können. Der 13. Februar als Termin der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg gehört zu den festen Eckpunkten der Terminkalender jener deutscher Rechtsextremisten, die sich für politisch bedeutend halten. Der Dresdner Aufmarsch gehörte in den letzten Jahren stets zu den größten rechtsextremen Demonstrationen in Deutschland. Umso frustrierender war das Erlebnis für die rechtsextremen Demonstranten, dass sie von den Dresdner Bürgern gestoppt wurden. Völlig zu Recht sprach die Stadt Dresden von einem Sieg der demokratischen Zivilgesellschaft, was die Rechtsextremen auch 2011 nicht daran hindern wird, wieder von Neuem zu mobilisieren. In dieser Studie spielt dieses Ritual aus rechtsextremer Aktion und demokratischer Reaktion nur eine untergeordnete Rolle. Zwar marschieren auch die Dresdner Rechtsextremisten im Februar mit. Auch erfolgt die Anmeldung durch die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ mit Sitz in Dresden. Geprägt wird die Demonstration aber durch ihre bundesweite Bedeutung. Aus allen Landesteilen pilgern die Rechtsextremisten an diesem Tag in die sächsische Hauptstadt. In dieser Studie soll jedoch vor allem der Dresdner Alltag und nicht der Ausnahmezustand untersucht werden. Sie fragt: Wie organisiert sich der Rechtsextremismus in der Landes-hauptstadt? Welche Strategien verfolgt er? Welchen Einfluss kann er ausüben und welche Folgen hat dieses Treiben für die politische Kultur? Es wird das Ziel verfolgt, eine möglichst facettenreiche und damit dichte Beschreibung der rechtsextremen Strukturen zu liefern, um so deren Relevanz analysieren zu können. Der moderne Rechtsextremismus wird dabei als „Raumordnungsbewegung“¹ verstanden. Das heißt, er versucht soziale Räume kulturell und politisch zu dominieren, um über solche zunächst begrenzten Zonen erweiterten Einfluss auf die Gesellschaft, die Kultur und perspektivisch auch auf die Politik zu bekommen. Diese Analyse stellt dabei keinen Selbstzweck dar. Sie dient vielmehr der Fortentwicklung des lokalen Handlungsplans der Stadt zur Förderung von Demokratie und Toleranz. Der dahinterliegende Gedanke ist dabei, dass eine lokale Strategie der Demokratieförderung nicht im luftleeren Raum ansetzen sollte, sondern auf konkrete Probleme oder gegebenenfalls Bedrohungen reagieren muss. Je genauer ein Problem definiert werden kann, desto präziser kann auch eine Lösungsstrategie entwickelt werden. Die Studie hat somit zwei Schwerpunkte: die Beschreibung der rechtsextremen Strukturen, ihrer Ideologien und Handlungsfelder sowie erste Anregungen zur Fortentwicklung des lokalen Handlungsplans. Zu Beginn der Studie werden jedoch zunächst die wissenschaftlichen Grundlagen der Studie erläutert, indem zentrale Begriffe definiert und die wissenschaftliche Methode vorgestellt werden. Zusätzlich werden jedoch auch Kriterien zur Einordnung der jeweiligen Relevanz der rechtsextremen Strukturen genannt. Sie stellen die zentrale Bewertungsgrundlage für die wertenden Aussagen in der Studie dar.

¹ Wagner 2008: 15.

2 Theoretische Rahmung

Zu den zentralen Gütekriterien wissenschaftlichen Arbeitens gehört die Nachvollziehbarkeit. Die deutsche Forschung zum Rechtsextremismus ist überaus pluralistisch.² Nicht einmal über die zentralen Begriffe besteht Einigkeit. Es ist daher unumgänglich, den eigenen Standpunkt und das eigene Verständnis der zentralen Begriffe darzustellen. Gleiches gilt auch für das methodische Vorgehen. Es muss deutlich werden, wie die Daten erhoben wurden. Ebenso ist es wichtig, dass transparent ist, welche Kriterien den Bewertungen in der Studie zu Grunde liegen. Dazu werden im Folgenden das Raumordnungskonzept beschrieben und Relevanzkriterien entwickelt.

2.1 Definitionen

Der Begriff des Rechtsextremismus ist in der deutschen Wissenschaft sehr umstritten.³ Mehrere divergierende Definitionen stehen sich gegenüber, so dass das eigene Verständnis zu Beginn zu klären und zu begründen ist.

Eine sinnvolle Einteilung unternimmt Richard Stöss, der einen amtlichen von einem politikwissenschaftlichen Begriff des Rechtsextremismus unterscheidet.⁴ In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert das amtliche Verständnis der staatlichen Institutionen wie der Polizei oder der Verfassungsschutzämter. Es wurde wesentlich geprägt durch die beiden Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse.⁵ Extremistische Bestrebungen zeichnen sich für sie dadurch aus, dass sie gegen den demokratischen Verfassungsstaat gerichtet sind oder ungesetzliche Beeinträchtigungen der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder des Landes zum Ziele haben. Der Bezugspunkt der Aktivität ist somit der Staat und nicht die Gesellschaft. Unter dem Extremismusbegriff werden entsprechend auch mehrere Varianten des Extremismus, nämlich der Rechts- und Linksextremismus sowie ein Extremismus mit religiöser Grundlage wie z. B. im Islamismus, zusammengefasst.⁶

In der wissenschaftlichen Debatte wurde dieses amtliche Verständnis wiederholt scharf kritisiert.⁷ Ein wesentlicher Eckpfeiler der Auseinandersetzung war der Aspekt, dass im amtlichen Verständnis nicht die Eigenarten des jeweiligen Extremismus im Mittelpunkt standen, sondern nur die gemeinsame Gegnerschaft zur Demokratie. Auch wurde bemängelt, dass der Bezugspunkt zum Staat unterkomplex sei, sondern stattdessen die gesellschaftliche Dimension der jeweiligen Extremismusform zu beschreiben sei.

Vor diesem Hintergrund entstanden mehrere Formen eines neuen Rechtsextremismusverständnisses. In dieser Arbeit wird ein soziologischer Ansatz bevorzugt. Die

² Eine hilfreiche Übersicht liefert u.a. Minkenberg 2005.

³ Vgl. Winkler 2000.

⁴ Vgl. Stöss 2005: 13-28.

⁵ Vgl. Backes/ Jesse 1993.

⁶ Vgl. Jaschke 2007, Jesse 2008.

⁷ Vgl. Neugebauer 2000, Neugebauer 2009, Stöss 2008.

Fragestellung der Arbeit zielt nicht alleine auf die Folgen rechtsextremen Handelns für den Staat, in diesem Fall die Stadt Dresden, sondern verspricht die Analyse der Folgen rechtsextremen Handelns für die politische Kultur. Die politische Kultur wiederum ist kein statisches Gebilde, sondern Ausdruck des gesellschaftlichen Umgangs miteinander in der Gesellschaft und fällt somit in den Bereich der politischen Soziologie.⁸

Einen weitgehend akzeptierten und in der Forschung anschlussfähigen Begriff vom Rechtsextremismus entwickelte Wilhelm Heitmeyer. In seiner „Bielefelder Rechtsextremismus-Studie“⁹ entwickelt er ein soziologische Verständnis, das aus zwei Grundelementen besteht: der Ideologie der Ungleichheit und eine Gewaltakzeptanz. Nach seinem Verständnis ist somit von einem rechtsextremistischen Orientierungsmuster zu sprechen, wenn

„die strukturell gewaltorientierte Ideologie der Ungleichheit verbunden wird zumindest mit der Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform.“¹⁰

Rechtsextreme Orientierungsmuster enthielten dabei zumindest Ansätze eines gesellschaftlichen „Gegenentwurfs“ zu den Versprechen der Demokratie wie dem Gleichheitsgrundsatz, der Idee der Freiheit und der Würde des Einzelnen. Die rechtsextreme Ideologie der Ungleichheit steht den demokratischen Idealen entgegen und enthält selbst zwei Dimensionen:

- Die personen- und/ oder gruppenbezogenen Abwertung von Menschen z. B. durch Momente des Rassismus, Nationalismus und auch durch die Idee biologischer Homogenität.
- Die lebenslagenbezogenen Forderungen nach Ausgrenzung in Form von sozialer, ökonomischer, kultureller, rechtlicher oder politischer Ungleichbehandlung von „Fremden“ und Anderen“

Diese beiden Dimensionen der Ideologie der Ungleichheit treffen in diesem Verständnis des Rechtsextremismus mit einer allgemeinen Gewaltakzeptanz zusammen. Sie meint ein Verständnis von Gewalt als legitime und übliche Handlungsform zur Lösung von Konflikten. Sie kann sich wiederum in unterschiedlichen Variationen ausdrücken, zu denen gehören:

- Die Überzeugung unabänderlicher Existenz von Gewalt
- Billigung fremdausgeübter Gewalt
- Eigene Gewaltbereitschaft
- Eigene Gewaltausübung

⁸ Vgl. Breit 2004, Almond 1993 und Berg-Schlosser 1999.

⁹ Vgl. Heitmeyer u.a. 1992: 13-14.

¹⁰ ebenda, S. 16.

Die Koppelung der Ideologie der Ungleichheit mit der Gewaltakzeptanz kann dabei aus zwei Zugangsweisen entstehen. Wahlweise folgt einer vorhandenen Gewaltbereitschaft die Ideologisierung, die dann legitimierenden Charakter für das vorhandene Verhaltensmuster hat oder aus der Ideologie der Ungleichheit entspringt die Gewaltakzeptanz, mit dem Ziel die Ideologie praktisch umzusetzen.

Später konkretisiert Heitmeyer diese Definition, indem er als Kern der Ideologie der Ungleichheit das Prinzip der „Ungleichwertigkeit“¹¹ herausarbeitet. Ungleichheit sei dabei „materiell fundiert und sozial erzeugt durch gesellschaftliche Strukturentwicklungen, die Klassen oder Schichten hervorbringen.“¹² Die Ideologie der Ungleichwertigkeit ist hingegen gekennzeichnet durch die gedankliche und systematische Abwertung schwacher Gruppen, „die wiederum eine Legitimationsfunktion für Diskriminierungen, Ausgrenzung und Gewalt erfüllt oder zumindest erfüllen kann.“¹³ Zwischen Ungleichheit und Ungleichwertigkeit besteht dabei ein enger Zusammenhang, denn:

„Die Transformation der eigenen Ungleichheit in die Abwertung anderer mithilfe spezifischer Kriterien der Ungleichwertigkeit ist ein Instrument der Ohnmächtigen. Es gilt, die eigene Unterlegenheit in Überlegenheit zu verwandeln, also Surrogate der Macht und Abstand zu gewinnen. Die Transformation von Ungleichwertigkeit in extreme Formen >unwerten< Lebens, und damit der Schritt zur Gewalt, ist dann nicht mehr groß.“¹⁴

Die Ideologie der Ungleichwertigkeit ist im Sinne dieser Arbeit Kern des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit,¹⁵ die der rechtsextreme Ideologie zwar zu Grunde liegt, aber nicht zwangsläufig zur rechtsextremen Ideologiebildung führt, oder anders ausgedrückt: Es gibt keinen Rechtsextremismus ohne Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, sehr wohl aber Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ohne Rechtsextremismus.

2.2 Relevanzkriterien und Raumordnungskonzeption

Rechtsextremismus und Demokratie stehen sich in ihren Weltbildern diametral gegenüber. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen ist mit demokratischen Vorstellungen wie dem Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz oder den Menschenrechten mit der Kernvorstellung von der Unantastbarkeit der Würde aller Menschen unvereinbar.¹⁶ Der moderne Rechtsextremismus postuliert die Notwendigkeit der Überwindung der Grundideen der französischen Revolution, die in dem Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zusammengefasst wurden und für die

¹¹ Vgl. Heitmeyer 2008.

¹² Ebenda, S. 39.

¹³ Ebenda, S. 38.

¹⁴ Ebenda, S. 41.

¹⁵ Vgl. Heitmeyer 2002.

¹⁶ Vgl. zum rechtsextremen Denken Schwagerl 1993, Funke 2009.

Verankerung der modernen demokratischen Gesellschaft grundlegend waren.¹⁷ An ihrer Stelle möchte der moderne Rechtsextremismus ein sogenanntes „lebensechtes Menschenbild“¹⁸ durchsetzen. Demnach ist das Individuum nur in der Gemeinschaft lebensfähig. Nicht das Individuum verdient dann den jeweils eigenen Schutz, sondern der Erhalt des Kollektivs sei dabei wichtiger als der Schutz des Einzelnen. Der Einzelne hätte demnach eine natürliche Rolle im Kollektiv zu spielen, dürfe dieses nicht verlassen und auch nicht in Frage stellen. Diese Natürlichkeit wird dabei wahlweise biologistisch oder kulturalistisch begründet. Beiden Argumentationsgrundlagen ist dabei zu Eigen, dass sie keine Emanzipation des Einzelnen vorsehen und das Kollektiv als naturgegeben und rein, d. h. ohne Vermischung und fremde Einflüsse, erhalten wollen. Dadurch werden Fremdgruppen definiert, die das Kollektiv stören und entsprechend ausgegrenzt werden müssen. Rechtsextreme und demokratische Vorstellungen sind somit nicht vereinbar. Entsprechend versteht sich der Rechtsextremismus als Alternative zur Demokratie.

Nun gehören rechtsextreme Strukturen jedoch zu den normalen Bestandteilen der politischen Kultur in Deutschland.¹⁹ Ihre Existenz und Aktivität rechtfertigt noch nicht aus sich selbst heraus, von einer ernsthaften Bedrohung der Demokratie als Struktur und Werteverbund zu sprechen. Der Begriff der Bedrohung als zentrales Relevanzkriterium ist zu präzisieren und auf besondere Wirkungsweisen des modernen Rechtsextremismus in seiner Interaktion mit der Demokratie zu spezifizieren.

Der moderne Rechtsextremismus²⁰ strebt die Schaffung einer kulturellen Hegemonie in der Sphäre der Zivilgesellschaft an, um darauf aufbauend eine revolutionäre Situation zu schaffen, die das demokratische System zugunsten eines autoritären, völkischen Systems beseitigt. Dabei greift er auf Ideen des marxistischen Theoretikers Gramsci zurück. Zu den Mitteln des Rechtsextremismus zählen derzeit besonders:

- Nationale Jugendarbeit
- Schaffung einer alternativen Kulturszene
- Aufbau öffentlicher rechtsextremer Anlauf- und Kontaktpunkte
- Strategien der kulturellen Subversion durch Teilnahme an zumeist kommunalen Strukturen
- Gezielter Einsatz von Gewalt und Einschüchterung von Gegnern und Feinden
- Schaffung von Präsenzsituationen durch Demonstrationen, Gruppenbildung u.a.
- Aufbau einer alternativen Medien- und Propagandakultur

¹⁷ Vgl. Stöss 2000.

¹⁸ NPD 2010: 3.

¹⁹ Vgl. Butterwegge 2000, Backes / Jesse 1993: 348-360.

²⁰ Zur inneren Differenzierung des modernen Rechtsextremismus vgl. Borstel 2007.

Kurzfristiges Ziel des modernen Rechtsextremismus ist die Entwicklung lokaler Dominanzkulturen in begrenzten sozialen Räumen, in denen die Rechtsextremisten Kontroll- und Animationsfunktionen im Alltag in begrenzten Räumen auch für jene übernehmen, die ihren Werten nicht nahe stehen.

Nicht jede rechtsextrem motivierte Handlung verdient es dabei, als Bedrohung der Demokratie interpretiert zu werden.²¹ Deutlich wird dies am folgenden Beispiel: Die Durchführung einer rechtsextremen Demonstration ist per se noch keine politische Krise sondern ein grundgesetzlich geschützter Akt der Meinungsäußerung von Gruppen, der auch Antidemokraten zusteht. Zur Bedrohung würde sie nur, wenn das demokratische Umfeld nicht in der Lage wäre, einen demokratischen und rechtsstaatlichen Umgang mit der Demonstration zu finden oder wenn sich aus der Demonstration heraus, Gewalt- und Straftaten entwickeln. Es gibt dabei keinen statischen Bedrohungsbegriff sondern nur einen kontextbezogenen. Es ist somit vor dem Hintergrund der Interaktion von Rechtsextremismus und Demokratie immer wieder zu fragen, welche gesellschaftlichen Kategorien und Situationen es rechtfertigen, von einer Bedrohung zu sprechen. Einen ersten Versuch unternimmt der Rechtsextremismusexperte Wagner. Er schreibt:

„Je nach dem Wirkungsgrad des rechtsextremen Handelns kann eine Qualität der Wirkung und der Bedeutung des rechtsextremen Handelns für die demokratische Gesellschaft eintreten, der in der Konvention der Meinungsbildung als Krise wahrgenommen wird. Dabei wird besonders eine Zuspitzung des Wirkungszusammenhangs rechtsextremen Handelns und ihrer Auswirkungen herausgestellt. Es handelt es sich um einen Prozess, der aus einer Grundqualität rechtsextremen Handelns heraus kumuliert und auf den Punkt einer Entscheidung, die einen Machtkampf darstellt, zuläuft. Dieser Punkt stellt den möglichen Beginn einer neuen Qualität dar, der einen Sieg oder eine Niederlage der Demokratie und der von ihr protegierten und geschützten Personen oder Verhältnisse gegenüber den rechtsextremen Bestrebungen signalisiert. Der Ausgang der Entscheidung zwischen Demokratie und Rechtsextremismus ist von allgemeiner Bedeutung für die demokratische Gesellschaft und hat als Einzelfall oder als wesentliches Glied in einer Ereigniskette eine symbolhafte Bedeutung für die Demokratie als Ganzes, wesentlicher ihrer erwünschten Verhältnisse und einzelne Subjekte, die eine Beschädigung erfahren, die von Symbolkraft geprägt ist. Eine Krise kann insbesondere dann gegeben sein, wenn der Tod oder schwere körperliche Schädigungen von Menschen drohen oder eingetreten sind, die Grundrechte von Personen andauernd nicht gewährleistet werden, das rechtsextreme Handeln einen Symbolgehalt von einer allgemeine Bedeutung besitzt. Der Symbolgehalt muss geeignet

²¹ Das folgende Teilkapitel ist eine überarbeitete Fassung aus Borstel/ Luzar 2009.

sein, wesentlich zur Verringerung demokratischen Handelns und demokratischer Macht beizutragen.“²²

Wagner legt den Schwerpunkt der Krisendefinition auf eine gesellschaftliche Dimension der Sicherung demokratischen Handelns. Die Krise der Demokratie ist auch durch den Angriff auf Leben und Würde des Menschen gegeben. Bedeutend sind auch kommunale Situationen, in denen politische Machtverhältnisse zwischen Rechtsextremismus und Demokratie zu Gunsten der rechtsextremistischen Seite zu kippen drohen. Die Bedrohungsszenarien als Grundlage von Relevanzeinschätzungen können somit individuell, sozialräumlich oder auch institutionell bezogen sein.

Der moderne Rechtsextremismus wird deshalb in dieser Studie nicht alleine als politische oder kulturelle Bewegung, sondern explizit auch als „Raumordnungsbewegung“²³ betrachtet. Er zielt auf die alltägliche Besetzung sozialer Räume und versucht dort hegemonial zu wirken, d. h. sich im Alltag und damit unterhalb der Schwelle staatlicher Zugriffe zu verankern und in begrenzten sozialen Räumen zum bestimmenden Faktor des örtlichen Handelns zu werden. Die grundlegende Idee dazu wurde bereits Anfang der 90er Jahre in einem Pamphlet mit dem Titel „Schafft national befreite Zonen!“²⁴ beschrieben. Auch wenn zu Recht die Umsetzung dieses Papiers von der Theorie in konkrete Praxis bestritten wird²⁵, sind dennoch lokale Machtgewinne und sogar Dominanzzonen in der empirischen Rechtsextremismusforschung unbestritten.²⁶

Der analytische Zugriff in dieser Arbeit bezieht sich deshalb auf den *Sozialraum*, um zu analysieren, worauf die rechtsextremen Aktivitäten zielen und wie die Interaktionsverhältnisse ausgelegt sind, um Machtgewinne zu erreichen. Dazu wird ein vierstufiges Konzept verwendet, das eskalativ angelegt ist,²⁷ d. h. es reicht von kurzfristigen bis zu langfristigen Gewinnen:

1. *Provokationsgewinne*: Die rechtsextremen Gruppen versuchen sich über erste öffentliche Auftritte und das Markieren von Räumen durch Symbole, Plakate oder Sprühereien als ernst zu nehmende Gruppe im Sozialraum zu präsentieren.
2. *Räumungsgewinne*: Die rechtsextremen Gruppen versuchen darin, andere Gruppen an bestimmten Orten zu verdrängen. Es handelt sich um einen Raumordnungskampf mit dem Ziel der kulturellen Hegemonie in begrenzten Räumen zu bestimmten Zeiten. Hier sind besonders Aspekte von Angst „im Spiel“, indem in Jugendzentren „eingedrungen“ werden kann. Ein Interaktionsverhältnis sind die Positionen etwa der lokalen Politik, in wieweit Duldungen, Verharmlosungen die Aktionsbreite auch mit Eskalationsschleifen versehen.

²² Blickpunkt 1/2008, S. 3 der ZDK – Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH. Bezug unter <http://www.zentrum-demokratische-kultur.de> möglich. Vgl. dazu auch Wagner 1998.

²³ Wagner 2008: 15.

²⁴ Vgl. Vorderste Front, Nr. 2/1991, S. 4-7.

²⁵ Vgl. Döhring 2008.

²⁶ Vgl. u.a. Buchstein/ Heinrich 2010, Funke 2002.

²⁷ Vgl. Heitmeyer 1999.

3. *Raumgewinne*: In dieser Stufe präsentieren rechtsextreme Gruppen lokale Wirkungsmacht öffentlich. Ein bestimmter Raum gilt als ihr Terrain. Andere Gruppen meiden diese Orte, potentielle Opfer begreifen die Orte als Angstzonen,²⁸ die nicht oder nur mit besonderer Vorsicht zu betreten sind. Die Kontrolldichte etwa von Polizei und Justiz wie zivilgesellschaftlichen Gruppen kann hier die Interaktionsprozesse bestimmen.
4. *Normalisierungsgewinne*: Diese höchste Stufe zeichnet sich durch neue Selbstverständlichkeiten aus. Der Rechtsextremismus ist etabliert und die Ausgrenzung schwacher Gruppen allgemein akzeptiert. Es findet vor Ort kaum noch eine Problemwahrnehmung statt. Der Rechtsextremismus ist ein normaler Bestandteil der örtlichen politischen Kultur und kann kaum noch kritisch thematisiert werden. Hier sind nun die Mentalitätsbestände in der Bevölkerung von besonderer Relevanz. Sie liefern dann die Legitimation als Ermunterung weiterer Aktivitäten.

Bei den verschiedenen Aktivitäten zeigen sich unterschiedliche Bedrohungen. Bei den Räumungsgewinnen stehen Personen und Gruppen im „Visier“. Bei Raumgewinnen ist das öffentliche soziale Klima in Gefahr und bei Normalisierungsgewinnen die lokale politische Kultur. Die Aktivitäten und die Wirkung der rechtsextremen Strukturen sollen dabei vor dem Hintergrund dieses Schemata in Hinsicht auf ihre Relevanz analysiert werden.

2.3 Vorliegende Literatur zum Rechtsextremismus in Dresden

Der aktuelle, alltägliche Dresdner Rechtsextremismus findet in der Fachliteratur unserer Kenntnis nach keine Erwähnung. Es existiert somit nur „graue Literatur“ zu den aktuellen Entwicklungen. Dazu zählt vor allem eine auch im Internet vertriebene Broschüre mit dem Titel „Nazis in Dresden. „Who is Who“ der regionalen Naziszene“. Der Autor oder Herausgeber gibt sich darin nicht zu erkennen. Sie stammt dem Inhalt und sprachlichem Duktus nach jedoch eindeutig aus linken, antifaschistischen Kreisen und enthält eine Fotogalerie sowie steckbriefartiger Hinweise über vermeintliche „Nazis“ aus Dresden. Da die Persönlichkeitsrechte der Dokumentierten stark betroffen sein dürften, ohne dass der Autor eine abschließende rechtliche Bewertung geben könnte, wird auf die Verwendung der Broschüre in der Arbeit verzichtet.

Einige Hinweise zur lokalen Situation gibt ferner der aktuelle Lagebericht des Landesamtes für Verfassungsschutz.²⁹ Dieser verzichtet jedoch auf die Entwicklung von Lokalprofilen und gibt lediglich Auskunft über landesweite Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten.

²⁸ Vgl. zur Begrifflichkeit Döring 2008: 13-46.

²⁹ Vgl. Staatsministerium des Inneren 2010.

2.4 Methodischer Ansatz und Vorgehen

Einen geeigneten Weg für die Fragestellung dieser Arbeit liefert eine modifizierte Form des Konzepts der „dichten Beschreibung“ von Geertz.³⁰ Sein Kulturbegriff ist im Wesentlichen ein semiotischer. Er meint, „dass der Mensch ein Wesen ist, das in selbst gesponnene Bedeutungsgewebe verstrickt ist.“³¹ Kultur sei eben dieses Gewebe. Ihre wissenschaftliche Analyse ist dem zur Folge „keine experimentelle Wissenschaft, die nach Gesetzen sucht, sondern eine interpretierende, die nach Bedeutung sucht.“³² Der Forscher begibt sich nach diesem Ansatz selbst ins Untersuchungsfeld mit dem Ziel, Daten zur Beschreibung der gegebenen Kultur zu sammeln und ein interpretatorisches Verständnis für die jeweilige Kultur zu schaffen. Geertz beschreibt als Ziel des Ansatzes „die Erweiterung des menschlichen Diskursuniversums.“³³ Über die Interpretation der Kultur soll die Möglichkeit geschaffen werden, in Kommunikation mit den Untersuchten zu treten, diese nicht nur zu beobachten, sondern deren Kultur zu verstehen und damit Kommunikation zu ermöglichen.

Das Instrumentarium zur Darstellung von Kultur nennt Geertz „dichte Beschreibung“. Daten, die zur Interpretation von Kultur notwendig erscheinen, sollen gesammelt werden, um darüber zu einer möglichst dichten, das heißt umfassenden und die möglichst viele Teilbereiche der einen Sache beinhaltenden Darstellung zu gelangen, die das Verständnis erleichtert und damit Interpretation wie Kommunikation erst ermöglicht.

Wolff vergleicht das Verfahren von Geertz mit dem Werk eines Kunstkritikers, der ein Gemälde deuten oder eine Aufführung kommentieren soll. Er schreibt:

„Dichte Beschreibungen sind zunächst unsere (Re-)Konstruktionen dessen, was die Beteiligten vor Ort konstruieren.“³⁴

Das Besondere an Geertz ist dabei u.a. sein mikroskopischer Ansatz. So sucht er gezielt nach überschaubaren symbolischen Elementen einer Kultur und Situationen des sozialen Handelns, in denen solche Symbolhaftigkeiten deutlich und damit interpretierbar werden.

Das wesentliche Handwerkszeug des Forschers, über das wir bei Geertz allerdings nicht viel Konkretes erfahren, ist die teilnehmende Beobachtung in Verbindung mit Gesprächen und Interviews mit den Beteiligten. In einem Forschungstagebuch werden Beobachtungen, Interviews und weitere Daten gesammelt und Stück für Stück zu einem einheitlichen Bild verdichtet. Dabei findet eine Auswertung und Interpretation der Daten in drei Schritten statt:

³⁰ Vgl. Geertz 1987.

³¹ ebenda, S. 9.

³² Ebenda.

³³ ebenda, S. 20.

³⁴ Wolff 2000: 87.

Erster Schritt: Schilderung des Geschehens aus Sicht der Beobachter

Zweiter Schritt: Erläuterung, „welche anderen Beschreibungen hinter der Ebene des Offensichtlichen liegen bzw. aufgrund von Feldbeobachtungen (...) über die betreffende Kultur zusätzlich entwickelt werden können.“³⁵

Dritter Schritt: Aus den Einzelbeschreibungen werden umfassendere Schlussfolgerungen über die Kultur gezogen

Was bedeutet dies nun für diese Arbeit?

Zunächst wurden im Rahmen der Studie Expertengespräche geführt. Sie dienten der grundlegenden Orientierung im Feld und gingen von der Annahme aus, dass es vor Ort in einem begrenzten Kreis von Engagierten bereits Kenntnisse zur Beantwortung der Forschungsfragen geben würde. Im zweiten Schritt wurden zusätzliche Daten zu den jeweiligen Annahmen gesammelt. Sie dienten dazu, ein möglichst umfassendes und komplexes Lagebild zur jeweiligen Struktur oder Situation zu geben. Im dritten Schritt wird das Lagebild mit Hilfe der entwickelten Relevanzkriterien bewertet und im Sinne der Raumordnungskonzeption wissenschaftlich eingeordnet.

Ein solches Vorgehen wird in der Wissenschaft als qualitative Sozialforschung bezeichnet. Lamnek³⁶ entwickelt in seinem Grundlagenhandbuch zentrale Grundannahmen und –bedingungen zu diesem Ansatz. Zu den zentralen Prinzipien des Forschers zählt er besonders die generelle Offenheit des Forschers „gegenüber den Untersuchungspersonen, den Untersuchungssituationen und den Untersuchungsmethoden...“³⁷. Das wesentliche Mittel des Forschers sei Kommunikation. Diese wiederum setzt Flexibilität voraus: Kommunikation verändert sich im Prozess, der Forscher kann dies nicht nur zulassen, sondern er ist angehalten, sich auf Veränderungen einzulassen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass einzelne Forschungsschritte nachvollziehbar sind. Jeder Schritt ist zu erläutern, jede Abweichung zu erklären. Die Theoriebildung kann nur gelingen, wenn eine dauerhafte Reflexion über Gegenstand und Analyse stattfindet.³⁸

Der Forscher macht sich somit im Untersuchungszeitraum selbst auf die Suche nach Theorien. Er nähert sich seinem Forschungsfeld offen und bemüht sich, die möglicherweise sehr unterschiedlichen **Perspektiven** der Beteiligten auf den Forschungsgegenstand darzustellen und über diese unterschiedlichen Perspektiven zu einer Beschreibung der gesellschaftlichen Realität zu kommen. Der Forscher begibt sich dabei selbst ins Feld und wird Teil des gesellschaftlichen Prozesses.³⁹ Somit ist er verpflichtet, seine eigenen Wahrnehmungen gekennzeichnet in die

³⁵ Ebenda, S. 90.

³⁶ Vgl. Lamnek 1995: 21ff.

³⁷ ebenda, S. 29. Diesen Punkt betont auch: Hopf 1984.

³⁸ Vgl. Lamneck 1995: 29-30.

³⁹ Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die Schritte des Forschers für Außenstehende nachvollziehbar sind. (Vgl. zur Qualitätsdebatte qualitativer Forschungen Pickel/ Pickel 2003).

Beschreibung einfließen zu lassen und seine möglicherweise die jeweilige Realität verändernde Position im Forschungsprozess beständig zu reflektieren.

In seinen „Methoden der Feldforschung“ plädiert Girtler nachdrücklich für einen flexiblen Umgang mit den Methoden zur Datenerhebung, solange die Entstehung und die Art der Datenerhebung transparent für Dritte nachvollziehbar seien.⁴⁰ Das Ziel dieser Untersuchung kann dabei jedoch nicht methodischer Anarchismus sein, sondern qualitative Forschung verlangt genauso wie die quantitative Forschung Stringenz und Klarheit. Innerhalb dieser „klaren Linie“ der Forschung ergeben sich jedoch immer wieder auch Zufalloptionen, die Berücksichtigung finden können, solange die Gütekriterien bei den Daten gegeben sind.

Wer das Handeln von Menschen in der Feldforschung analysieren will, hat zu allererst zwei Wahrnehmungsoptionen: die Beobachtung und das Gespräch. Beide Elemente gehören zu den Kernbestandteilen der in dieser Arbeit angewandten Methoden:

Beobachtungen

Die teilnehmende Beobachtung gehört zu den Kernmethoden dieser Untersuchung. Beobachtungen werden beständig und zeitnah in Form von Erinnerungsprotokollen im Forschungstagebuch von Flick als das „klassische Medium“⁴¹ des Forschers bezeichnet niedergeschrieben. Ausschnitte des Forschungstagebuchs werden als Grundlegung und Element einer dichten Beschreibung im empirischen Teil zitiert.

Leitfadenorientierte Interviews

Im Gegensatz zu den narrativen und vollkommen offenen Interviewformen wird hier im Sinne der angestrebten Stringenz das leitfadengestützte Interview angewendet. Die Auswahl der Interviewpartner wird dabei in der Analyse erklärt. Der Leitfaden basiert auf folgenden Punkten:

- Beschreibung der Alltagswelt der Interviewten (Arbeitsstelle, Familie etc.)
- Wahrnehmung des lokalen Rechtsextremismus in
 - Struktur
 - Ideologie
 - Handlungsweisen
 - Handlungsorten
- Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremisten
- Bewertung der Bedeutung des Rechtsextremismus
- Sammlung von Ideen des Umgangs mit dem Phänomen

⁴⁰ Vgl. Girtler 2001.

⁴¹ Flick 1998: 189.

Die Fragen werden grundsätzlich offen gestellt, so dass der Interviewte eigene Schwerpunkte setzen kann. Die erhobenen Daten werden, so weit möglich, auf Tonband aufgenommen und transkribiert. Voraussetzung dafür ist jedoch die Bereitschaft des Interviewten. Die allgemeine Forschungsethik gebietet das Freiwilligkeitsprinzip.⁴² War diese nicht gegeben, wurde sofort anschließend an das Gespräch ein Gedächtnisprotokoll basierend auf den Mitschriften verfasst.⁴³

Gespräch

Mindestens so wichtig wie das Interview ist für den Forschungsprozess das Gespräch. Dieses entsteht spontan, kann aber auch geplant und angestrebt werden. Nicht jede Situation ist Interviewkompatibel. Manchmal ergeben Gespräche die Möglichkeit, Kerninformationen zu bekommen, spontane Einsichten, Erklärungen und Reaktionen, die einen Sachverhalt erhellen oder Situationen spontan wiedergeben. Besonders in Interaktionssituationen ist nicht immer Zeit für Reflexion vorhanden, sondern Spontaneität ein Muss. Die Protokollierung der Gespräche erfolgt als Gedächtnisprotokoll im Forschungstagebuch.

Gruppendiskussion

Der Vorteil dieser Methode ist ihre „Flexibilität und Alltagsnähe“,⁴⁴ so dass sich ihre Anwendung auch bei Jugendlichen anbietet. Gruppendiskussionen ermöglichen dabei die Ermittlung von Einstellungen und Meinungen einzelner Teilnehmer, die Feststellung öffentlicher Meinungen und Einstellungen und die Beobachtung von gruppenspezifischen Verhaltensweisen.⁴⁵

Textanalysen

So weit möglich sind auch schriftliche Datensätze gesammelt und in die spätere Interpretation eingebunden worden. Dies betrifft insbesondere rechtsextreme Publikationen sowie kommunale Unterlagen wie z. B. Sitzungsprotokolle und Presseberichte.

Der Aufbau des methodischen Vorgehens des empirischen Teils orientiert sich zusätzlich an Ansätzen der „Grounded Theory“ von Strauss.⁴⁶ Dies betrifft folgende Punkte:

- Die Theoriebildung erfolgt innerhalb des Prozesses der empirischen Erhebung. Es werden keine vorhandenen Thesen geprüft, sondern Thesen und damit potentielle Vorläufer von Theorien im Forschungsprozess entwickelt, weitergeführt oder gegebenenfalls auch wieder verworfen. Dazu bedarf es des ständigen und wiederholten Vergleichs erhobener Datensätze.
- Die Auswahl der Stichprobe ist variabel und abhängig von der immer wieder währenden Theoriebildung im Forschungsprozess.

⁴² Vgl. Hopf 2000.

⁴³ In der Untersuchungsregion wird im Verlauf der Untersuchung schnell deutlich, dass das Mikrofon bei zahlreichen Gesprächspartnern abschreckende Wirkung hat und die Bereitschaft zum Interview merklich reduziert. Ich habe deshalb niemals Druck ausgeübt, sondern mich öfter mit dem „kleineren“ Übel des Gedächtnisprotokolls behelfen müssen.

⁴⁴ Lamneck 1998: 78.

⁴⁵ Vgl. Ebenda, S. 31.

⁴⁶ Vgl. Strauss 1991.

Die enge Verzahnung von Datenerhebung und -auswertung stellt den Forscher vor die Aufgabe, mittels größtmöglicher Transparenz seine Arbeitsschritte darzulegen, um eine Nachvollziehbarkeit als ein wesentliches Kriterium zur Güte qualitativer Forschung⁴⁷ neben der Gültigkeit, der Zuverlässigkeit, der Objektivität und Generalisierbarkeit⁴⁸ der Forschung zu gewährleisten.

In die Auswertung flossen dabei folgende Datensätze ein:

- Gedächtnisprotokolle und Transkriptionen von 12 Leitfadengestützten Interviews u.a. mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Polizei, dem Verfassungsschutz, Opfern rechtsextremer Gewalt und einem Vertreter der NPD
- Gedächtnisprotokoll von 2 Gruppengesprächen mit Jugendlichen und Vertretern sozialer Verbände in Dresden
- Forschungstagebuch mit Gedächtnisprotokollen von 14 Gesprächen
- Forschungstagebuch mit Gedächtnisprotokollen von 32 teilnehmenden Beobachtungen

Die Datenerhebung erfolgte von August bis November 2010.

⁴⁷ Vgl. Steinke 2000.

⁴⁸ Vgl. Lamnek 1995: 152ff.

3 Empirische Darstellung

Der Dresdner Rechtsextremismus gleicht in seinen grundlegenden Ausrichtungen den Entwicklungen in anderen Städten und Bundesländern. Zu einer grundlegenden Orientierung bietet sich zunächst eine Unterscheidung in partei- und bewegungsförmige Strukturen an. Diese müssen sich nicht diametral gegenüberstehen, ergänzen sich vielmehr in manchen Orten oder gehen auch Symbiosen an.⁴⁹ Trotzdem ist die grundlegende Unterscheidung hilfreich. Während die Parteien den Parlamentarismus zumindest mit im Blick haben, agieren die bewegungsförmigen Strukturen, Netzwerke und Kleinstgruppen im strikt außerparlamentarischen Spektrum. Ihr Agieren erinnert an die neuen sozialen Bewegungen, erfüllt jedoch nicht alle ihr Kriterien, so dass in der Wissenschaft noch über den Charakter dieser Bewegungsakteure gestritten wird.⁵⁰

Ergänzt wird diese Einteilung in dieser Studie durch eine dritte Kategorie des subkulturellen Rechtsextremismus. Im Verlaufe der Datenerhebung wurde immer deutlicher, dass es Schnittstellen zwischen Rechtsextremismus und Jugendkulturen, dem Fußballmilieu sowie eventuell auch der organisierten Kriminalität gibt. Diese sollen – so weit möglich – ebenfalls beleuchtet werden.

3.1 Parteiförmiger Rechtsextremismus

Der parteiförmige Rechtsextremismus in Dresden besteht nahezu ausschließlich aus der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Andere rechtsextremen Parteien wie z. B. die Deutsche Volksunion werden im Alltag nicht wahrgenommen und verfügen z. T. noch nicht einmal über eine lokale Ansprechstation.⁵¹ Dies ist angesichts der jüngeren Geschichte der rechtsextremen Parteien in Dresden durchaus erstaunlich. So galt über Jahre das „Nationale Bündnis Dresden“ als bundesweites Vorbild einer möglichen Sammlung und Fusion von rechten, rechtsradikalen und rechtsextremen Parteien, dem sich Vertreter der NPD, der DVU, der Republikaner sowie auch Vertreter außerparlamentarischer Bestrebungen angeschlossen hatten, um über den Gedanken der Plattform früheren Konkurrenzsituationen und Zersplitterungen entgegenwirken zu können. Von dem Bündnis übrig geblieben ist im Jugendspektrum noch der sogenannte „nationale Jugendstammtisch“, auf dem an späterer Stelle noch zurückzukommen sein wird. Ansonsten gehörten zu den Nutznießern dieser Struktur besonders die NPD, die zahlreiche Mitglieder zugewinnen konnte sowie die bewegungsförmigen Strukturen. Das „Nationale Bündnis“ löst sich zum Jahresende 2010 auch offiziell auf. Praktisch setzt jedoch die NPD deren Arbeit fort.

⁴⁹ Vgl. Borstel 2010 und Borstel 2010a.

⁵⁰ Vgl. Brodtkorb 2003, Hellmann/ Koopsmann 1998.

⁵¹ Der Landesverband der DVU-Sachsen sitzt z. B. in Zwickau.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD gehört zu den bekanntesten und wissenschaftlich vergleichsweise umfassend beleuchteten rechtsextremen Parteien in Deutschland.⁵² Selbst konservative Wissenschaftler bescheinigen ihr eine nationalsozialistische Ideologie.⁵³ Nach vielen Jahren des Niedergangs erholte sich die NPD nach einem Strategie- und Führungswechsel im Jahr 1996. Sachsen spielte dabei eine besondere Rolle. Es galt als „Modellregion“, in das die NPD konzentriert investierte. Hier gelang ihr auch erstmals nach über drei Jahrzehnten wieder der Einzug in einen Landtag und im Jahr 2009 sogar der Wiedereinzug, wenn auch mit einem deutlich schlechteren Wahlergebnis. Laut Verfassungsschutzbericht verfügte die NPD in Sachsen im Jahr 2009 über rund 800 Mitglieder.⁵⁴ Über die aktuelle Größe des Dresdner Kreisverbandes schweigt die Partei.

Struktur der NPD in Dresden

Über die Struktur der Dresdner der NPD liegen nur unvollständige Daten vor. Die aktuelle Mitgliederzahl ist unbekannt. Im Interview erklärt der Kreisvorsitzende Baur dazu:

„Mitgliederzahlen von der Kreisebene geben wir nicht heraus. Die sagen auch nicht viel aus, weil es viele Sympathisanten im Umfeld der Partei gibt, die z. T. aus Sorge um ihre Arbeit sich nicht offen zur NPD bekennen können. Das sind auch Intellektuelle und Menschen aus der Wirtschaft.“

Diese Wahrnehmung kann weder bestätigt noch widerlegt werden. Für einen möglichen „wahren Kern“ könnte der Hinweis auf die negativen Folgen eines öffentlichen Bekenntnisses zur NPD sprechen. Tatsächlich dürfte es z. B. intellektuellen Karrieren nicht förderlich sein, sich offen zu einer rechtsextremen Partei zu bekennen. Zwar gab es in der Vergangenheit vereinzelte Intellektuelle, die sich der Partei gegenüber geöffnet haben. Diese stammten jedoch nicht aus Dresden.⁵⁵ Inwieweit Wirtschaftsvertreter aus Dresden mit der NPD sympathisieren, kann ebenfalls nicht geklärt werden.

Unzweifelhaft versucht der Vorsitzende natürlich seine Partei in einem „guten Lichte“ darzustellen. So erläutert er weiter:

„Der Dresdner Kreisverband ist eine gute Mischung aus jung und alt. Wir kennen uns schon lange. Das schafft Vertrauen und hilft bei der Zusammenarbeit.“

⁵² Vgl. Backes/ Steglich 2007, Stöss 2005a, Jesse 2005 .

⁵³ Vgl. Kailitz 2007.

⁵⁴ Vgl. Staatsministerium des Inneren 2010: 12.

⁵⁵ Vgl. Heimlich 2009.

Der Blick auf den aktuellen Vorstand der NPD könnte diese Annahme bestätigen. Die beteiligten Personen stehen tatsächlich für ein erweitertes Spektrum an Aktivisten. So gehören dem Kreisvorstand der NPD nach Aussage der Partei⁵⁶ folgende Personen an:

- Jens Baur (Vorstand): Baur gehört zum politischen Nachwuchs der Partei und ist gleichzeitig auch Landesgeschäftsführer der Partei. Im Rahmen dieser Studie war er bereit, sich einem Interview zu stellen, so dass exemplarisch an seiner Biographie die Partei noch näher vorgestellt werden soll.
- Paul Lindner: Lindner gehört zur „jungen Garde“ der Partei. Er wohnt in Dresden und engagiert sich besonders in der Jugendarbeit der Partei. Weiterhin ist er eine Schnittstelle zum bewegungsförmigen Rechtsextremismus.
- Arne Schimmer: Schimmer ist Landtagsabgeordneter der NPD. Er kommt aus dem westdeutschen Burschenschaftsumfeld und gehört zu den selbst ernannten Intellektuellen der Partei. Er wird zwar als Dresdens Vertreter im Landtag seitens der NPD beworben, verfügt tatsächlich jedoch nur über wenig Andockungspunkte in der Stadt. So verzichtete er z. B. auch auf die Eröffnung eines Wahlkampfbüros in der Stadt.
- Rene Despang: Nach dem Tod des MdL Leichsenring rückte Despang für drei Jahre in den Landtag bis 2009 nach. Seine Wiederwahl scheiterte. Seitdem ist seine öffentliche Präsenz in der Stadt deutlich rückläufig. Als Landtagsabgeordneter fiel er vor allem durch die Eröffnung eines Büros im Stadtteil Pieschen auf, das zahlreiche Bürgerproteste provozierte.
- Holger Szymanski: Szymanski kam über das „Nationale Bündnis“ zur NPD. Er arbeitet als Pressesprecher für die Landtagsfraktion und engagierte sich zeitweilig auch als stellvertretender Chefredakteur für die Parteizeitung „Deutsche Stimme“. Sein Handlungsfeld ist somit vor allem die Landes- und Bundespartei. Lokale Initiativen sind von ihm nicht bekannt geworden.
- Hartmut Krien: Krien ist Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der NPD. Dabei handelt es sich um Netzwerk von NPD-Mandatsträgern auf kommunaler Ebene. Die KPV schult ihre Mitglieder in Rechts-, Strategie- und Organisationsfragen. Zusätzlich sitzt Krien zusammen mit Baur für die NPD im Stadtrat und arbeitet wie Szymanski für die Landtagsfraktion.
- Hermann Grunert: Grunert gehört zu den Urgesteinen der Dresdner NPD. Er war bereits in den 90er Jahren Vorstandsmitglied der Partei und engagiert sich vor allem im Stadtteil Cotta.

⁵⁶ Vgl. <http://www.npd-dresden.de/neu/bilder/kreisvorstand.jpg>, (28.11.2010).

Diese Übersicht deutet auf ein wichtiges Problem der Dresdner NPD hin. Deutlich überrepräsentiert ist die Gruppe derjenigen, die mittelbar oder unmittelbar mit der Landtagsfraktion verbunden ist. Damit einher geht eine zeitliche Beschränkung für das kommunale Engagement. Einigen Mitgliedern fehlt auch sehr deutlich jede persönliche Anbindung an die Stadt. Sie sind „Zugezogene auf Zeit“. Trotz dieser Einschränkungen zählt der Verfassungsschutz die Dresdner NPD im Landesvergleich noch zu den Aktivposten der Partei.⁵⁷ Anders sieht das mit dem Vorsitzenden Jens Baur aus. Er ist gebürtiger Dresdner und auch lokalpolitisch aktiv. An ihm soll exemplarisch eine mögliche Linie des Dresdner Rechtsextremismus dargestellt werden.

Exemplarische Darstellung: Jens Baur

Jens Baur, geboren 1979, gehört zu den Nachwuchshoffnungen der sächsischen NPD. Er ist Kreisvorsitzender in Dresden, Landesgeschäftsführer und war persönlicher Referent des NPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Apel im sächsischen Landtag. Die Kontaktaufnahme mit ihm ist unkompliziert. Zügig antwortet er auf Anfragen per Mail und mit einigen Verzögerungen – bedingt durch einige Absprachen mit seinen Parteifreunden – kommt es zu einem Treffen in der NPD-Landesgeschäftsstelle in Riesa. Die Begrüßung ist freundlich und professionell. Der Autor wird am Bahnhof abgeholt und zur Geschäftsstelle gefahren. Der Einstieg von Baur in die rechtsextreme Parteienwelt ist seiner Schilderung nach eher zufällig verlaufen. Eine Zeit lang lernte er in Hessen und beschloss als junger Mann, sich politisch zu engagieren, ohne dass ihm damals schon klar war, welche Richtung er einnehmen wollte:

„In Hessen habe ich die verschiedenen Parteien angeschrieben. Die Republikaner haben am schnellsten geantwortet und mit mir Kontakt aufgenommen. Das Programm hat mir gefallen, die Leute auch. Das ging dann sehr schnell und ich war dabei.“

Er baute in Hessen die „Republikanische Jugend“ auf und kehrte als „Republikaner“ nach Dresden zurück. Der Sinkflug dieser Partei machte ihm jedoch zu schaffen und sein Engagement verlagerte sich auf das Nationale Bündnis in Dresden. Dort baute er eine Struktur mit auf, die noch heute Bestand hat: der „Nationale Jugendstammtisch“.

„Im Jahr 2004 habe ich über das Nationale Jugendbündnis gemeinsam mit anderen den Nationalen Jugendstammtisch ins Leben gerufen.“

Der Nationale Jugendstammtisch ist das zentrale Bindeglied zwischen NPD, den bewegungsförmigen Kräften und Orientierung suchenden Jugendlichen. Das Angebot war dabei bewusst niedrig schwellig angesetzt und hatte für Baur dennoch eine klare politische Funktion:

⁵⁷ Vgl. Staatsministerium des Inneren 2010: 12.

„Das Nationale Jugendbündnis als Unterorganisation des Nationalen Bündnis war für mich auch eine Art Vorfeldorganisation. Das waren auch Jugendliche dabei, die noch nicht fest organisiert und noch auf der Suche waren.“

Baur sieht in dieser anhaltenden Arbeit noch immer einen Erfolg. Die Treffen selbst scheinen eine Mischung aus Diskussion, Vortrag, Schulung, Austausch und Feiern zu sein. So meint Baur zu den Treffen:

„Das hat erstaunlich gut funktioniert. Zahlen will ich Ihnen nicht nennen. Aber wir haben uns alle 14 Tage getroffen. Es gab auch Vorträge und Schulungen, so z. B. zum Verhalten auf Demonstrationen.“

Auch in seiner neuen Funktion als Landesgeschäftsführer versucht Baur den Kontakt zu Jugendlichen aufrecht zu erhalten. In der Geschäftsstelle angekommen, berichtet er, dass noch am Abend vorher einige Jugendliche hier Fußball geguckt hätten, was den noch in der Luft liegenden Geruch eines geselligen Abends erklären sollte. Es sind somit auch nicht die primär politischen Aktivitäten, sondern deren Verbindung mit Feierlichkeiten bzw. im Szenejargon gesprochen „Kameradschaft“, die als Lockmittel eingesetzt werden. Baur schreckt dabei auch nicht vor Kontakten mit sich aggressiv formierenden Gruppierungen zurück. So berichtet er z. B. über seine Kontakte zur Gruppe der „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS):

„Mit der SSS habe ich keine Berührungsängste. Die Prozesse haben ja auch gezeigt, dass das maßlos aufgebauscht wurde. Die haben ja nichts gefunden. Das sind harmlose, junge Leute.“

Auf ihren Selbstdarstellungen zeigt sich die Gruppe z. B. maskiert und martialisch im Auftreten. Baur erklärt sich das wie folgt:

„Die Fotos? Naja, das sind junge Leute, das darf man dann nicht überbewerten. Die wollten eben auch mal den Linken gegenüber Stärke zeigen.“

Sein politischer Weg führte Baur somit von den eher gemäßigten, in vielen Ländern nicht mehr als rechtsextrem eingestuften Republikaner zum NPD-Netzwerker mit Kontakten zu gewaltbereiten Organisationen und rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Seine politische Motivation wirkt dabei zunächst etwas hölzern, wenn er erklärt:

„Das sind heute vier zentrale Punkte für mich: 1. Die Überfremdungsproblematik, 2. Die Antiwehrmachtsausstellung, 3. Der Werteverfall in der Gesellschaft, Stichwort Spaßgesellschaft und 4. Die Globalisierungskritik.“

Die sogenannte Wehrmachtsausstellung sei in seiner politischen Sozialisation sehr bedeutend gewesen. Er beschreibt deren Wirkung wie folgt:

„Ich habe mir die sogenannte Wehrmachtsausstellung angeguckt. Das waren dann Nichts-sagende Bilder, von denen es dann hieß: da passiert dann gleich was Schlimmes. (...) Das stimmte auch einfach nicht mit den subjektiven Erinnerungen z. B. meiner Großeltern überein.“

Es sind solche Erlebnisse, die ihn in seiner Skepsis gegenüber dem demokratischen System stärken. Seine persönlichen Alternativen dazu sind jedoch noch unausgereift. Wichtig sind ihm lediglich das Prinzip der Führung und die Stärkung der Autoritäten. Dabei greift er bewusst auf Vorbilder aus der DDR-Zeit zurück. Z. B. erklärt er:

„Verstehen Sie mich nicht falsch: die DDR will ich nicht zurück. Aber so eine Konstruktion wie die Pionierzeit - dass der Staat auch wieder die Kinder mit erzieht -, die finde ich gut. Es kann auch eine zentrale Jugendorganisation geben oder ein verpflichtendes soziales Jahr für alle.“

Außerdem sollten die Menschen sich wieder mehr mit ihrem Land identifizieren:

„Es muss auch wieder mehr Disziplin und Achtung von Autoritäten in dieser Gesellschaft geben. Hier sind doch alle uninteressiert und jeder denkt nur an sich. Das muss aufhören.“

Ausführlich äußert er sich auch zur Integration von Migranten in Dresden. Die Stadt sei auch deshalb so attraktiv und beliebt, weil es dort weniger Migranten gebe. Konkret meint er:

„Es ziehen auch gerne Westdeutsche hierher, weil sie wissen, hier gibt es nicht so viele Ausländer. (...)“

Quellen gibt er für diese These nicht an. Ihm liegt jedoch am Erhalt des Status Quo:

„Ich will, dass das in Dresden auch so bleibt und wir hier nicht Verhältnisse kriegen wie in vielen westdeutschen Städten.“

Konkret bedeutet das für ihn:

„Ich bin durchaus pragmatisch: Wer sein Gastrecht missbraucht, soll zurück nach Hause. Das gilt für Asylbewerber, Kriminelle (...) aber auch z. B. für Kinder, die zwar hier geboren sind, deren Eltern oder Großeltern aber zugezogen sind.“

Überhaupt gibt sich Baur gerne als moderner Politiker. Die NPD ist derzeit eine in sich tief gespaltene Partei. Ein radikaler Flügel um Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, kämpft mit dem eher gemäßigten Flügel um Holger Apfel, Fraktionsvorsitzender der NPD in Sachsen, um politischen Einfluss in der Partei. Baur positioniert die Dresdner NPD eindeutig auf dem gemäßigten Flügel, was ihn nicht davon abhält, mit den deutlich radikaleren Strömungen in der Stadt so wie im Fall der SSS auch im Umland von Dresden zu kooperieren. Es ist dieser politische Spagat, der in Dresden überrascht.

Zu bedenken ist auch das Alter von Baur. Mit knapp über dreißig Jahren verfügt er bereits über zahlreiche politische Erfahrungen und ist in der Partei, protegiert von Holger Apfel, fest verankert. Er symbolisiert eine neue NPD-Generation, die noch jung, dennoch fest eingebunden und organisationsbegabt und mit direkten Kontakten zu Jugendszenen versehen ist. Trotz einiger erkennbarer Schwächen in der theoretischen Aufarbeitung der Programmatik sowie im öffentlichen Auftreten stammt Baur aus einer Generation, die in den demokratischen Parteien überaus schwach vertreten erscheint.

Zur Dresdner Struktur der Partei zählt ferner auch die Landtagsfraktion. Sie wirkt wie eine innerstädtische Insel. Für den Kreisverband ist sie vor allem als Arbeit- und Geldgeber bedeutend. Bei öffentlichen Veranstaltungen übernehmen deren prominente Vertreter wie Holger Apfel gerne den Part des Vortragenden. Das schwächt tendenziell eher die originär Dresdner Szene, da ihnen Auftrittsmöglichkeiten versagt bleiben und sie somit auf kleinere Veranstaltungen ausweichen müssen, um überhaupt Gehör zu finden.

Inhaltliche Verortung der NPD

Die inhaltliche Ausrichtung der Dresdner NPD zeigt sich in zwei Analyseeinheiten. Für die Öffentlichkeit bestimmt ist die Publikation „Blickpunkt Dresden“, von denen die NPD über 800.000 Exemplare verteilt haben will. Sie wird zunächst vorgestellt. Eine klare lokalpolitische Ausrichtung hat das Wahlprogramm der NPD zur Kommunalwahl 2009, die ebenfalls in Hinsicht auf die lokale Ausrichtung der NPD analysiert wird.

a) NPD-Zeitschrift „Blickpunkt Dresden“

Der NPD-Kreisverband gibt in unregelmäßigen Abständen eine eigene, vierseitige Publikation mit dem Titel „Blickpunkt Dresden“ heraus. Sie zeichnet sich durch ein professionelles Layout im

„Boulevardstil“ aus und enthält größtenteils namentlich nicht gekennzeichnete Artikel. Im Herbst 2010 liegen lediglich drei Ausgaben, darunter eine Sonderausgabe zur Stadtratswahl 2009, vor, die alle auch über das Internet auf der Seite <http://www.npd-dresden.de> zu beziehen sind.

Interessant sind an den Publikationen zum Einen die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen, zum anderen aber auch die Selbstbeschreibungen der rechtsextremen Partei. Beides soll im Folgenden vorgestellt werden. Thematisch werden in den vorliegenden Dokumenten vor allem fünf Punkte angeschnitten:

1. Privatisierungen
2. Soziale Themen
3. Kriminalität
4. Integrationsfragen
5. Gedenkkultur

Zu den zentralen Themen der Dresdner Stadtpolitik in den letzten Jahren gehörte die Privatisierung auf dem Wohnungsmarkt. Die NPD kritisiert die Mehrheitsbeschlüsse und versucht die Ängste der Mieter zu verdeutlichen. So heißt es in der Ausgabe Nr.3 auf Seite 2 z. B. „Dresdner Mieter in großer Sorge“. Gewarnt wird vor allem vor Mieterhöhungen. Der Artikel verbindet die Privatisierungsfrage zum Ende auch mit der allgemeinen Globalisierungskritik. So heißt es dort:

„Deshalb ist es wichtig, daß im Rathaus eine starke nationale Opposition sitzt, die Alarm schlägt, wenn die Stadtspitze wieder mal das Eigentum der Dresdner an internationale Finanzheuschrecken wie den Gagfah-Mehrheitseigentümer Fortress verhökern will.“⁵⁸

Einen alternativen Politikvorschlag entwickelt die NPD jedoch nicht.

Eng mit den Privatisierungsthemen verbunden sind Artikel zur sozialen Frage. So wünscht sich die NPD „Erschwinglichen Wohnraum für alle“,⁵⁹ fordert zum Erhalt der Dresdner Chip-Industrie massive staatliche Investitionen⁶⁰ und für Sozialschwache ein günstiges Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr. Bei allen Fragen lässt die Partei grundsätzlich offen, wie die Vorhaben finanziert werden sollen.

⁵⁸ Vgl. Blickpunkt Dresden, Nr. 3, S. 2.

⁵⁹ Vgl. Blickpunkt Dresden, Nr. 1, S. 3.

⁶⁰ Vgl. Blickpunkt Dresden, Nr. 3, S. 3.

Unmittelbar verwoben werden die beiden Themen Integration und Kriminalität. Im Blickpunkt Nr. 2, S. 3 kritisiert die Partei die vermeintlich geringe Aufklärungsquote im Kriminalitätsbericht, obwohl sie mit 57% über dem Bundesdurchschnitt von 55% liegt, was der Artikel jedoch verschweigt. Ausführlicher hingegen gerät die Darstellung der Kriminalität von Migranten. Etwa 11% der Delikte seien Migranten zugerechnet worden, obwohl ihr offizieller Anteil lediglich bei 4% der Bevölkerung liege. Auch hier verschweigt der Artikel, dass es sich bei den Delikten zunächst nur um Hinweise der Polizei und nicht um Verurteilungen handelt und dass die Zahlen auch Straftaten beinhalten, die nur von Migranten (und Touristen) begangen werden können wie z. B. Verletzungen der sogenannten Residenzpflicht von Asylbewerbern. Die NPD hingegen fordert Kürzungen für interkulturelle Projekte, wenn sie zur Kriminalitätsstatistik schreibt:

„Für die Dresdner Stadtverwaltung ist das leider kein Grund, nicht trotzdem jedes Jahr wieder bei den Interkulturellen Tagen die angebliche Bereicherung unserer Gesellschaft durch Multikulti hervorzuheben. (...) Uns ist ein sicheres Dresden lieber als ein interkulturelles.“

An anderer Stelle wird die Partei noch deutlicher, indem sie die Forderung aufstellt, keine Gewerbe genehmigungen mehr für Ausländer auszustellen.⁶¹ Die Begründung lautet wie folgt:

„Natürlich können der Gemüsehändler Nguyen oder der Dönerverkäufer Mustafa persönlich nette Menschen sein, die oft selbst ausgebeutet werden, doch nicht selten sind sie Teil eines Netzwerks, das für ruinösen Wettbewerb gegen einheimische Gewerbetreibende und teilweise sogar für kriminelle Machenschaften wie z. B. Geldwäsche verantwortlich ist. Oder wie ist es sonst zu erklären, dass sich z. B. über viele Jahre China-Restaurants halten, die Tag für Tag kaum Gäste haben?“

Die NPD warnt zusätzlich vor einer Vertreibung der Deutschen:

„In unserer Stadt gibt es bereits heute ein Überangebot an Dönerständen und Pizzabuden. Der Obst-, Gemüse- und Blumenhandel ist fest in vietnamesischer Hand. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind unsere heimischen Dresdner Händler. (...) Viele von ihnen mussten in den letzten Jahren ihr Geschäft aufgeben. So verschwindet auch ein gutes Stück Gewerkekultur aus unserer Stadt, die über Generationen Dresdner Bürgern Arbeit und Brot gaben.“

Gescheitert sei dabei der generelle Ansatz der Integration. So heißt es an anderer Stelle:

⁶¹ Vgl. Blickpunkt Dresden, Nr. 3, S. 1.

„All das zeigt: Multi-Kulti ist in Westdeutschland und West-Berlin schon längst katastrophal gescheitert. Multi-Kulti ist kein endloses und fröhliches Straßenfest, sondern es ist Gewalt, Kriminalität, Lohndrückerei und gnadenlose soziale Konkurrenz, die allen die Zukunft raubt.“⁶²

Soweit sei es in Dresden jedoch noch nicht, betont der Kreisvorsitzende in einem Interview.⁶³ Seine Politik sei eher präventiver Natur.

Ein weiterer Schwerpunkt der Dresdner NPD ist der Umgang mit dem Gedenken an die Luftangriffe auf Dresden. Wiederholt wird die Forderung nach einem stärkeren Gedenken der deutschen Opfer erhoben.⁶⁴ Ausführlich äußert sich dazu der Kreisvorsitzende:

„Ich denke, daß es für jeden Dresdner eine Verpflichtung ist, jedes Jahr (...) der Opfer des angloamerikanischen Terrorangriffs auf eine wehrlose Stadt zu gedenken, um zu verhindern, daß diese barbarische Tat in Vergessenheit gerät. Denn während die bundesdeutschen Schuld kult-Fanatikern am liebsten für jedes alliierte Opfer ein eigenes Mahnmal errichten würden, werden die deutschen Toten wie Opfer Zweiter Klasse behandelt, über die man nicht spricht und denen man jede Ehrerbietung verweigert.“⁶⁵

Die zeithistorischen Umstände der Bombardierung, wie der deutsche Angriffskrieg auf die deutschen Nachbarstaaten finden in der NPD keine Erwähnung. An ihre Stelle tritt eine Argumentation mit den Begrifflichkeiten der politischen Gegenseite:

„Ein Denkmal für die Opfer des Angriffs vom 13. Februar würde einer Stadt gut zu Gesicht stehen, die den Anspruch erhebt, mit der weltweiten symbolischen Bedeutung, die die Vernichtung der Stadt gebracht hat, als Mahner für Frieden, Menschlichkeit und Versöhnung aufzutreten.“⁶⁶

Für die Opfer der deutschen Flugangriffe fordert die NPD kein Gedenken.

Im Gegensatz zu vielen anderen Kreisverbänden bemühen sich die Dresdner ausdrücklich um ein lokales Profil. Zwar werden „klassische“ Themen der Rechtsextremisten bedient. Sie werden argumentativ jedoch explizit auf die lokale Situation „heruntergebrochen“. Das geschieht jedoch nur zum Teil basierend auf Fakten. Besonders in Äußerungen zur Migration setzt die NPD auf blasse Vorurteile und rassistische Bilder. Erkennbar ist auch die Bedeutung des Gedenkens. In ihrer Vergangenheit musste die NPD immer dann politische Niederlagen einstecken, wenn sie vor

⁶² Vgl. Blickpunkt Dresden, Nr. 3, Seite 4.

⁶³ Vgl. Blickpunkt Dresden, Nr. 1, S. 3.

⁶⁴ Vgl. Blickpunkt Dresden, Nr. 3, Seite 1; Blickpunkt Dresden, Nr. 2, Seite 4.

⁶⁵ Interview mit Baur, in: Blickpunkt Dresden, Nr. 1, Seite 3.

⁶⁶ Blickpunkt Dresden, Nr. 1, S. 4.

allem auf historische Themen setzte. Trotzdem positioniert sich die NPD diesbezüglich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit sehr klar. Das dürfte z. T. aus Überzeugung, mit Sicherheit aber auch aus den politischen Umfeldstrukturen heraus zu erklären sein. Die Forderung nach einer anderen Gedenkkultur ist die große inhaltliche Klammer der Dresdner Rechtsextremisten. Diese Schnittstelle überdeckt die Differenzen in der politischen Strategie sowie in anderen Themenfeldern.

b) Dresdner Kommunalwahlprogramm von 2009⁶⁷

Das Dresdner Kommunalwahlprogramm von 2009 deckt sich in seinen zentralen, politischen Schwerpunktsetzungen mit den Veröffentlichungen des „Blickpunkt Dresden“, die an dieser Stelle nicht wiederholt werden sollen. Interessanter ist der Blick auf mögliche Lösungsvorschläge der NPD zu den von ihnen skizzierten Problemen.

Bezüglich der wirtschaftlichen Situation Dresdens plädiert die NPD für eine Förderung des Mittelstandes als Jobmotor der Stadt.⁶⁸ Diese Idee ist nicht sehr originell und wird von nahezu jeder demokratischen Partei genauso vertreten. Ein Alleinstellungsmerkmal ist jedoch die Forderung, deutsche Firmen strikt zu bevorzugen. Im Zweifelsfalle sollen sogar Ausschreibungen so verändert werden, dass europaweite Ausschreibungen zu verhindern sind.⁶⁹ Diese Forderung dürfte vor dem Hintergrund des Gleichheitsgrundsatzes rechtswidrig sein. Weitere Privatisierungen in der Stadt z. B. von Schlössern und Krankenhäusern lehnt die NPD strikt ab,⁷⁰ ohne dabei zu verraten, wie deren primäre Finanzsituation stattdessen verbessert werden könnte.

Einen Schwerpunkt setzt das Programm auf die Bekämpfung der Kriminalität. Dazu zählt die NPD die organisierte Kriminalität genauso wie die Gegenprotestanten zum rechtsextremen Gedenkmarsch im Februar in der Stadt. Sie fordert ein härteres Durchgreifen der Polizei, die Einstellung aller Förderungen von „linken“ Gruppierungen, die Vorfeldorganisationen von linksextremen Gruppen seien.⁷¹

Wiederholt spricht die NPD auch von einer „Perspektivlosigkeit“ der Jugend in Dresden. Die NPD will dem ein Mehr an Betreuung und Freizeitangeboten entgegenstellen und plädiert zusätzlich für das Ende aller Schulschließungen in der Stadt. Außerdem sollen einkommensschwache Gruppen finanziell entlastet und der Öffentliche Personennahverkehr ausgebaut werden.

⁶⁷ NPD 2009.

⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 3.

⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 4.

⁷⁰ Vgl. ebenda, S.-5.

⁷¹ Vgl. ebenda, S. 6.

Vergleichsweise konkret sind immerhin die Forderungen nach der Stärkung direkter Modelle der Demokratie und nach einem „Denkmal für die Opfer des Bombenkrieges“⁷².

Blickt man auf dieses Sammelsurium an Forderungen fällt der typische Charakter eines Oppositionsprogramms auf. Es enthält zahlreiche Ablehnungen bestehender politischer Strategien, einige Wohlfühlforderungen ohne Berücksichtigung ihrer Finanzierung und die unumgängliche Forderung zur Gedenkkultur als Signal an die radikale Wählerklientel. An keiner Stelle ist eine konkrete politische Strategie für die Zukunft der Stadt Dresden erkennbar. Es ist phantasielos in seiner Aneinanderreihung an Themen und ohne realistische Gestaltungsideen.

c) Zusammenführung der inhaltlichen Verortung

Die Dresdner NPD bemüht sich um ein lokales Profil. Dazu greift sie bereits lokale Themen auf und gibt sich lautstark in der Kritik. Schwach sind jedoch ihre eigenen, konkreten Ideen für die Stadt. Diesbezüglich ist sie phantasielos und entwickelt kaum eigene Vorstellungen, geschweige denn eine in sich schlüssige politische oder gesellschaftliche Strategie für die Zukunft der Stadt.

Aktivitäten der NPD

Die erkennbaren Aktivitäten des NPD-Kreisverbandes jenseits der Stadtratsarbeit lassen sich in folgende Bereiche unterteilen:

1. Pflege der eigenen Homepage
2. Flugblattaktionen
3. Teilnahme an Demonstrationen
4. „Wortergreifungsstrategie“

Unbekannt sind parteiinterne Veranstaltungen. Die Öffentlichkeit wird lediglich im Nachklang über die jeweiligen Neuwahlen z. B. des Kreisvorstandes informiert. Blicken wir nun auf die Aktivitäten: Die Homepage hat eine professionelle Aufmachung und ist im Layout dem Corporate Identity des NPD-Landesverbandes angepasst. Durchschnittlich einmal pro Woche wird die Homepage aktualisiert. Unter „Aktuelles“ finden sich dann Texte, in denen Berichte mit Kommentaren zu stadtpolitischen Themen gemischt werden. Oft handelt es sich um Themen aus dem Stadtrat. Dazu passt auch die Auflistung der Stadtratsanfragen. Ergänzt wird dieses Angebot um eine Downloadfunktion der eigenen Schriftenreihe sowie eine Selbstdarstellung des Kreisvorsitzenden sowie des MdL Schimmer. Erst im Laufe des Untersuchungszeitraums wurde die bisher eher

⁷² Ebenda, S. 9.

statische Homepage um ein Filmangebot ergänzt, indem aus rechtsextremer Sicht über einen Aufmarsch zum 17. Juni 1953 berichtet wird.

Mit viel Stolz berichtet der Kreisvorsitzende über die Verteilung von Flugblättern in der Stadt. Seit 2009 spricht er von einer Größenordnung von 800.000 Flugblättern, die in Dresden verteilt worden sein sollen. Beweise gibt es für diese Zahl nicht und selbst wenn die Zahl stimmen sollte, sagt sie noch nichts darüber aus, ob die Flugblätter auch gelesen wurden bzw. welche Wirkung sie erreicht hätten. Wichtiger als die Quantität dürfte ein zweiter Hinweis sein. Die NPD konzentriert sich u.a. auf die großen Neubaugebiete in den Stadtteilen Prohlis und Gorbitz. Dies sind Stadtviertel, in denen die demokratischen Parteien – mit Ausnahme der Linken – nur wenig verankert erscheinen und die auch in Wahlkämpfen eher unterdurchschnittliche Beachtung finden. Die NPD meint dies als Lücke für sich entdeckt zu haben und verbindet ihre Verteilaktionen z. T. mit Infoständen, um so einen Face to Face Kontakt zu ermöglichen und sich als „Kümmerer“ vor Ort zu präsentieren.⁷³ Die Partei spricht in 2009 von 30 durchgeführten Infoständen. Erinnerung muss dabei jedoch an den Umstand, dass sich Dresden quasi im Dauerwahlkampf befand. Die Regelzahl pro Jahr dürfte deutlich geringer sein.

Ein dritter Handlungsstrang ist die Teilnahme an gemeinsamen Aufmärschen und Kundgebungen der gesamten Dresdner Szene. Dies betrifft nicht nur die Großdemonstration im Februar sondern immer wieder auch kleinere Aufmärsche und Kundgebungen, im Untersuchungszeitraum z. B. zum sogenannten „Arbeiteraufstand“ im Jahr 1953. Aus Polizeikreisen wird das mobilisierungsfähige rechtsextreme Potential in Dresden auf etwa 200 Personen geschätzt. Bei den kleineren Veranstaltungen werden davon zumeist etwa 2/3 zur Teilnahme bewegt. Deutlich ist bei diesen Auftritten der Netzwerkcharakter des örtlichen Rechtsextremismus, so dass sich dort Vertreter der NPD-Landtagsfraktion zusammen mit denen des NPD-Kreisverbandes und den Spitzen des bewegungsförmigen Rechtsextremismus zusammen in der Öffentlichkeit zeigen. Die Szene achtet dabei auf eine strikte Kontrolle ihres Auftretens und bemüht sich erkennbar auch darum, nicht nur als Männerorganisation wahrgenommen zu werden, indem gezielt rechtsextreme Frauenorganisationen auf ihren Transparenten beworben werden.

In der Vergangenheit kam es auch zu mehreren Versuchen, die selbsternannte „Wortergreifungsstrategie“ der NPD umzusetzen. Dieser hoch trabende Titel meint nichts anderes, als dass die NPD öffentliche Veranstaltungen ihrer Gegner demonstrativ besucht und sich in den Diskussionen zu Wort meldet. Manchmal sollen die Veranstaltungen dadurch gestört werden, manchmal nutzt die NPD diese Orte aber auch nur als Bühne um sich selbst zu präsentieren.⁷⁴ Die Qualität dieser Beiträge scheint in der Vergangenheit nicht sehr hoch gewesen zu sein. So hieß es in den Interviews u.a.:

⁷³ Vgl. Teune/ Borstel 2008.

⁷⁴ Vgl. Speit 2009.

„Das war nicht wirklich überzeugend. (...) Das muss der Baur noch ein bisschen üben.“

Trotzdem werden diese Auftritte von anderen Interviewpartnern durchaus als störend und unangenehm empfunden.

Insgesamt dürfte die Einschätzung des Verfassungsschutzes zutreffend sein. Die Dresdner NPD gehört zu den im Landesvergleich aktiveren Kreisverbänden.⁷⁵ Besonders im Wahljahr 2009 gelangen der NPD wahrnehmbare Aktivitäten. Bedeutend dürfte der Hinweis auf ihre Konzentration auf soziale Brennpunkte in der Stadt sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten ist die Arbeit der beiden Stadtratsmitglieder.

Die NPD im Dresdner Stadtrat

Für Richard Stöss gehört der Größenwahn zu den Konstanten im rechtsextremen Weltbild.⁷⁶ In diesem Sinn wundert es nicht, dass sich die NPD bei einem Stimmanteil von 3,66% der Stimmen als „3. Kraft im Dresdner Stadtrat“⁷⁷ bezeichnet. Mit nur zwei Stadtratsmitgliedern blieb ihr der Fraktionsstatus verwehrt und damit verbunden sind deutliche Einschränkungen der Handlungsspielräume z. B. durch geringere Redezeiten, reduzierte Antragsmöglichkeiten und begrenzte Zuschüsse.

Dennoch besteht die NPD auf ihre Idee, der dritte Block im Stadtrat zu sein. Bei einem Anteil von 1/35 der Mitglieder ist diese Annahme erklärungsbedürftig. Die Argumentation der Partei lautet dabei wie folgt:

„Es gibt zwei etwa gleich große Blöcke im Stadtrat (einen bürgerlichen und einen linken) und wir sind dadurch schnell mal das Zünglein an der Waage.“

Tatsächlich gibt es im Dresdner Stadtrat deutliche Fraktionierungen. So spricht z. B. auch die CDU von einem „linken“ Block aus SPD, Linke und Bündnis 90/ Die Grünen und einem bürgerlichen Lager aus CDU und FDP mit jeweils 32 Stimmen. Zwischen diesen Fraktionierungen stehen noch die Notfraktion der Freien Bürger mit 4 Stimmen, die in sich wiederum gespalten erscheint und die NPD mit ihren 2 Stimmen. In dem Moment, in dem die Freien Bürger sich nicht eindeutig einem Lager zuwenden und mit jeweils 2 Stimmen die beiden großen Lager unterstützen, bekommt die NPD tatsächlich eine ihrer Größe nach überaus unangemessene Rolle zugewiesen. Sie ist dann das berühmte „Zünglein an der Waage“ und tatsächlich gab es in der Vergangenheit mehrere Entscheidungen, die so eng waren, dass sie von der NPD abhängig waren. Von demokratischer Seite wurde das nicht weiter problematisiert.

⁷⁵ Vgl. Staatsministerium des Inneren 2010: 12.

⁷⁶ Vgl. Stöss 2000.

⁷⁷ Vgl. Flugblatt der NPD-Dresden mit dem Titel „NPD: Die 3. Kraft im Dresdner Stadtrat“.

Für die NPD sitzen Jens Baur und Hartmut Krien im Stadtrat. Sie teilen sich die Aufgaben und legen Wert auf Anwesenheit. Baur führt dazu aus:

„Wir machen im Stadtrat eine Arbeitsteilung: Mein Kollege, Herr Krien, konzentriert sich sehr auf die Sachebene und ich muss natürlich auch mal provozieren, um überhaupt gehört zu werden. Ich stelle dann bei passenden Themen auch die ideologische Sichtweise der NPD dar.“

Die beiden Stadtratsmitglieder versuchen in den Debatten Gehör zu finden. Angesichts des fehlenden Fraktionsstatus weichen sie dazu gerne auf das Modell der „persönlichen Erklärung“ aus. Dennoch fällt es den beiden Mitgliedern schwer, den Stadtrat tatsächlich als Bühne zu nutzen. Das liegt sowohl an ihrer personellen Schwäche als auch an der ungewöhnlichen, baulichen Form des Rathauses. Besucher sitzen dort auf einer Tribüne und die NPD darunter, so dass sie von oben faktisch nicht gesehen und auch nur schwer gehört werden können.

Ein zweites Instrument der Stadtratsarbeit ist die Möglichkeit der Anfrage. Für die laufende Legislaturperiode konnten immerhin 42 Anfragen der NPD festgehalten werden. Diese Quantität ist Ausdruck eines gewissen Fleißes. Inhaltlich lassen sie sich die Anfragen folgenden Themen zuordnen:

Thema	Anzahl
Auseinandersetzung mit politischem Gegner	14
Kommunale Detailfragen	10
Asyl/ Migration	5
Wirtschaft/ Soziales	2
Bildung	2
Finanzen	2
Verwaltungsverfahren	1
Gedenkkultur	1
Abwertung von Minderheiten	1
Nicht lesbar	4

Oberste Priorität hat somit die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, insbesondere mit zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus, über die Informationen beschafft werden sollen. Dem folgen zahlreiche Detailanfragen, so z. B. zur Dauer der Speicherung von Daten bei der Stadtbibliothek, über den Zustand eines schulischen Kellers oder die Frage nach dem Verteilungssystem von Freikarten für einen Jugendevent. Auffallend ist im Vergleich zu anderen größeren Städten, dass die NPD verhältnismäßig wenig Anfragen aus den Stadtteilen auf die übergeordnete Bühne des Stadtrats bringt. Deutlich unterrepräsentiert sind alle Themen, die mit den zentralen Problemen der Kommune zusammenhängen. Weder im Bereich der

Bildung, der Finanzen, Wirtschaft oder im Sozialbereich gelingt es der NPD deutliche Akzente zu setzen, geschweige denn eigene Initiativen erkennbar zu machen. Zentrale Aspekte wie z. B. der Bereich der Kultur werden überhaupt nicht beachtet.

Insgesamt fällt somit die Bilanz der Stadtratspolitik eher mäßig aus. Ein gewisser Fleiß ist unverkennbar. Es bestätigt sich aber der Eindruck, dass die NPD über keine eigenen Strategien für die Gestaltung der Stadt verfügt.

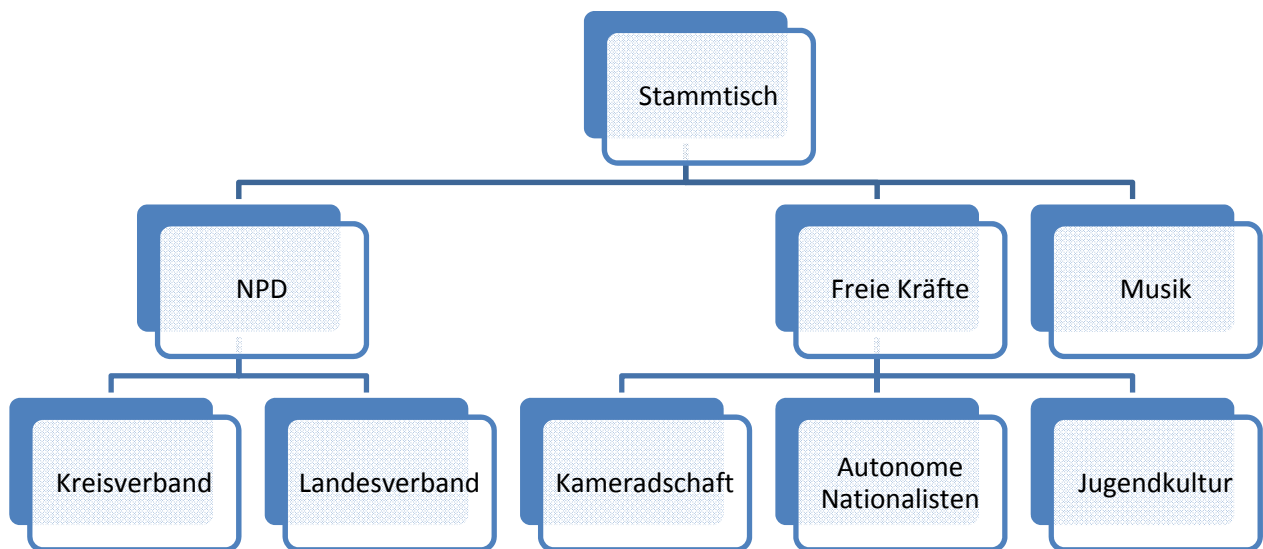
Relevanzeinschätzung der NPD in Dresden

Die NPD verfügt über eine erkennbare Struktur in Dresden und ist im geringen Maße auch öffentlich wahrnehmbar. Im Sinne der Raumordnungstheorie gelangen ihr nachweisbar vereinzelte Provokationsgewinne. Zu beachten ist perspektivisch ihre Konzentration auf soziale Brennpunkte der Stadt. Dort sind – so von demokratischer Seite nicht ebenfalls dort investiert wird – Räumungsgewinne auf der Ebene des Parteienspektrums denkbar. Ein Indiz dafür sind bereits erkennbare Stammwählerpotentiale. Mit dem Vorsitzenden Jens Baur verfügt die Partei darüberhinaus über einen lokalen Aktivposten aus der jüngeren Generation.

Unverkennbar sind aber auch die Schwächen der NPD. Kommunalpolitisch zeigt sie sich phantasielos und strategiefrei. Ihr gelingt es nicht, Themen tatsächlich in der städtischen Debatte zu setzen und konzentriert sich stark auf die Feindbeobachtung sowie die Bedienung und Anbiederung an ihre Partner aus dem bewegungsförmigen Rechtsextremismus. Das dürfte ihre Position in der „Mitte“ der Gesellschaft auf Dauer schwächen.

3.2 Bewegungsförmiger Rechtsextremismus

Im Gegensatz zum parteiförmigen Rechtsextremismus ist der bewegungsförmige Rechtsextremismus erheblich schwieriger zu fassen und zu beschreiben. Er befindet sich derzeit auch erkennbar im Wandel, hat in sich personelle Überschneidungen und wechselnde Bezugsgruppen. Die folgende Übersicht versucht dennoch etwas Licht ins Dunkel zu bringen.



Zentrales Bindeglied ist noch immer der sogenannte „Nationale Jugendstammtisch“, dessen federführende Vertreter jedoch das Jugendalter deutlich hinter sich gelassen haben. An ihm beteiligt sich die NPD genauso wie Vertreter der selbst ernannten „Freie Kräfte“ (FK). Die FK wiederum lassen sich in mehrere Fraktionen unterteilen, die in der Realität nicht immer klar und eindeutig zu unterscheiden sind und deren Grenzen untereinander mitunter verschwimmen. Deutlich ist jedoch, dass es zum einen eher kameradschaftsähnliche Gruppierungen gibt, während der Trend in Dresden, zumindest nach Aussagen von Polizeivertretern, eher in die Richtung der Autonomen Nationalisten geht. Weitgehend unstrittig sind die Existenz jugendkultureller Zusammenhänge mit rechtsextremer Orientierung sowie das Vorhandensein einer rechtsextremen Musiksparte, die sich wiederum z. T. mit den FK überschneidet.

Die Tendenz bei den FK geht dabei nach übereinstimmender Beobachtung von Polizei und zivilgesellschaftlichen Initiativen in die Entwicklung von Netzwerkstrukturen, die weniger als früher auf starren Strukturen beruhen, sondern eher lose strukturiert sind. Ein wichtiger Knotenpunkt für die Dresdner Szene ist dabei noch immer der Nationale Jugendstammtisch. Es liegen zu seiner Fortexistenz mehrere Hinweise, u.a. auch aus rechtsextremen Quellen vor, eine teilnehmende Beobachtung war jedoch nicht möglich, so dass auch keine Beweise für seine Weiterführung vorliegen. Weitgehende Einigkeit bei den Beobachtern der rechtsextremen Szene besteht über einen zentralen Treffpunkt der lokalen Szene in der Nähe des S-Bahnhofs Dresden-Reick, der von der Szene angemietet wurde. Der äußere Eindruck ist dabei eher dürftig. So heißt es im Forschungstagebuch:

„Es ist ein großes Gelände mit Kunsthandel, einer Firma und einem Gebäude des Fraunhofer Instituts. Mehrere Autos parken. Es ist betriebliches Leben. Im Hinterhof, von

der Straße nicht einsehbar, ist ein großer, z.T. überdachter Grillplatz aufgebaut, an dem mindestens 15-20 Leute sitzen könnten. Dahinter befindet sich eine kaputte Holzbude, ein Schuppen, der nicht bewohnbar erscheint. (...)Der Stadtteil ist de facto ein Industriegebiet. Das Gelände liegt verkehrsgünstig direkt am S-Bahnhof Reik. (...) Persönliche Bemerkung: Der Grillplatz macht einen ungeheuer schäbigen Eindruck. Das ganze Gelände ist wenig einladend.“

Der erste Eindruck täuscht jedoch. Inklusiv Keller stehen den Rechtsextremisten an diesem Ort Räumlichkeiten in der Größenordnung von etwa 100 qm zur Verfügung, die für Schulungen, Fitnessstraining und auch für Konzerte oder gesellige Abende genutzt werden können. Im Folgenden sollen die Strukturen erläutert werden, die diesen Treffpunkt jenseits der NPD für sich nutzen.

3.2.1 Freie Kräfte

Die „Freien Kräfte“ oder auch „Freien Nationalisten“ sind relativ junge Selbstbezeichnungen der rechtsextremen Szene. Sie soll das Autonomieprinzip, wie es auf der linksextremen Gegenseite bei den Autonomen bekannt ist, auf die rechtsextreme Seite übertragen. In Dresden tritt vor allem ein „Netzwerkmittle“ als Knotenpunkt der FK auf.

Struktur

Das „Netzwerkmittle“ präsentiert sich im Internet als ein Projekt zur Vernetzung und Schulung der rechtsextremen Bewegung. In der Öffentlichkeit tritt es zusätzlich noch als „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ auf, das besonders mit Rechtsextremisten aus Magdeburg kooperiert.

Tatsächlich muss man sich das Netzwerk als virtuellen Knotenpunkt vorstellen. Es ist fest verankert in der überregionalen Szene und kooperiert mit Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet, wobei die ostdeutschen Bezüge größer sind als die westdeutschen. Nahezu täglich werden Informationen über Szeneaktivitäten, zu zentralen Themen der Szene oder auch Ankündigungen über neue Materialien, Demonstrationen und geplante Veranstaltungen ins Internet gestellt. Das Projekt beruht somit auf einem hohen Idealismus der Beteiligten und ist arbeits- sowie zeitintensiv.

Grundlegende Idee der Freien Kräfte ist der Gedanke der organisatorischen Freiheit. Verbindendes Glied sei das gemeinsame Verständnis als revolutionäre nationale Sozialisten, denen es freigestellt ist, ob sie sich organisatorisch binden oder nicht. Dies ist auch der Grund, warum eine quantitative Zuordnung nicht mehr möglich ist. Es gibt keine Mitgliedslisten oder

festgelegten Gruppenstrukturen. Jeder, der sich dazu berufen fühlt, kann sich den FK zugehörig fühlen, ohne jemals öffentlich in Erscheinung zu treten.

Interessant sind besonders die verteilten Schulungsmaterialien der FK, von denen Ausschnitte im Folgenden vorgestellt werden sollen.

Inhaltliche Ausrichtung

Ein vorliegendes Schulungsmaterial richtet sich explizit an Sympathisanten der FK⁷⁸ und versucht ihre politische Richtung zu skizzieren. Recht deutlich wird darin das Ziel der Arbeit beschrieben:

„Unser Anliegen ist es, freie Nationalisten informell zusammenzuführen und über die Vernetzung gemeinsame Aktivitäten zu koordinieren. (...) Dies kann durch vielfache Aktivitäten wie Schulungen, Medienprojekte, gemeinsam ausgearbeitete Kampagnen, regionale Basisarbeit, Koordinierungstreffen, Zeitungsprojekte usw. gelingen. (...) Das wieder-sichtbar-werden von nationaler Politik muß kurzfristig unser erstes gemeinsames Vorhaben sein.“

Verhältnismäßig dürftig ist jedoch die Bestimmung dessen, was denn eine nationale Politik auszeichne. Betont wird lediglich die Notwendigkeit einer revolutionären Bewegung zur Überwindung des demokratischen Systems. Selbstkritisch wird in der Broschüre der kurzfristige Aktionismus der FK beklagt. So heißt es dort:

„Es war bisher viel einfacher, sein politisches Gewissen mit schnelllebigem Aktionismus zu befriedigen, als inhaltliche Positionierungen zu schaffen und diese entsprechend konsequent durchzusetzen.“

Weiterführende inhaltliche Ausführungen zu den Zielen finden sich dann in der Broschüre trotz Ankündigung nicht. Lediglich vereinzelte Parolen wie „Ausländer Stopp“ oder „Widerstand gegen die herrschenden Zustände“ finden sich in dem Text wieder.

In Dresden hingegen gibt es ein sehr klares politisches Ziel: die Umdeutung der Gedenkkultur anlässlich der Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 und die Aufstellung eines Denkmals für die Opfer in der Stadt. Konkret heißt es dazu in einem in der Innenstadt verteilten Flugblatt der Sympathisanten des Netzwerkmitte:

⁷⁸ Ohne Herausgeber und Jahr: freie Nationalisten. Ein Leitfaden, o.O.

„In wenigen Jahren werden die Stimmen der Erlebnisgeneration für immer schweigen. Deshalb ist es heute an der Jugend, der Forderung eine kraftvolle Stimme zu geben: Den Opfern ein Denkmal!“

Auch hier zeigt sich wieder: Das Gedenken zum 13. Februar ist das zentrale Integrationsthema des Dresdner Rechtsextremismus.

Aktivitäten

Die erkennbaren Aktivitäten lassen sich in folgende Aspekte untergliedern:

1. Demonstrationen
2. Virtuelle Vernetzung
3. Publikationsverbreitung

Höhepunkt des rechtsextremen Demonstrationswesens ist natürlich der 13. Februar. Bis ins Jahr 2009 demonstrierten die FK noch selbstständig. Erst in diesem Jahr schlossen sie sich der zentralen Demonstration, angemeldet von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, an.

Im Untersuchungszeitraum gab es jedoch auch zwei kleiner Aufmärsche mit Beteiligung der FK. Dazu gehörte die eingangs bereits erwähnte Demonstration anlässlich des Gedenkens am 17. Juni. Dort sprach auch ein Vertreter des Netzwerkmitte und führte aus:

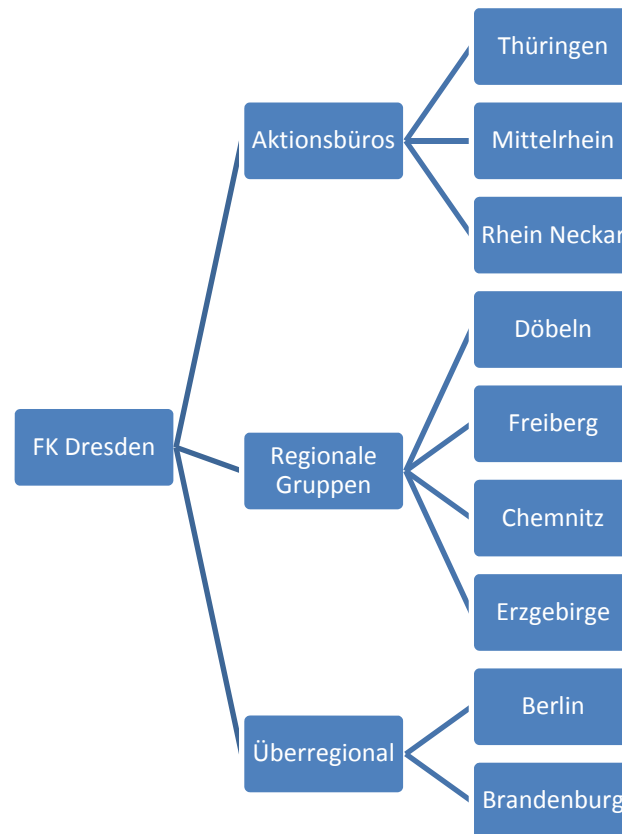
„Viele deutsche Arbeiter (...) büßten ihren Drang nach Freiheit mit dem Leben.“

Der Redner stellt sich bewusst in die Tradition dieser Arbeiter und meint Parallelen zum Kampf gegen das heute bestehende System ziehen zu dürfen, das vermeintlich die Freiheit der deutschen Arbeiter unterdrücke. Am Abend vorher hatten etwa 30 Sympathisanten der FK bereits eine ähnliche Kundgebung in Gorbitz durchgeführt.

Eine weitere Kundgebung fand am 19. September auf dem Heidefriedhof in Dresden statt. Dort störten die rechtsextremen Teilnehmer die Einweihung eines Denkmals für die Opfer der Bombardierung. Anstatt diese Veranstaltung als Erfüllung eines Ziels zu begreifen, unterstellten sie den Demokraten Verlogenheit. Entsprechend traten sie uniformiert mit T-Shirts mit der Aufschrift „Heuchler“ auf.

Diese Demonstrationen sind ein guter Indikator für die Mobilisierungskraft der lokalen Szene. In der Regel werden Größenordnungen von etwa 150 Personen erreicht. Das ist im Vergleich mit anderen Städten dieser Größenordnung ein eher unterdurchschnittlicher Wert.

Schwieriger zu fassen ist die Wirkung der virtuellen Vernetzung über die betriebenen und nahezu täglich aktualisierten Homepages. Offizielle Zugriffszahlen liegen nicht vor und wären auch nicht sehr aussagekräftig. Interessant ist jedoch das Kontaktnetz der Dresdner, das dem folgenden Bild zu entnehmen ist:



Hinzu kommen internationale Kontakte u.a. nach Westeuropa (England, Niederlande), Mitteleuropa (Österreich, Schweiz), Osteuropa (Tschechien) und Südeuropa (Griechenland). Dieses Netzwerk deckt sich im Wesentlichen mit dem früheren und heute in Deutschland verbotenen Verbund von „Blood & Honour“. Weder Vertreter der Polizei noch des Verfassungsschutzes äußern sich jedoch zu diesem Zusammenhang.

Das skizzierte Netzwerk verdeutlicht zum einen die regionale Einbindung der Dresdner FK. Sie stehen aber auch in Kontakt mit besonders aktiven Gruppen aus Berlin, Brandenburg, Thüringen und Westdeutschland.

Angedeutet wurde bereits der dritte Handlungsstrang mit der Verbreitung von Schulungsmaterialien. Diese befassen sich zum einen mit typischen Handlungssituationen von jugendlichen Aktivisten. So finden sich auf der Homepage konkrete Hinweise:

- Zum Verhalten auf Demonstrationen
- Zur Gestaltung von Transparenten

- Zur Formulierung von Berichten
- Zur Denkmalpflege

Anspruchsvoller ist eine zusätzliche Broschüre, die sich mit den Folgen von Privatisierungen auseinandersetzt. Sie richtet sich weniger an Jugendliche, sondern an politische Aktivisten. Bis ins Jahr 2009 wurde das Angebot noch um einen Rundbrief ergänzt. Für 2010 ist jedoch bisher kein Exemplar festgehalten worden, so dass davon auszugehen ist, dass dieses Projekt derweil eingestellt ist. Aktualisiert ist hingegen eine Liste mit Anregungen und Vordrucken für Aufkleber und Transparente mit einschlägigen Aussagen wie:

- „Volksgemeinschaft statt Massengesellschaft“
- „Abwanderung stoppen“
- „Keine andere Idee oder Ideologie forderte so viele Tote wie der Kommunismus“
- „US-Imperialismus stoppen!“

Ein Aufkleber ist verziert mit dem Gesicht von Bundeskanzler Helmut Schmidt und dessen Ausspruch, dass zu viele Ausländer ins Land geholt worden seien.

3.2.2 Kameradschaftsförmiger Rechtsextremismus

Die Organisationsform der Kameradschaften bildet eine Grundform des modernen, ostdeutschen Rechtsextremismus. Nach Wagner handelt es sich dabei um ...

„... national-sozialistische Gruppierungen, die nur selten personell offen und direkt politisch in Erscheinung treten. Sie existieren in einem Zwielficht, das sie für die Ausbreitung ihres Einflusses nutzen. Bei gleichzeitiger Verdeckung ihrer tatsächlichen Handlungsbereitschaft und –fähigkeit demonstrieren sie Macht, die in mancher Kommune im demokratischen Raum lärmend wirkt, zumal immer reale Gewalt (oder wenigstens doch ihre Androhung) im Spiel ist.“⁷⁹

Ihre personelle Stärke schwankt zumeist zwischen 10 und 30 Personen. In einzelnen Orten lassen sich Vorläufer der Kameradschaften bis in die Mitte der 80er-Jahre zurückverfolgen.⁸⁰

Die rechtsextreme Szene beschreibt diese Kameradschaften in Kontrastierung zu losen Gesellungsformen selbst etwas verklärend wie folgt:

⁷⁹ Wagner 2000: 163-164.

⁸⁰ Vgl. Wagner 1995: 37-110.

„Eine Kameradschaft will mehr. Sie zielt auf den Lebensinhalt. Sie ergreift den ganzen Menschen. Es geht nicht allein um die Erreichung von Nahzielen, sondern um die sinnvolle Führung eines ganzen Lebens. Der nationale Mensch ist im Denken und Fühlen, im Handeln und Verhalten durchdrungen von seinem Glauben, erfüllt von der Hingabe an eine Idee. Von ihm wird ganzer Einsatz gefordert, und er selbst will diesen leisten; nach besten Kräften. Denn er brennt selbst darauf, in dieser Gemeinschaft soviel zu schaffen, soviel beizutragen wie irgend möglich ist. Er lässt sich nicht zu einem Kameradschaftsabend schleifen, sondern empfindet es als Verlust, wenn er einmal an einem Treffen nicht teilnehmen konnte. Er hat inneren Anteil an allem, was zur Verwirklichung seiner nationalen Interessen dient. Er weiß, dass die Kameradschaft als Ganzes nur soviel leisten kann, wie jeder Einzelne dazu beiträgt, sowohl finanziell als auch durch eigene Leistung, wie durch vorbildliches Leben, durch das noch nicht der Kameradschaft angehörige Menschen angezogen werden.“⁸¹

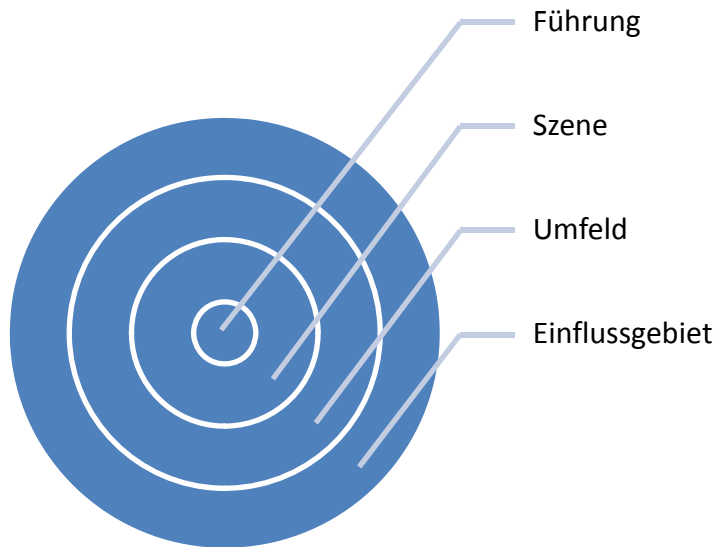
Bemerkenswert ist neben dem Pathos der angesprochene Idealismus, der jedoch in der Praxis häufig so nicht wieder zu finden ist.⁸² Zumindest die Wagnerschen Kriterien einer Kameradschaft lassen zumindest einen Dresdner Zusammenhang als kameradschaftsähnlich bezeichnen. Er hat seinen alltäglichen Schwerpunkt im Stadtteil Laubegast.

Struktur

Leider gelang kein Zugang zu Mitgliedern, so dass die Gruppe nur von außen beschrieben werden kann. Ihre eigentliche Mitgliedergröße wird von den Interviewpartnern als eng begrenzt beurteilt und dürfte eine Anzahl von zehn bis 15 Personen nicht überschreiten. Bekannt sind ein innerer Kern, einige Szenemitglieder sowie lose Einflusszonen auf Umfelder. Der Zusammenhang kann anhand der folgenden Graphik erläutert werden:

⁸¹ Aus: „Unser Wollen“ Schrift der Artgemeinschaft GGG.

⁸² Zur Theorie und Praxis von „Kameradschaft“ siehe auch die interessante Debatte auf der von Rechtsextremisten beliebten Internetseite „Nationales Forum“: <http://forum.deutscher-netzdienst.de/Deutschlandforum/thread.php?threadid=4840>.



Die Führung der Gruppe teilen sich zwei bekannte Rechtsextremisten. Sie umgibt eine ebenfalls recht präzise bestimmbare Szene von maximal acht Personen, die zum festen Bestandteil der Gruppe gezählt werden können; aber keine Führungsfunktionen inne haben. Undeutlicher ist ihr unmittelbares Umfeld. Dabei handelt es sich auch um aktuelle Freunde und Freundinnen, die schnell wechseln. Unklar ist ebenfalls ihr Einflussgebiet.

Aktivitäten

Mitglieder der Gruppe fielen in den letzten Jahren wiederholt durch massive Gewalttaten auf. Bekannt wurde u.a. ein Angriff auf Prozessbeobachter aus zivilgesellschaftlichen Gruppen der Stadt.

Die Mitglieder von Kameradschaften gehören ferner zum festen Mobilisierungskern der Freien Kräfte Dresdens. Sie beteiligen sich an Demonstrationen in und jenseits des Stadtgebiets und unterhalten gute Kontakte zu rechtsextremen Gruppen im Dresdner Umland, so z. B. in die Sächsische Schweiz hinein.

In den Interviews tauchte wiederholt auch der Hinweis auf, dass Mitglieder dieser Gruppe einen Versuch gestartet hätten, einen örtlichen Jugendclub zu dominieren. Dieser hätte nach Beratungen mit zivilgesellschaftlichen Trägern ein Hausverbot für die Führung und das Szeneumfeld ausgesprochen. Daraufhin sei der Treffpunkt der Gruppe auf eine anliegende Tramhaltestelle in unmittelbarer Nähe des Jugendclubs verlegt worden. Eine Kontaktaufnahme mit den Clubmitarbeitern scheiterte leider, so dass die Daten nicht reichen, um ein umfassendes Bild des Geschehens nachzuzeichnen.

Relevanzeinschätzung

Obwohl bezüglich dieser Gruppierung verhältnismäßig wenige Informationen vorliegen, ist sie im Sinne der Raumordnungskonzeption überaus bedeutend. Sie konzentriert sich weniger auf Provokationsgewinne, sondern setzt sich z. T. mit offener Gewalt für Räumungsgewinne ein. Dazu gehört auch der Ansatz einer Unterwanderung von Jugendprojekten als subversive Variante des Raumgewinns.

3.2.3 Autonome Nationalisten

Seit etwa 2003 formiert sich im bewegungsförmigen Rechtsextremismus eine neue Gruppierung mit der Bezeichnung Autonome Nationalisten (AN). Sie scheint nicht nur die anderen rechtsextremen Gruppen, sondern auch die Sicherheitsorgane und die demokratische Gesellschaft vor eine neue Herausforderung zu stellen. Es fehlen dazu aber theoriegeleitete Analysen, denn bisher dominieren Beschreibungen.⁸³ Die Mitglieder der AN sind zumeist jung oder sogar jugendlich. Ihr ästhetischer Habitus orientiert sich an der extrem linken Bewegung der Autonomen, von der sie auch in Hinsicht des Auftretens, nicht nur, aber besonders bei Demonstrationen, ihrer Rekrutierungsstrategien und ihrer Vernetzungsformen gelernt haben. Vor allem aber scheint den AN ein Brückenschlag zu gelingen: Ohne sich offen vom historischen Nationalsozialismus zu distanzieren, sind die AN Kinder der Moderne.⁸⁴ Besonders das Internet scheint bei ihrer Ausweitung eine enorme Rolle zu spielen. Ihre Homepages, Blogs und Chats entsprechen dem neuesten Stand der Technik. Sie nutzen die sozialen Communities zur Rekrutierung und stellen ihre Propagandavideos bei „Youtube“ ein. Sie sind in diesem Bereich vielen staatstragenden und zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich überlegen. Vor allem aber scheinen sie damit anschlussfähig für Jugendliche und können so Nachwuchs ansprechen. Die Dresdner Gruppierung der Autonomen Nationalisten fällt aus diesem Raster jedoch etwas heraus, zumindest gibt es unserer Kenntnis nach kein eigenes Internetprojekt der Gruppe.

Struktur

Der Kern der heutigen Gruppe der Autonomen Nationalisten lässt sich noch auf eine Vorgängerorganisation mit dem Namen „Assi Pöbel“ zurückführen. Diese etwa vierzigköpfige Gruppe wurde 2006 von der Polizei weitgehend zerschlagen. Vor allem im Umfeld von Fußballspielen sowie in ihrem Wohnumfeld in Pieschen waren sie für ein massiv gewalttätiges und kriminelles Handeln bekannt. Nach Aussage des Vereins Dynamo Dresden wurden dieser Gruppe, welche sich auch als Fußballfans bezeichnen, über 170 Straftaten zur Last gelegt.

⁸³ Vgl. Schindler 2010.

⁸⁴ Vgl. Peters/Schulze 2009.

Der heutige Kern der Gruppe dürfte kleiner sein. Sein informelles und weitgehend verstecktes Handeln erlaubt jedoch keine konkreten Aussagen zur Quantität und dem inneren Aufbau der Gruppe. Vieles spricht für eine hoch fragile Gruppe mit einzelnen Aktivisten in ihrer Mitte und noch immer vorhandenen Bezügen zum rechtsextremen Teil der Dresdner Hooliganszene.

Ideologie

Zur konkreten Ideologie können keine Aussagen getätigt werden. Es liegen weder Quellen noch verwendbare Daten vor.

Handlungsfelder

Pieschen ist heute wieder ein Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten. Der Raumordnungskampf wird heute vor allem auf der Straße ausgetragen. Dazu gehören besonders zahlreiche Sprühereien mit der Aufschrift „H8C“ (für „Hatecore“), die sich an zahlreichen Stellen im Stadtteil finden lassen und den Autonomen Nationalisten zugeordnet werden.

In Pieschen existiert heute auch noch eines der letzten linksalternativen Wohnprojekte der Stadt. Am 24. August wurde erneut ein Brandanschlag auf das Wohnprojekt verübt. Die Täter sind bisher nicht ermittelt. Es gilt somit die Unschuldsvermutung. Beobachter gehen jedoch von einem rechtsextremen Hintergrund der Tat aus. Vor allem aber beobachten sie eine neue Qualität der Anschläge:

„Früher kamen die spontan, besoffen, vorbei und haben dann was geschmissen. Das ist heute professioneller, so mit Auto um die Ecke parken, schnell hin und wieder weg.“

Diese Einschätzung wird von der Polizei im Interview bestätigt. Die Konsequenzen für die Bewohner dieser Häuser sind vor allem eine zunehmende Unsicherheit und der Druck, auf die Anschläge zu reagieren. So meint ein Bewohner dazu:

„Das lässt sich jetzt nicht mehr aussitzen, so wie früher. (...) Noch ist deshalb hier keiner weggegangen.“

Wie dieser Umgang erfolgen kann, ist noch unklar.

Ein weiteres alternatives Wohnprojekt mit dem Namen „Praxis“ wurde im Untersuchungszeitraum ebenfalls angegriffen. Dort verkehren vor allem jüngere Menschen. Die Anschläge zielen damit auf die sichtbaren und räumlich verortbaren Stützen der alternativen Szene von Dresden.

Relevanzeinschätzung

Zusammen mit der kameradschaftsähnlichen Formation sind die Autonomen Nationalisten sehr bedeutend in Hinsicht auf die Raumgewinnungsstrategie. Sie markieren deutlich ihr Einflussgebiet mit ihren „Sprühereien“ und setzen massive Gewalt im Kampf gegen ihre Feinde ein. Auch wenn die Brandanschläge nicht strafrechtlich zugeordnet werden können, ist dennoch bemerkenswert, dass ihre Ziele auf die verbliebenen Symbole der linksalternativen Szene in Dresden zielen. Die Attentäter führen einen Symbolkampf gegen ihre Feinde. Dies ist ein typisches Moment der zweiten Stufe der Raumordnung: dem Räumungskampf, der besonders in Pieschen aber auch im Umfeld des Projektes „Praxis“ im Stadtteil Löbtau stattfindet.

3.2.4 Musikmilieu

In Dresden existieren aktuell drei überregional bekannte rechtsextreme Musikbands. Sie heißen: „Racial Purity“, „Sachsonia“ und „Priorität 18“. Alle drei Bands traten 2010 auf Konzerten in Deutschland auf. In Dresden üben sie in abgeschirmten Privatwohnungen. Das letzte amtlich bekannt gewordene rechtsextreme Konzert in Dresden fand am 5. Juli 2009 statt. Damals spielten alle drei Dresdner Bands vor geschätzten 80 Zuschauern.

„Sachsonia“

Diese Band spielt seit knapp zehn Jahren auf zahlreichen rechtsextremen Konzerten und ist damit das dienst älteste, rechtsextreme Musikprojekt in Dresden. Es handelt sich um eine der zahlreichen Rockbands in klassischer Formation. Sie spielen auf den Konzerten einerseits eigene Stücke und sind andererseits auch als Coverband anderer rechtsextremer Bands bekannt. Ihre Texte sind in der Regel in deutscher Sprache und verhältnismäßig gut zu verstehen, was bereits ein Hinweis darauf ist, dass sie sich auch als explizit politisches Projekt begreifen. Ihre Texte sind dementsprechend deutlich. In diese Analyse flossen dabei vor allem die Lieder der aktuellen CD „Sächsisch – Böhmisches Haushaltskost“ ein, die die Band zusammen mit der tschechischen Band „Konflikt 88“ aufgenommen hat. Die „88“ ist eine in der rechtsextremen Szene gängige Abkürzung für „Heil Hitler“. Entsprechend deutlich sind die politischen Aussagen der Band. Eines ihrer bekanntesten Lieder heißt „unvergessen“. Es handelt von einem Nationalsozialisten und Sturmabteilungsleiter der ersten Stunde. Sein Leben und Kampf wird offen verherrlicht. So heißt es im Refrain:

„... unvergessen ... ein Streiter für Deutschland
Unvergessen ... Deine Taten
Unvergessen. ... ein Kämpfer für die Freiheit.“⁸⁵

Der Begriff der Freiheit findet in den Liedern der Band auffallend oft Erwähnung. Er spielt auf die für die rechtsextreme Szene typische Vorstellung an, dass die Bundesrepublik Deutschland ein von feindlichen Mächten (Juden, Amerikaner, Kommunisten u.a.) besetztes Land sei. Die Rechtsextremisten begreifen sich entsprechend als Freiheitskämpfer gegen die Unterdrückermächte zugunsten der Wiederauferstehung des Deutschen Reiches. Die Identifizierung mit dem nationalsozialistischen Vorbild wird dabei offen zur Schau getragen, indem z.B. betont wird:

„Braune Uniform hieß Ehre, Treue und Stolz“⁸⁶

Auf der deutsch-tschechischen CD ist dem „Stolz“ dann auch noch gleich ein eigenes Lied gewidmet, in dessen Mitte eine interessante Widmung erfolgt:

„Ian Stuart: live in Peace!“

Mit Ian Stuart ist der britische Sänger Ian Stuart Donaldson gemeint. Er war Sänger der britischen Band „Screwdriver“, Gründer des internationalen Netzwerkes „Blood & Honour“ und gehört heute den Ikonen des europäischen Rechtsextremismus.⁸⁷ Das Bekenntnis zu ihm ist ein starkes Indiz dafür, dass sich „Sachsonia“ dem internationalen Netzwerk „Blood & Honour“ zugehörig fühlt. Deren Aktivitäten sind zwar in Deutschland offiziell verboten. Experten sind sich jedoch einig, dass die Netzwerke weiterhin funktionieren und lediglich die Hülle der Struktur wie die frühere Homepage und das offizielle Fanzine dem Verbot zum Opfer gefallen sind.⁸⁸

Mit der aktuellen rechtsextremen Bewegung zeigt sich „Sachsonia“ nicht zufrieden. In „Steh endlich auf“ wird der Medienkonsum kritisiert, der viele Sympathisanten an der Aktion hindere. In „Macht“ wird letztendlich das eigene Selbstbild markiert:

„Eure Zeit ist vorbei ... Ich bin bereit für den Krieg!“

Die eigene Kampfbereitschaft zugunsten der nationalsozialistischen Bewegung wird von der Band somit offen verkündet.

⁸⁵ Sachsona: Unvergessen.

⁸⁶ Ebenda.

⁸⁷ Vgl. Benedict 1998: 158-174.

⁸⁸ Vgl. Dornbusch/ Raabe 2004.

In der deutschen Rechtsrockszene wird „Sachsonia“ häufig gelobt. Im Fanzine „Für immer und ewig“, Nr. 3/2010 heißt es z. B. zur aktuellen CD:

„Meiner Meinung nach das beste, was ich bisher von Sachsonia gehört habe, und C88 haben es auch verdient in Deutschland mal ein bissl bekannter zu werden, daher kann ich euch also zu einem Kauf raten.“

„Racial Purity“

Im Internet gibt sich diese Band auf einer eigenen „myspace“-Seite überaus auskunftsfreudig. Über ihre eigene Geschichte schreiben sie dort:

„Racial Purity gründete sich Anfang des Jahres 2003. Damals bestand die Band aus folgenden Mitgliedern. Eggy - Schlagzeug, Grimm - Gesang, F. - Gitarre. Wenig später stieß G. als Bassist zu uns und ein zweiter Gitarrist wurde in B. gefunden. Es wurde mehr oder weniger fleißig geprobt und einige Konzerte gespielt. Unseren damaligen "Stil" könnte man als härteren Rock bezeichnen. G. verließ uns dann aus arbeitstechnischen Gründen und kl. K. stieß als neuer Bassist zu uns. Irgendwann merkte man, das Rock nicht die Erfüllung für uns war, da man auch privat eher härtere Musik hörte. Also verschrieb man sich dem Black/Death/Trash Metal. 2006 gingen wir für PC - Records ins Studio und nahmen unsere Demo Cd "last days of humanity" auf, die dann im Dezember 2006 erschien. 2007 stieß unser 2ter Sänger S.H. zu uns. Man probte weiter "fleißig" und spielte große und kleine Konzerte. Wenig später verließ uns kl. K. Im April 2008 gingen wir dann für OPOS - Records ins Studio um für eine Split mit Non Divine einzuspielen. Die Cd ist Anfang Juli 2008 bei OPOS - Records erschienen. Grüßen möchten wir an dieser Stelle, alle die uns unterstützt und geholfen haben. Desweiteren grüßen wir alle Bands mit denen wir gespielt haben, unsere Familien, Freunde und Labels. Bleibt Standhaft!"

Bereits der Name der Band ist eine politische Standortbestimmung. In ihren Texten, die im Gegensatz zu „Sachsonia“ erheblich schwieriger zu verstehen sind, spielt der biologische Rassismus eine gewichtige Rolle. Auch Gewalt wird offen angekündigt. So zeigt ein Video zum Lied „Ahenkunde“ historische Kampf- und Massakerszenen, während die Band verkündet:

„Wir sind zum Kampf bereit!“

Die Band spielt dabei einen einfachen Metallsound, der in zahlreichen rechtsextremen Internetforen überaus positiv besprochen wird.

„Priorität 18“

Die Ziffer „18“ ist in der rechtsextremen Szene ein gängiges Kürzel für „Adolf Hitler“, so dass auch dieser Bandname keinen Interpretationsspielraum bezüglich der politischen Selbstverortung lässt. Ihre Texte spiegeln das eindrucksvoll wieder, so heißt es dort z. B.:

„Wir sind der Heilsgruß fürs Volk, der Rachedurst der Massen. Eine schlaflose Bosheit, geboren um zu hassen. Der letzte Funken aus der Asche, der neu zum Feuer aufglüht. Die letzte Frucht am Baum des Lebens, der auch im Sturme noch erblüht. Der letzte Tropfen reinen Blutes aus dem Kelch der Germanen. Ja der Lauschangriff auf Eure Membranen. Wir sind nur hier, um den Zeitgeist zu vergiften. Vernichtung, Verderben, Unruhe zu stiften. Priorität 18 – Lasst Eure Fahnen wehn. Priorität 18 – Zu alten Werten stehn.“

Ein anders Lied heißt dann auch schon schlicht „Deutschland erwache“ und erweckt so die Assoziationen an den historischen Nationalsozialismus. Auffallend sind ferner auch zahlreiche Bezüge zu germanischen Götterwelten:

„Vor an Ihr germanischen Recken, Vor an in die nächste Schlacht. Erwacht sind nun die Höllenhunde, das Teufelswerk es ist vollbracht. Vor an, ihr germanischen Recken, vor an in den nächsten Krieg. Über dem blutigen Banner leuchtet Euch längst schon der Sieg.“

Bezüge zur germanischen Mythologie sind in der rechtsextremen Szene gängig. Ein Großteil ihrer Symbolik ist davon bestimmt und sie wird als alternativer Überbau und Alternative zur christlichen Lehre verstanden.⁸⁹

Die Musik der Band ist ein deutlich härterer Rockstil. Die Texte sind dagegen ohne Textbuch kaum zu verstehen und sprechen somit eher Insider an.

Gemeinsamkeiten der Bands und Bewertung

Gemeinsam ist allen drei Dresdner Bands, dass sie private Proberäume haben. Dresden ist zwar ihr Heimat- und Probeort. Ihre Auftritte finden aber deutschlandweit und z. T. sogar im europäischen Raum statt. Die Anzahl der Konzerte in Dresden ist sogar sehr gering. In 2010 wurde bisher noch kein rechtsextremes Konzert in der Stadt bekannt. Der Grund dafür dürfte in dem hohen Verfolgungsdruck durch die staatlichen Institutionen liegen. Auch aus anderen Regionen wird über eine Verlagerung von Konzerten in den peripheren, ländlichen Raum

⁸⁹ Vgl. Schuppener 2009.

berichtet, um so die Lücken staatlicher Aufsicht zu nutzen und ungestört die Konzerte durchführen zu können.⁹⁰ Ihre CDs sind ebenfalls in nahezu allen gängigen Internetvertrieben der rechtsextremen Szene erhältlich. Ihr unmittelbarer Einfluss auf die Dresdner Szene und den städtischen Raum ist somit zunächst gering. Dennoch gibt es auch hier wichtige Überschneidungen. So spielt z. B. der federführende Kopf des „Netzwerkmittes“ auch in der Band „Priorität 18“ mit.

Nicht zu unterschätzen ist dagegen die generelle Bedeutung der rechtsextremen Musik. Sie steigert vorhandene Gewaltbereitschaften und wird auch als wichtiges Element bei der Rekrutierung von Jugendlichen sowie bei der Integration rechtsextremer Gruppenzusammenhänge angesehen.⁹¹

3.2.5 Subkultureller Rechtsextremismus

Bereits vor über zehn Jahren warnten Beobachter der rechtsextremen Szene vor der Entstehung eines Rechtsextremismus neuen Typs,⁹² der vor allem durch Milieus, neue Subkulturen und Bewegungsorganisationen bestimmt sei.⁹³ Nicht alle damaligen Befürchtungen sind eingetreten. Dennoch besteht heute in der wissenschaftlichen Debatte ein weitgehender Konsens, dass sich der moderne Rechtsextremismus nicht mehr alleine durch verfestigte Strukturen und/ oder die alten Subkulturen wie z. B. den Skinheads⁹⁴ erfassen lässt. Vielmehr gibt es erweiterte Anbindungen an nicht per se rechtsextreme Gesellungsformen und Milieus.⁹⁵ Traditionelle Überschneidungen gibt es dazu im Fußballbereich mit verschiedenen Fangruppen aber auch den Hooligans sowie den neueren Ultraszenen. Diesbezüglich ist in Dresden der Blick auf den Fananhang des großen Integrationsmotors der Stadt, dem Verein Dynamo Dresden, unumgänglich. Zu fragen ist ferner aber auch nach Überschneidungen zur organisierten Kriminalität, besonders an der Schnittstelle mit den bekannten Rockergruppen Hells Angels, Bandidos und Gremium.⁹⁶

Schnittstelle Fußball und Gewalt

Der Dynamo Fananhang gilt traditionell als einschlägig vorbelastet in Hinsicht auf das Thema Rechtsextremismus. Tatsächlich ist die Geschichte des Fananhangs, seiner Eskapaden und Hooligananfälligkeit Gegenstand eigener Untersuchungen und oft tendenziell empathischer Beschreibungen.⁹⁷ Beobachter des Rechtsextremismus in Dresden attestieren dem Verein in der

⁹⁰ Vgl. Borstel 2010.

⁹¹ Vgl. Dornbusch/ Raabe 2004, zur Bedeutung der Texte vgl. auch Kleinen 2005.

⁹² Der Begriff stammt von Funke. Vgl. Funke 2002.

⁹³ Vgl. Wagner 1999 und Wagner 2000.

⁹⁴ Zur heutigen Differenzierung und den Schnittmengen zwischen Rechtsextremismus und Skinheads vgl. Möller/ Schuhmacher 2007.

⁹⁵ Vgl. z.B. Klärner/ Kohlstruck 2006.

⁹⁶ Vgl. entsprechende Tendenzen in Brandenburg, die auch in Sachsen zunehmend feststellbar sind. Vgl. Wilking 2007.

⁹⁷ Vgl. Pätzug 2008.

näheren Vergangenheit eine höhere Bereitschaft, sich diesem Thema zu widmen. Ausdruck dessen sei u.a. eine Kleiderordnung, die in die Hausordnung des Stadions übernommen wurde und nach der typische Marken der rechtsextremen Szene nicht mehr getragen werden dürfen. Außerdem gibt es derzeit ein Fanprojekt, das sich in der Vergangenheit auch seinen Kritikern auf Veranstaltungen gestellt hat.

Trotz dieser positiven Tendenzen von Vereinsseite wurde in fast allen Interviews auf die nach wie vor starke Präsenz rechtsextrem orientierter Personen im Fananhang hingewiesen. Von einer Dominanz findet sich im Forschungstagebuch jedoch kein Hinweis. Dort wurde das Fanklientel im Abendspiel gegen Regensburg wie folgt beschrieben:

„Der berühmte K-Block ist gut, vielleicht zu 2/3 gefüllt. Die Sprechgesänge dominieren die Ultra-gruppen. Gleich zwei Anheizer geben den Takt vor. Einem fällt dauernd die Flüstertüte aus. (...) Das Publikum jenseits des harten Kerns der Ultras ist durchaus gemischt: Familienväter mit Kindern, Teenager, die ihre Freundin mitbringen, Freundeskreise, Rentner. (...) In der Pause treffe ich auch einige junge Männer, die der Hooliganszene zugeordnet werden könnten. Es gibt vereinzelt auch Marken und Tätowierungen mit rechtsextremem Hintergrund, z. B. den Schriftzug `Landser` auf einem Unterarm, ein Skrewdriver-T-Shirt. Es dominieren aber deutlich die typischen Fankutten, Dynamo-Farben und völlig unauffällige Kleidungen. (...) Zu Beginn des Spiels protestieren die Ultragruppen mit Sprechchören gegen das Verbot von Feuerwerkskörpern im Stadion. Danach wird die Mannschaft angefeuert. (...) Die Stimmung ist für eine drittklassige Mannschaft in einem drittklassigem Spiel ungewöhnlich gut und die Chöre auch andauernd.“

Diese Beschreibung deckt sich u.a. mit den Aussagen aus dem Kontext von Polizei und Bürgergesellschaft. Der NPD-Kreisvorsitzende erkennt im Fananhang zwar einen „rechten Lifestyle“, aber keine konstanten Strukturen und noch nicht einmal ein dauerhaft mobilisierbares Potential für seine Partei. Eine offene Präsenz der rechtsextremen Führungskräfte im Fananhang wurde in den letzten Jahren ebenfalls nicht mehr beobachtet. Dennoch ist der Rechtsextremismus nicht verschwunden. Er ist nur nicht vorherrschend. Der Aussteiger aus dem Rechtsextremismus und frühere Hooligan Landgraf bringt diese Situation auf den Punkt, wenn er aus seiner aktiven Zeit ausführt:

„Fußball war Fußball. Und: Politik ist Politik. Im Stadion war Fußball; da musste die Politik hinten anstehen. Trotzdem habe ich da natürlich Kontakte geknüpft.“⁹⁸

Dieses Bild dürfte auf die aktuelle Situation im Fananhang übertragbar sein. Rechtsextrem orientierte Personen verbringen dort einen Teil ihrer Freizeit. Sie sind fest integriert in den

⁹⁸ Aussage im Rahmen des EXIT-Werkstattgesprächs am 6.10.2010 in Berlin.

Fananhang. Im Stadion dominiert jedoch nicht die Artikulation der politischen Einstellung sondern das Bekenntnis zum eigenen Verein.

Für die städtische politische Kultur ist dieser Zustand nur auf den ersten Blick beruhigend: Spontane oder auch geplante Symboltaten mit politischem Hintergrund sind jederzeit möglich, so wie es sie bereits in der Vergangenheit in Dresden und auch ähnlichen Fanzusammenhängen gab. Der Fußball stellt mit seiner medialen Berichterstattung und seinem hohen Identifikationsfaktor eine ideale Plattform dar, um mit wenig Mittel ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit zu bekommen.

Das strukturell wenig angebundene rechtsextreme Potential im Fananhang verfügt zusätzlich noch über ein hohes Potential an rechtsextrem motivierter Gewalt und Drohkulisse. Ein Beispiel aus dem Forschungstagebuch möge das verdeutlichen:

„Es sind noch zwei Stunden bis zum Anpfiff. Ich fahre mit der Tram von der Neustadt in Richtung Stadion. Ganz hinten sitzen mehrere Jugendliche. (...) Drei Jungs, vielleicht 18 bis 20 Jahre alt, verstecken eine Bierkiste unter den Sitzen. (...) Ich höre raus, dass es zum Fußball gehen soll. (...) Einer beginnt lautstark zu pöbeln: auf `Asoziale`, den schwulen Außenminister, den er an die Wand stellen möchte, die `schwule Sau` und `den Ekel-Kinderschänder`. Ein Fahrgast wird offen bedroht, Der Junge ruft: Gucke mich noch einmal so an, und du hast eine sitzen. (...) Die anderen Fahrgäste sammeln sich im vorderen Teil der Straßenbahn.“

Offene rechtsextreme Gewalt erfolgt in Dresden im überwiegenden Maße aus solchen alltäglichen Situationen und aus eher weniger stark strukturierten Milieus heraus. Trotz fehlender Planung spielt die Ideologie dabei eine wichtige Rolle. Sie liefert die potentiellen Opfergruppen und legitimiert die Gewalttat auch nachträglich. Übereinstimmend sprechen Vertreter der Opfer und die Polizei von einer erkennbaren Verschiebung der Opfergruppen. Ansteigend sei die Anzahl der Gewalttaten an Personen, die für Gegner des Rechtsextremismus gehalten werden. Eher stagnierend, wenn auch auf hohem Niveau, sind Gewalttaten gegen Menschen mit vermeintlichem Migrationshintergrund.

Der Fußball führt das Potential an rechtsextrem orientierten Personen ohne unmittelbare Strukturanbindung zusammen. Auch im Nachklang der Spiele kommt es dabei zu gemischten Gesellungen. Ein weiteres Beispiel dazu aus dem Forschungstagebuch:

„Das Spiel ist aus. Ich trotte mit den Fans mit und finde mich keine 500 Meter weiter in einer Sportbar wieder. Draußen stehen ein Biertresen und mehrere Fernseher, auf denen die Höhepunkte der Bundesligaspiele gezeigt werden. (...) Der Platz ist sehr voll. Das

Publikum gemischt: Rentner, Biertrinker, Jugendliche; aber auch einige erkennbare Hooligans und rechtsextrem-orientierte Personen. (...) Topthemen sind das Spiel des Tages sowie die Bundesligaergebnisse. (...) Die Hooligans treffen sich am Rand des Geschehens.“

Es sind solche Mischmilieus, in denen der Rechtsextremismus ein Teil ist. Die Personen agieren dort nicht politisch oder gar agitatorisch. Im Gegenteil: Der Fußball verbindet das Publikum und die Politik spielt eine deutlich untergeordnete Rolle. Im Sinne der Raumordnungskonzeption ist diese Situation dennoch bedeutend. Zum Einen drohen in diesen begrenzten Milieus deutliche Normalisierungstendenzen. Bedeutender ist jedoch noch das beständige Potential an rechtsextremer Energie und Gewalt, die sich im Zusammenspiel mit dem Alkohol eher zufällig entladen kann. Das sind dann keine geplanten Räumungsaktionen, sondern eher indirekt erzielte Räumungsgewinne, die nicht an jedem Spieltag zu beobachten sind und dennoch einen alltäglichen, weil immer wiederkehrenden Charakter haben.

Schnittstelle Organisierte Kriminalität

Die organisierte Kriminalität ist mit den Methoden dieser Untersuchung nicht zu erfassen. Ein umfassendes Bild der Schnittstellen zwischen dem Rechtsextremismus und der organisierten Kriminalität kann somit nicht gegeben werden. Auch gelingt keine Verifizierung zahlreicher Aussagen in den Interviews zu diesem Aspekt, so dass an dieser Stelle nur allgemeine Eindrücke ohne wissenschaftlichem Anspruch formuliert werden können.

In mehreren Interviews wurde auf ein spezifisches Sicherheitsunternehmen in Dresden hingewiesen, das auch Aufträge der Stadt in der Vergangenheit erhalten habe. Dieses Unternehmen rekrutiere dabei Mitarbeiter auch aus rechtsextremen Szenen und Strukturen, die über so erworbene „Türsteherjobs“ Zugang zur organisierten Kriminalität im Kontext von Discotheken und Bordellen erhalten habe.

Aus dem Kreis der Polizei wurde dieser Eindruck so nicht bestätigt. Zwar gebe es bei dem Unternehmen kritikwürdige Mitarbeiter auf Honorarkosten zu Spitzenzeiten. Dies sei angesichts der speziellen und allgemein nicht sehr beliebten und dennoch auch körperlich voraussetzungsvollen Arbeit nahezu unumgänglich. Tatsächlich ist dieses Problem auch aus anderen Städten bekannt, für die Firma nur schwer lösbar und in anderen Städten z.T. Anlass für eine größere Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Ordnungshütern gewesen, um Übernahmen und Dominanzen frühzeitig zu verhindern.⁹⁹

⁹⁹ Vgl. das „Frankfurter Modell“: http://www.bka.de/vorbeugung/newsletter/2005_02.pdf (6.12.2010).

Zusätzlich gab es von zwei Interviewpartnern Vermutungen in Hinsicht auf Schnittstellen mit organisierten Rockergruppen in der Stadt. Die Hinweise konnten jedoch nicht weiter verfolgt werden.

Das Bild dieser Schnittstelle ist sehr schwammig und unausgeleuchtet, so dass sich generalisierte Aussagen zur Thematik verbieten.

3.3 Zusammenfassung

Den rechtsextremen Strukturen in Dresden fällt es erfreulicherweise schwer, dauerhafte Raumgewinne zu erreichen. Nur auf den ersten Blick wirken die Strukturen gut aufgestellt. Der parteiförmige Rechtsextremismus durch die NPD verfügt über erkennbare Potentiale, leidet aber am verhältnismäßig guten ökonomischen Zustand der Stadt, der eine systemfeindliche Fundamentalopposition erschwert. Für die verhältnismäßige Schwäche der NPD vor Ort ist die Partei jedoch auch selbstverantwortlich. Der Darstellungsdrang der NPD-Landtagsfraktion verhindert eine deutlichere Präsenz des Dresdner Nachwuchses. Vor allem aber fehlt der NPD der tatsächliche Bezug zu den Dresdner Themen. Ihre Propaganda greift nicht die offenen Probleme bzw. gesellschaftlichen Spaltungslinien der Gesellschaft auf, sondern verbleibt bei einem oberflächlichen Misch aus Populismus, Rassismus und Größenwahn, wie der Darstellung der Partei als „Dritte Kraft“ in Dresden. Dadurch gelangen der NPD lediglich vereinzelt Provokationsgewinne. Unklar ist hingegen die Bedeutung ihrer Konzentration auf die sozialen Brennpunkte der Stadt. Dieser Aspekt ist für die demokratische Seite unbedingt zu beachten.

Der bewegungsförmige Rechtsextremismus ist stark personalisiert. Zwar sorgt der Jugendstammtisch für eine Kooperation untereinander, dennoch zeigen sich die einzelnen Bewegungselemente ungewöhnlich ungesteuert und stadtteilkonzentriert. Um einzelne Führungsfiguren sammeln sich in sich differenzierte rechtsextrem orientierte Jugendkulturen. Diese Gruppen wirken jedoch instabil und brüchig. Sie lösen sich auf, entstehen wieder von Neuem. Dadurch gibt es kein stabiles Nachwuchspotential. Auch die alltäglichen Aktionen wirken zusammenhangslos. Erkennbar sind zahlreiche Provokationsversuche besonders durch „Sprühereien“. Auch gibt es Ansätze von Räumungsversuchen mit Bezügen zu Symbolen der alternativen Szene in Dresden, wobei einschränkend festgehalten werden muss, dass die Brandanschläge u.a. in Pieschen polizeilich bisher nicht aufgeklärt sind.

Die rechtsextreme Gewalt in Dresden ist ebenfalls zu beachten. Sie geschieht zumeist eher spontan vor dem Hintergrund der feindseligen Einstellungen des Rechtsextremismus und kann nicht unmittelbar mit rechtsextremen Strukturen in Verbindung gebracht werden. Das hat zur Folge, dass diese Taten oftmals keinem längerfristigen Plan im Sinne einer Raumordnungsstrategie dienen. Für potentielle Opfergruppen erschwert das jedoch eher den

Umgang mit dem Phänomen. Begrenzte Räume lassen sich meiden. Derzeit droht ihnen die Gewalt an verschiedenen Stellen und zu unterschiedlichen Zeiten im gesamten Stadtgebiet.

Ein wichtiges Mischmilieu stellt der Fußballanhang von Dynamo Dresden dar. Den rechtsextremen Strukturen ist es bisher nicht gelungen, dort dauerhaft Fuß zu fassen. Sie wirkten diesbezüglich z. T. sogar desillusioniert. Auch zeigt die Initiative des Vereins sowohl in Hinsicht auf die Hooligans als auch auf die Rechtsextremisten in Fankutte sehr langsam Wirkung. Dennoch sind die Fußballspiele noch immer Anlass auch rechtsextrem orientierter Sammlungen, aus denen spontan Gewalt oder Provokationen entstehen können.

4 Handlungsoptionen

Diese Studie soll das Dresdner Handlungskonzept für Demokratie und Toleranz wissenschaftlich untermauern. Es ist daher naheliegend, basierend auf der Analyse Handlungsempfehlungen zu geben. Diese müssen jedoch stark relativiert werden und haben lediglich einen Anregungscharakter für Diskussionen. Die wahren Experten für die Situation vor Ort sind die Dresdner. Externe Wissenschaftler können lediglich von sich beanspruchen, den Engagierten in der Stadt einen gesellschaftlichen Spiegel vorzuhalten, dessen Bild mit ortsfremden Augen gezeichnet wurde.

Hinzu kommt, dass Wissenschaftler selten gute Praktiker sind. Die Wissenschaft lebt von der Entwicklung theoretischer Aussagen. Die Praxis hingegen löst konkrete Probleme völlig unabhängig davon, ob das Vorgehen verallgemeinerbar ist oder nicht. Wichtig ist ihr nur, dass das Problem gelöst wird. Die folgenden Ideen sind somit lediglich Vorschläge und mögen die örtliche Debatte befruchten. Anspruch auf Vollständigkeit haben sie nicht.

4.1 Strategieansätze

Den Handlungsempfehlungen liegen einige grundsätzliche Annahmen zu Grunde, die die Wissenschaft oft in Kooperation mit Praktikern in den letzten Jahren entwickelt hat. Sie lauten:

- Die Förderung demokratischer Strukturen und einer demokratischen Kultur sind wichtige und richtungsweisende Antworten auf rechtsextreme Herausforderungen.¹⁰⁰
- Eine kommunale Strategie der Demokratieförderung muss auf die konkreten, lokalen Probleme bezogen sein. Sie setzt an realen Themen an, beachtet die eigenen Handlungsmöglichkeiten und Potentiale und versucht das Handeln der demokratischen Akteure in einen konstruktiven Bezug zueinander zu setzen.¹⁰¹
- Rechtsextremismus ist ein öffentliches Thema und bedarf der öffentlichen Auseinandersetzung.¹⁰²
- Demokratieförderung ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Sie bedarf der Kooperation zwischen Staat, Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Bürgern.¹⁰³

Oft findet eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf der Ebene von Symbolen statt. Das ist dann ungenügend, wenn es konkrete Probleme und rechtsextreme Handlungen mit Auswirkungen auf die demokratische Kultur vor Ort gibt. In Dresden gibt diese Studie keinerlei Anlass zur Panik. Dennoch zeigen sich Handlungsnotwendigkeiten, so dass nach den generellen Optionen des Handelns zu fragen ist. Eine Hilfestellung bei der lokalen Strategiebestimmung

¹⁰⁰ Vgl. Strobl/ Würtz/ Klemm 2003.

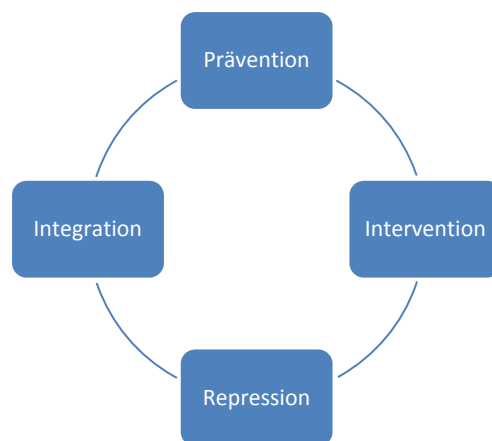
¹⁰¹ Vgl. Borstel 2008.

¹⁰² Vgl. Heitmeyer 2007.

¹⁰³ Vgl. Himmelmann 2002 und Buchstein 2002.

stellt der Strategiekompass, entwickelt in der Konzeption des Community Coachings,¹⁰⁴ zur kommunalen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Herausforderungen dar. Dieses Instrument basiert auf einem Dreischrittverfahren:

1. Zunächst verständigt sich das kommunale Netzwerk der demokratischen Initiativen und Vertreter auf eine Bestimmung von konkreten Problemen oder kommunalen Situationen, die eine Handlung verlangen. Sie bestimmt ferner die eigenen und tatsächlichen Ressourcen.
2. Kurzfristige Handlungsnotwendigkeiten werden erfüllt. Das ist zunächst jedoch nur eine reaktive Form der Handlung.
3. Zur aktiven Handlung werden die definierten Probleme und Handlungsnotwendigkeiten mittels folgender Zeichnung auf mögliche Handlungsoptionen geprüft:



Prävention heißt Vorbeugung. Besteht bereits ein rechtsextremes Problem, greifen Präventionsmaßnahmen alleine zu kurz.

Die Intervention richtet sich unmittelbar ans rechtsextreme Feld. Sie versucht deren Aktivitäten zu stören, die Gruppen aufzulösen und individuelle Ausstiegsorientierung zu schaffen.¹⁰⁵

Repression setzt dagegen auf klare, staatlich durchgesetzte Begrenzungen und Grenzeinhaltungen. Sie dient vor allem auch dem Opferschutz und schafft z. T. erst wieder Räume für demokratisches Handeln von Bürgern.¹⁰⁶

Die Integration bezieht sich nicht, wie oft umgangssprachlich vermutet, auf Menschen mit Migrationshintergrund, sondern fragt nach dem generellen Zusammenhalt der Gesellschaft. Desintegrationserfahrungen schwächen die demokratische Kultur und lassen sich analytisch in sozial-strukturelle, institutionelle und sozio-emotionale Richtungen unterscheiden.¹⁰⁷ Integration umfasst dabei zahlreiche Handlungsmöglichkeiten. Gängig sind Verfahren zur sozialen

¹⁰⁴ Vgl. <http://www.community-coaching.info> (6.12.2010).

¹⁰⁵ Vgl. Borstel 2010b.

¹⁰⁶ Vgl. Minkenberg 2003.

¹⁰⁷ Vgl. Heitmeyer/ Anhut 2000: 17-75.

Befriedung von Gebieten und zur Anregung von lokaler Beteiligung. Wichtig ist die Entstehung einer lokalen Kultur der Anerkennung der Menschen.¹⁰⁸

Alle vier Strategierichtungen schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern müssen problemadäquat, auf die konkrete Situation bezogen und mit einer realistischen Einschätzung der tatsächlichen Potentiale aufeinander bezogen werden. Die Frage lautet: Wer kann was mit welchen Mitteln und welchem Ansatz zur Lösung eines Problems beitragen? So entstehen im Idealfall auch arbeitsfähige und konstruktive Netzwerke, die sich zu einem konkreten Zweck auf Basis eines gemeinsamen Ziels auf Zeit zusammenschließen. Sie arbeiten lösungsorientiert, ressourcenschonend und – wenn sie gut sind – auch emotional befriedigend, da sie den Beteiligten das Gefühl vermitteln, tatsächlich zu handeln und nicht nur abstrakt zu fabulieren.¹⁰⁹

Was folgt daraus nun für die Stadt Dresden?

4.2 Handlungsanregungen

Der grundsätzliche Ansatz des Handlungsprogramms für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus ist zu begrüßen. Er schafft zentrale, stadtweite Kommunikationsstrukturen, aus denen konkrete Handlungen erwachsen können.

Basierend auf dieser Studie zu den rechtsextremen Strukturen sollen folgende Handlungsanregungen zur Diskussion gestellt werden:

- Die NPD als stärkste rechtsextreme Partei in Dresden muss im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Grundgesetzes auch weiterhin alle demokratischen und rechtsstaatlichen Rechte genießen dürfen. Dennoch ist eine Verständigung der demokratischen Parteien im Stadtrat zum Umgang mit der NPD zulässig und anzustreben.¹¹⁰ Entscheidungen mit ausschlaggebender Beteiligung der NPD sind in einer Demokratie nicht auszuschließen. Sie dürfen aber nicht angestrebt werden und die Stimmen der NPD dürfen auch nicht stillschweigend mitgerechnet werden. Sinnvoll wäre eine Regelung der demokratischen Fraktionen zum Umgang mit der NPD, die folgende Aspekte im Konsens festlegt und auch öffentlich verkündet:
 - Umgang mit Reden und Anträgen der NPD
 - Mehrheit ist Mehrheit, dennoch gilt: Kein Plan mit der NPD!
 - Offensive Auseinandersetzung mit den Themen der Rechtsextremisten. Jeder ideologische Beitrag braucht eine demokratische Antwort und Einordnung.

¹⁰⁸ Vgl. Sander/ Heitmeyer 1997.

¹⁰⁹ Vgl. zu guter Netzwerkarbeit auch die Checkliste von Strobl/ Lobermeier 2011.

¹¹⁰ Vgl. Hinweise in Beier u.a. 2006, Schmidt 2009 und Braune u.a. 2007.

- Die sozialen Brennpunkte und die Neubaugebiete in Stadtteilen wie Prohlis oder Gorbitz müssen Schwerpunkte demokratischer Aktivitäten sein. Das trifft vor allem auch auf die demokratischen Parteien, deren Präsenz vor Ort zu prüfen ist. Besonderes Augenmerk gilt es auf die Aufrechterhaltung der politischen Deutungshoheit zu legen, so dass die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in diesen Stadtteilen zu prüfen ist.
- Stetig zu prüfen ist die enge Verzahnung der Stadtteilorganisationen und der Stadtratsfraktionen der demokratischen Parteien. Ziel muss es sein, als politische „Kümmerer“ vor Ort wahrgenommen zu werden, indem konkrete Probleme vor Ort erkannt und wo nötig von demokratischer Seite auf die politische Agenda der Stadt gehoben werden.
- Die städtische Strategie zur Kriminalitätsvorbeugung ist in Hinsicht auf den Schutz von Symbolen alternativen Lebens wie z. B. die bestehenden Hausprojekte oder auch Ausstellungen erneut zu prüfen. Zu überlegen wären erhöhte Bestreifungen, Systeme beschleunigter Kommunikation im Falle von Gewalttaten sowie täterorientierte Maßnahmen, wie sie z. B. aus Brandenburg bekannt sind, in Hinsicht auf mögliche Tätergruppen.
- Im Umkreis von Laubegast sollte besonders im Jugendkontext auf mögliche Aktionen des kameradschaftlichen Zusammenhangs reagiert werden. Ein konkretes Fortbildungsangebot, in dem die rechtsextreme Strategie der kulturellen Subversion und die Übernahmestrategie von Jugendprojekten genauso beschrieben ist wie der Umgang mit dieser Herausforderung, könnte eine geeignete Maßnahme vor Ort sein, um bereits präventiv zu handeln.
- Das Gedenken an die Bombardierung der Stadt ist das zentrale Agendathema der rechtsextremen Gruppen. Es ist und muss auch Schwerpunkt der städtischen Geschichtspolitik bleiben, so dass eine demokratische Deutungshoheit bestehen bleibt. Zu überlegen wären diesbezüglich auch noch offensivere Maßnahmen in den Schwerpunktregionen des rechtsextremen Handelns. Zu prüfen ist weiterhin, ob die verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten der Beschränkung von rechtsextremen Handlungsräumen ausgeschöpft werden.¹¹¹
- In Pieschen ist eine verstärkte Jugendarbeit mit dem Ziel der Förderung nicht-rechtsextremer Jugendkulturen zu prüfen. Der örtliche Rechtsextremismus präsentiert sich dort mit jugendkulturellen Stilelementen und Handlungsformen. Dem könnte durch die Förderung nicht rechtsextrem orientierter Jugendkulturen der Nachwuchs streitig gemacht werden.
- Die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Stärkung der demokratischen Kultur ist ebenso auf Dauer zu stellen wie die Unterstützung der Opferschutzgruppen vor Ort.

¹¹¹ Anregungen dazu siehe: Litten 2009.

- Die städtischen Netzwerke sollten ihre Strategien zur Förderung des demokratischen Nachwuchses prüfen. Fragen können sein:
 - Wo lassen sich reale Beteiligungs- und Teilhabereformen ausbauen?
 - Gibt es Chancen für eine Peer Leader Ausbildung vor Ort?
 - Sind die demokratischen Institutionen jugendfreundlich?
 - Ist ihre Öffentlichkeitsarbeit besonders im Internet zielgruppengerecht und modern?

- Ein Schwerpunkt in der Präventionsarbeit sollte auf den qualitativen Ausbau der Kooperationen zwischen Schule, Jugendarbeit und Zivilgesellschaft gelegt werden. Diese Netzwerke binden sowohl Schüler als auch Eltern und im idealen Fall auch Großeltern ein. Anregungen könnten z. B. dem Projekt „1000qm Bildung“ in Berlin-Neukölln entnommen und im Hinblick auf eine modifizierte Übertragung geprüft werden.¹¹²
- Bei der Polizei sollte die Etablierung eines extra qualifizierten Ombudsmanns als Ansprechpartner für Opfer rechtsextremer Gewalt geprüft werden. Dies würde die Hemmschwelle der Kontaktaufnahme reduzieren und gleichzeitig die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Projekte erleichtern.
- Das Fanumfeld von Dynamo Dresden ist dauerhaft zu beobachten. Der Ansatz, erkannten Gewalttätern Stadionverbot zu erteilen sowie rechtsextreme Symboliken zu unterbinden, hat sich bewährt und muss weiterverfolgt und dauerhaft erneuert werden. Zu prüfen wäre zusätzlich eine gezielte Förderung und Aufwertung nicht-rechtsextremer Fangruppierungen und –anhänge von Seiten der Stadt wie des Vereins.

¹¹² Vgl. <http://www.freudenbergstiftung.de/index.php?id=570> (6.12.2010).

5 Literatur

- Almond, Gabriel A., 1993: The Study of Political Culture, in: Berg-Schlosser, Dirk; Rytlewski, Ralf (Hrsg.): Political Culture in Germany. London: The Macmillian Press, 13-28.
- Backes, Uwe; Jesse, Eckhard, 1993: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.), 2007: Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden Baden: Nomos.
- Beier, Katharina; Bogitzky, Jenny ; Buchstein, Hubertus; Feike, Katharina; Fischer, Benjamin; Freyber, Pierre; Strüwing, Mathias; Wiedemann, Tim, 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald: Steinbecker Verlag.
- Benedict, Laura, 1998: Sehnsucht nach Unfreiheit. Der Fall Kay Diesner und die rechte Szene. Berlin: edition ost.
- Berg-Schlosser, Dirk, 1999: Politische Kultur Forschung – Rückblick und Ausblick. In: Habert, Othmar N.; Korenke, Tobias (Hrsg.): Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe. Baden Baden: Nomos, 77-92.
- Borstel, Dierk, 2007: Rechtsextreme Strukturen, Szenen und Umfeld. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden Baden: Nomos, 261-282.
- Borstel, Dierk, 2008: Was leisten lokale Aktionspläne? Ein Beitrag zur Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus. In: Benzler, Susanne (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Jugendpolitische Daueraufgabe zwischen alten und neuen Perspektiven. Rehburg: Locom, 69-80.
- Borstel, Dierk (2010): Region Anklam. In: Buchstein, Hubertus; Heinrich, Gudrun (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach: Wochenschau, 67-144.
- Borstel, Dierk, 2010a: Der immergleiche braune Sumpf? Entwicklungen der rechtsextremen Szene. In: Albrecht, Jan Philipp (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Berlin, 9-20.
- Borstel, Dierk, 2010b: Was bedeutet ausstiegsorientiertes Arbeiten gegen Rechtsextremismus?. In: Brumlik, Micha; Hagemann, Steffen (Hrsg.): Autoritäres Erbe und Demokratisierung der politischen Kultur. Festschrift für Hajo Funke. Berlin: Schiler Verlag, 201-220.
- Borstel, Dierk; Luzar, Claudia, 2009: Rechtsextremistische Strukturen in Dortmund. Erscheinungsbild und Relevanz. In: Heitmeyer, Wilhelm; Borstel, Dirk; Grau, Andreas; Legge, Sandra; Luzar, Claudia; Marth, Julia: Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund. Bielefeld, 5-50 (Typoskript zu beziehen über Stadt Dortmund).
- Braune, Sven; Demuth, Christian; Hanisch, Norbert; Koch, Josephine; Schmidt, Barbara; Wendland, Alexander, 2007: Die Politik der NPD in den Kommunalparlamenten Sachsens. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden Baden: Nomos, 175-207.
- Breit, Gotthard (Hrsg.), 2004: Politische Kultur in Deutschland. Schwalbach: Wochenschau.

- Brodkorb, Mathias, 2003: Metamorphosen von Rechts. Eine Einführung in Ideologie und Strategie des modernen Rechtsextremismus. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Buchstein, Hubertus, 2002: Die Bürgergesellschaft – Eine Ressource der Demokratie?. In: Breit, Gotthard; Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung. Bonn, 198-222.
- Buchstein, Hubertus; Heinrich, Gudrun (Hrsg.), 2010: Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach: Wochenschau.
- Butterwegge, Christoph, 2000: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn: Leske+Budrich, 292-313.
- Döhring, Uta; 2008: Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dornbusch, Christian; Raabe, Jan, 2004: RechtsRock. Das Modernisierungsmoment der extremen Rechten. In: Braun, Stephan; Hörsch, Daniel (Hrsg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr?. Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften, 123-131.
- Flick, Uwe, 1998: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek: rororo.
- Funke, Hajo, 2002: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin: Schiler Verlag.
- Funke, Hajo, 2009: Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierungen und Gewalt. In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 58-76.
- Geertz, Clifford, 1987: Dichte Beschreibung. Bemerkungen zu einer deutenden Theorie von Kultur. In: Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Girtler, Roland, 2001: Methoden der Feldforschung, 4. Auflage. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.
- Heimlich, Steven, 2009: Rechte Leute von links. Die 68er Bewegung im Fokus der „Neuen Rechten“. Marburg: Tectum Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm, 1999: Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus – Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen. In: Kalb, Peter E.; Sitte, Karin; Petry, Christian (Hrsg.): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?. 5. Weinheimer Gespräche. Weinheim, Basel: Beltz, 47-79.
- Heitmeyer, Wilhelm, 2002: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 15-35.
- Heitmeyer, Wilhelm, 2007: Unthematisierte Reproduktionsprozesse. Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 281-293.

- Heitmeyer, Wilhelm, 2008: Die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Der Kern der Gruppenbezogenen Menschlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 6. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 36-44.
- Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (Hrsg.), 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim und München:Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm; Buhse, Heike; Liebe-Freund, Joachim; Möller, Kurt; Müller, Joachim; Ritz, Helmut; Siller, Gertrud; Vossen, Johannes, 1992: Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim und München: Juventa.
- Hellmann, Kai U.; Koopsman, Ruud (Hrsg.), 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Opladen.
- Himmelman, Gerhard, 2002: Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. In: Breit, Gotthard; Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung. Bonn, 21-39.
- Hopf, Christel, 1984: Soziologie und qualitative Sozialforschung. In: Hopf, Christel; Weingarten, Elmar (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung, 2. Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta, 11-37.
- Hopf, Christel, 2000: Forschungsethik und qualitative Forschung. In: Flick, Uwe; Kardoff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: rororo, 589-599.
- Jaschke, Hans G. 2007: Politischer Extremismus. Bonn.
- Jesse, Eckhard, 2005: Das Auf und Ab der NPD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 42, 31-38.
- Jesse, Eckhard, 2008: „Extremistische Parteien“: Worin besteht der Erkenntnisgewinn?. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47, 7-11.
- Kailitz, Steffen, 2007: Die nationalsozialistische Ideologie der NPD. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden Baden, 337-354.
- Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael, 2006: Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition, 7- 41.
- Kleinen, Günter, 2005: Musik als Medium der politischen Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 11., 34-39
- Lamnek, Siegfried, 1995: Qualitative Sozialforschung, Band 1, Methodologie. Weinheim: Beltz.
- Litten, Rainer, 2009: Einschränkung rechtsextremer Handlungsräume – Möglichkeiten und Grenzen des Verwaltungsrechts. In: Braun, Stephan; Gerster, Martin; Geisler, Alexander (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 507-525.
- Minkenberg, Michael, 2003: Repressionsstrategien gegen Rechtsradikalismus und Gewalt. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4, 31-42.
- Minkenberg, Michael, 2005: Demokratie und Desintegration. Der politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Berlin: Pro Buisness.

- Möller, Kurt; Schuhmacher, Nils, 2007: Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neugebauer, Gero, 2010: Zur Strukturierung der politischen Realität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44, 3-9.
- NPD (Hrsg.), 2010: Parteiprogramm. Online unter: <http://www.npd.de/html/1/artikel/detail/1684/>, (Stand 16.12.2010).
- Pätzig, Veit, 2008: Schwarzer Hals. Gelbe Zähne. Dresden.
- Pickel, Gert; Pickel, Susanne, 2003: Einige Notizen zu qualitativen Interviews als Verfahren der vergleichenden Methoden der Politikwissenschaft. In: Pickel, Susanne; Pickel, Gert; Lauth, Hans-Joachim; Jahn, Detlef (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaftliche Methoden. Neue Entwicklungen und Diskussionen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 289-316.
- Sander, Uwe; Heitmeyer, Wilhelm, 1997: Was leisten Integrationsmodi? Eine vergleichende Analyse unter konflikttheoretischen Gesichtspunkten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen?. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 447-482.
- Schuppener, Georg, 2009: Strategische Rückgriffe der extremen Rechten auf Mythen und Symbole. In: Braun, Stephan; Gerster, Martin; Geisler, Alexander (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 310-331.
- Schwagerl, H. Joachim (Hrsg.), 1993: Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Staatsministerium des Inneren (Hrsg.), 2010: Verfassungsschutzbericht 2009. Dresden.
- Steinke, Ines, 2000: Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Flick, Uwe; Kardoff, Ernst von, Steinke, Ines (Hrsg.). Qualitative Forschung. Ein Handbuch: Reinbek: rororo, 319-331.
- Speit, Andreas; 2009: Intellektuelle Aufrüstung: In: Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft?. Berlin: Ch. Links Verlag, 67-94.
- Stöss, Richard, 2000: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 101-130.
- Stöss, Richard, 2005: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- Stöss, Richard, 2005a: Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Berlin: Metropol, 41-59.
- Stöss, Richard, 2008: „Extremistische Parteien“: Worin besteht der Erkenntnisgewinn?. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47, 3-7.
- Strauss, Anselm L., 1991: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung. München: Fink.
- Strobl, Rainer; Lobermeier, Olaf, 2010: Wie schafft man demokratische Kultur? Netzwerke zwischen erfolgreicher Intervention und wirkungslosem Aktionismus. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 9. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 307-316.

- Strobl, Rainer; Würtz, Stefanie; Klemm, Jana, 2003: Demokratische Stadtgesellschaft als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim und München: Juventa.
- Teune, Simon; Borstel, Dierk (Hrsg.), 2008: Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4.
- Wagner, Bernd, 1998: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Berlin: Zentrum demokratische Kultur.
- Wagner, Bernd, 1999: Rechtsextreme Milieus im Osten. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Braune Gefahr. Berlin: Elefanten Press, 238-267.
- Wagner, Bernd, 2000: Rechtsextremismus und Jugend. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn: Leske + Budrich, 155-166.
- Wagner, Bernd, 2008: Neuer Rechtsextremismus und „kulturelle Subversion“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4, 6-16.
- Wilking, Dirk, 2007: Rechtsextremismus und Rocker im Land Brandenburg. In: Hülsemann, Wolfram; Kohlstruck, Michael; Wilking, Dirk (Hrsg.): Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke II, Potsdam, 95-124.
- Winkler, Jürgen R., 2000: Rechtsextremismus: Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn: Leske + Budrich, 38-68.
- Wolff, Stephan, 2000: Clifford Geertz. In: Flick, Uwe; Kardoff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Hamburg: rororo, 84-96.

B2

**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
und bürgerschaftliches Engagement gegen
Rechtsextremismus**

Andreas Grau, Sylja Wandschneider, Julia Marth

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	71
2	Theoretische Rahmung	73
2.1	Die Theorie sozialer Desintegration	73
2.2	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	76
2.3	Bürgerschaftliches Engagement	78
3	Untersuchungsdesign	81
3.1	Methodik.....	81
3.2	Stichprobenbeschreibung.....	82
4	Ergebnisse	86
4.1	Deskriptive Ergebnisse.....	86
4.1.1	Wahrgenommene und erfahrene Desintegration in Dresden.....	86
4.1.2	Sozio-kulturelle Faktoren vor Ort und individuelle Interpretationsmuster	101
4.1.3	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	108
4.1.4	Engagementpotential.....	114
4.2	Lokalprofile der Ortsämter	117
4.3	Zur Erklärung der Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.....	123
4.4	Zur Erklärung der Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus.....	130
5	Zusammenfassung und Fazit	138
6	Literatur	141

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Geschlecht.....	83
Tabelle 2: Alter	84
Tabelle 3: Allgemeiner Schulabschluss	85
Tabelle 5: Einschätzung der Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeitserfahrungen in den kommenden fünf Jahren und Angst vor Arbeitslosigkeit - nur Erwerbstätige	88
Tabelle 6: Wahlintention NPD bei der nächsten Bundestags- und Kommunalwahl.....	91
Tabelle 7: Soziale Unterstützung.....	94
Tabelle 8: Soziale Anerkennung.....	94
Tabelle 9: Entwicklung vor Ort.....	97
Tabelle 10: Probleme im Wohnumfeld.....	98
Tabelle 11: Priorität potenzieller Engagementbereiche	100
Tabelle 12: Art der Erfahrungen mit Rechtsextremisten	108
Tabelle 13: Zustimmung zu den Einzelindikatoren der GMF-Elemente.....	109
Tabelle 14: Engagementpotential bei Dresdener Befragten	114
Tabelle 15: Potenzielle Engagementbereiche	115
Tabelle 16: Art der politischen Einflussnahme.....	116
Tabelle 17: Leistungsempfänger nach SGB II (Angaben in %)......	117
Tabelle 18: Arbeitslose nach Ortsämtern 2009 (Angaben in %).....	118
Tabelle 19: Zusammenhänge zwischen sozial-struktureller Desintegration und GMF	124
Tabelle 20: Zusammenhänge zwischen institutioneller Desintegration und GMF.....	125
Tabelle 21: Zusammenhänge zwischen der sozio-emotionalen Desintegration und GMF	126
Tabelle 22: Zusammenhänge zwischen räumlicher Desintegration und GMF.....	126
Tabelle 23: Zusammenhänge zwischen den vermittelnden Faktoren und GMF.....	127
Tabelle 24: Erklärung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Dresden	129
Tabelle 25: Zusammenhänge zwischen sozial-struktureller Desintegration und der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus	131
Tabelle 26: Zusammenhänge zwischen institutioneller Desintegration und der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus	132
Tabelle 27: Zusammenhänge zwischen der sozio-emotionalen Desintegration und der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus	132
Tabelle 28: Zusammenhänge zwischen räumlicher Desintegration und der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus.....	133
Tabelle 29: Zusammenhänge zwischen vermittelnden Faktoren und der Ablehnung einer Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus engagieren.....	134
Tabelle 30: Zur Erklärung der Ablehnung individueller Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus in Dresden (auf Basis einer multiplen Regressionsanalyse).....	136

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Schematische Darstellung des analytischen Modells zur Erklärung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftlichen Engagements	75
Abbildung 2: Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	78
Abbildung 3: Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage	89
Abbildung 4: Einschätzung der eigenen wirtschaftliche Lage im Vergleich zu anderen – Individuelle relative Deprivation	89
Abbildung 5: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage der BRD insgesamt – Kollektive relative Deprivation	99
Abbildung 6: Ruf des eigenen Wohngebietes	99
Abbildung 7: In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus	105
Abbildung 8: Verbreitungsgrade „Die NPD ist eine Partei wie jede andere auch.“	106
Abbildung 9: Zustimmungswerte „Die NPD hilft, Probleme vor Ort zu lösen.“	107
Abbildung 10: Verbreitung der Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus in den Untersuchungseinheiten	115

1 Einleitung

Die Analysen, die im Rahmen einer Studie zur Situationsanalyse der rechtsextremen Strukturen und der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld durchgeführt wurden, dienen der wissenschaftlichen Untersetzung des lokalen Handlungsprogramms für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus der Landeshauptstadt Dresden. Ziel ist es umfangreiche Informationen für Handlungsstrategien und die Weiterentwicklung des lokalen Handlungsprogramms bereitzustellen. Die Studie umfasst zwei Untersuchungseinheiten, die mit je unterschiedlichen Forschungsansätzen einen Einblick in die rechtsextremen Strukturen, die Einstellungen von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in der Bevölkerung und die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, liefern. Bei der ersten Untersuchungseinheit handelt es sich um eine Bevölkerungsbefragung von Dresdener Bewohnerinnen und Bewohnern. Die Schwerpunkte dieser Analysen liegen erstens in der Erfassung von demokratiegefährdendem Einstellungspotential und dem in der Bevölkerung vorhandenen Engagementpotential, das gegen Rechtsextremismus mobilisiert werden kann. Die zweite Untersuchungseinheit widmet sich Erscheinungsweisen von Rechtsextremismus in Dresden. Basierend auf Informationen, die über qualitative Verfahren (Dokumentenanalyse, Interviews, teilnehmende Beobachtung) erfasst wurden, analysiert diese Untersuchungseinheit die organisierte bzw. subkulturelle rechtsextreme Szene in Dresden und ihre Aktivitäten sowie lokale Schwerpunkte und greift dabei auf die Einschätzung verschiedener zentraler Akteure zurück.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (GMF) und Engagement gegen Rechtsextremismus dokumentiert, die von Juli 2010 bis August 2010 in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden durchgeführt wurde. Der Konzeption dieses Teils der Studie liegt die Frage der Beschaffenheit von Zivilgesellschaft, wie sie sich derzeit gestaltet, zugrunde. Während innerhalb einzelner Teile der Bevölkerung Vorurteile, Diskriminierung und Abwertung nicht selten zu den ganz normalen Einstellungs- und Handlungsmustern zählen, wächst in anderen Teilen die Sorge gegenüber einem wachsenden demokratiefeindlichen Potential, das immer wieder auch in politischen Zusammenhängen aktiviert wird. Um solchen Strömungen erfolgreich entgegenzuwirken, bedarf es der aktiven Auseinandersetzung mit der Thematik und einer Debatte, die öffentlich geführt wird und dabei weite Teile der Zivilbevölkerung erreicht. Eine solche „selbstreflexive“ Zivilgesellschaft kann entstehen, wenn die Belange, Sorgen und Positionen der Bürgerinnen und Bürger gehört und berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang kann die hier zugrunde liegende Erwartung wie folgt formuliert werden: Je genauer Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen (gemessen am Ausmaß der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* und auch am

Grad der Engagementbereitschaft vor Ort) im eigenen identifikationsrelevanten Nahraum (hier Ortsämter) – auch im Vergleich mit den lokalen Besonderheiten in anderen Ortsämtern – vorliegen, desto mehr Möglichkeiten für die gezielte Aktivierung bzw. Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement vor Ort sind gegeben. Vor diesem Hintergrund dokumentiert der vorliegende Bericht Erkenntnisse zu den relevanten Themenfeldern *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und Bürgerschaftliches Engagement bzw., Engagementbereitschaft und Zivilcourage gegen Rechtsextremismus in Dresden. Die Einzelergebnisse dienen dabei vor allem als ein Baustein für die Umsetzung im lokalen Aktionsplan gegen Extremismus der Stadt Dresden. Es sollen also auf Basis der Ergebnisse im nächsten Schritt belastbare Erkenntnisse für die praktische Diskussions- und Interventionsarbeit der relevanten zivilgesellschaftlichen und politischen Akteure vor Ort erarbeitet werden: Nach Vorbereitungsgesprächen mit dem Auftraggeber und weiteren lokalen Ansprechpartnern sollen ausgewählte Ergebnisse in öffentlichen Veranstaltungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern interpretiert werden, um dann entsprechende lokalspezifische Strategien zur Initiierung der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Qualität des demokratischen Zusammenhalts und dem Rechtsextremismus zu entwickeln und umzusetzen. Dabei sollten auch Maßnahmen zur Vorurteilsprävention Berücksichtigung finden.

Nach einer Einführung in den thematischen Hintergrund der Befragung und der Klärung zentraler Begriffe sowie einigen Informationen zum methodischen Vorgehen und zur Stichprobe werden nachfolgend die Ergebnisse aus den bi- und multivariaten Analysen vorgestellt.

2 Theoretische Rahmung

2.1 Die Theorie sozialer Desintegration

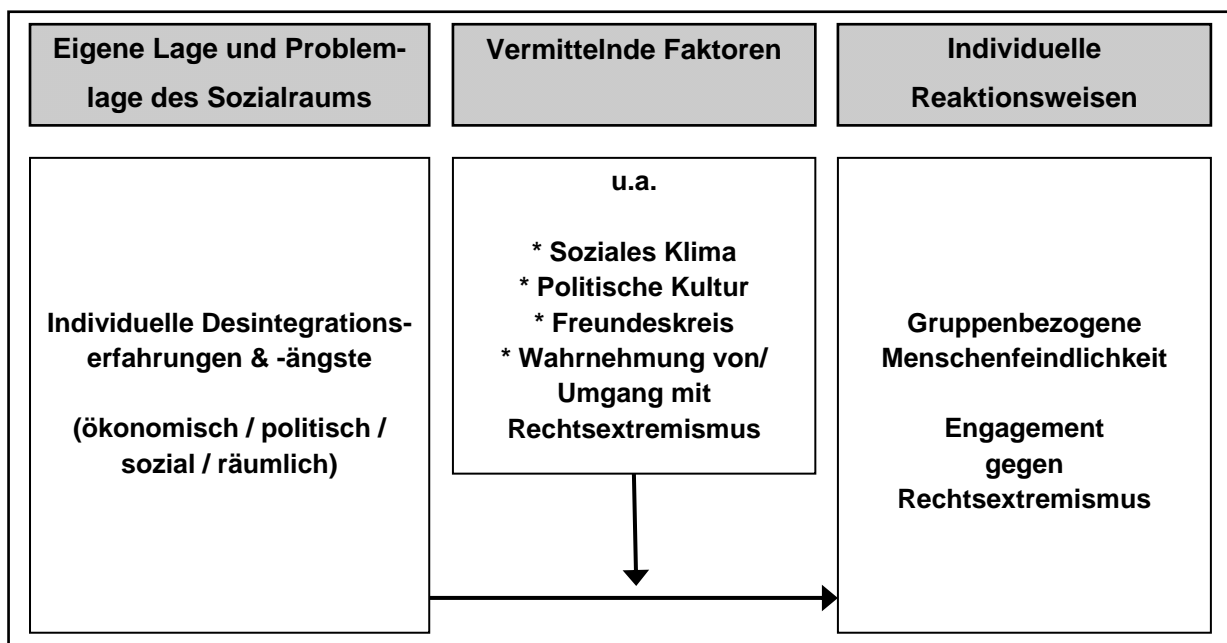
Den theoretischen Hintergrund des Projektes bildet der Bielefelder Desintegrationsansatz von Reimund Anhut und Wilhelm Heitmeyer (2000; Anhut 2002). Nach diesem theoretischen Mehrebenenansatz erfolgt die gesellschaftliche Integration von Individuen auf drei Ebenen: Auf der sozialstrukturellen Ebene geht es dabei insbesondere um Zugänge zu Arbeits-, Wohnungs- und Konsummärkten, auf der institutionellen Ebene um die Sicherstellung gleichwertiger Behandlung und damit verbundener Rechte und auf der personalen Ebene um die Her- und Sicherstellung emotionaler und sozialer Beziehungen. Kongruent zu diesen Ebenen spricht die Theorie von drei verschiedenen Integrationsdimensionen: die individuell-funktionale Systemintegration, die kommunikativ-interaktive Sozialintegration sowie die kulturell-expressive Sozialintegration, über die sich jeweils der Grad an Teilhabe, Teilnahme und Zugehörigkeiten bestimmen lässt. Zusätzlich unterscheidet die Desintegrationstheorie zwischen objektiven und subjektiven Formen der Integration, also der faktisch gegebenen Eingebundenheit und ihrer subjektiven Bewertung, d.h. inwiefern die je spezifischen Anerkennungsbedürfnisse (positionale, moralische und sozio-emotionale Anerkennung) innerhalb der Integrationsdimensionen als erfüllt wahrgenommen werden (vgl. Anhut 2002, 381ff.).

Anhut und Heitmeyer gehen davon aus, dass Desintegration nicht nur passive Verhaltensweisen (z.B. Rückzug), sondern insbesondere bestimmte Formen von Gewaltkriminalität, rechtstextremistische Einstellungs- und Verhaltensmuster sowie allgemein die Abwertung von (ethnischen) Minderheiten hervorrufen kann (vgl. Anhut 2002, 395), wobei zumindest teilweise in Abhängigkeit der erlebten Anerkennungsdefizite eher das eine oder andere abweichende Reaktionsmuster wahrscheinlicher wird (vgl. Anhut und Heitmeyer 2005; zur Kritik siehe u.a. Albrecht 2002). Die Erklärung abweichender wie rechtsextremistischer Einstellungen auf der Basis des Desintegrationstheorems erklärt sich nach den Autoren dadurch, dass gerade die perzipierte Vorenthaltung eigener Integrationschancen und -möglichkeiten die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass diese in der Konsequenz auch anderen, insbesondere gesellschaftlich schwachen Gruppen vorenthalten werden, nicht zuletzt, um dadurch das eigene Selbstwertgefühl zu bestärken. Dabei wird allerdings keine direkte Beziehung zwischen Desintegration und abweichendem Verhalten bzw. abwertenden Einstellungen unterstellt, sondern eine über andere Faktoren vermittelte (u.a. Attributionsstil, soziale Vergleichsprozesse, individuelle soziale Kompetenzen, Gelegenheitsstrukturen). Ebenfalls geht die Theorie von Verstärker- und Kompensationseffekten zwischen den drei Integrationsdimensionen aus, d.h. dass der potentielle Effekt der Desintegration in einer Dimension durch einen hohen Integrationsgrad in einer der beiden anderen kompensiert werden kann bzw. Desintegrationserfahrungen in mehr als einem Bereich die Wahrscheinlichkeit dysfunktionaler Problemverarbeitung erhöhen (vgl. Anhut 2002, 388).

In Ergänzung zum Desintegrationsansatz wurde eine räumliche Dimension der Integration bzw. Desintegration mit in das theoretische und in der Folge analytische Modell aufgenommen. Denn im Sinne der Sozialökologie (vgl. z.B. Esser 1988; Oberwittler 2003; Shaw/ McKay 1942) ist davon auszugehen, dass die Wahrnehmungen, Einstellungen wie auch das Verhalten von Personen nicht nur durch individuelle Merkmale bestimmt werden, sondern auch Spezifika des sozialräumlichen Kontextes, in dem die Personen leben einen Einfluss auf die individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen nehmen (Ditton 1998; Oberwittler 2003) und damit auch für die Erklärung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ebenfalls von Bedeutung sind. Diese Annahme bildet zugleich den Kern unseres Beitrags: Es geht um die Frage, ob und inwiefern das Wohnumfeld bzw. die (subjektiv empfundene) räumliche Benachteiligung abwertende Einstellungen gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen beeinflussen. Die Berücksichtigung des Wohnumfeldes zur Beschreibung von bestimmten Lebenslagen wird seit einigen Jahren stärker vorangetrieben. Entsprechend finden sich in neueren theoretischen Abhandlungen zur sozialen Ungleichheit auch Indikatoren zu den Wohn(-umwelt)bedingungen (vgl. z.B. Schwenk 1999; Burzan 2005). Denn gerade im Kontext objektiver Benachteiligung bietet das Wohnumfeld zum Teil den einzigen Aktionsraum, was zugleich die Bedeutung der Beschaffenheit des eigenen Wohnumfeldes erhöht. Keller (1999) spricht im Zusammenhang der Überlagerung von objektiver und räumlicher Benachteiligung auch von dem „wahren Ausdruck“ gesellschaftlicher Spaltung (allerdings auf rein städtischer Ebene). Dabei sagt der Anteil an Armen noch wenig über mögliche Exklusionseffekte aus. Bedeutender sind hingegen Indikatoren, die auf schlechtere materielle Lebensbedingungen (unzureichende Infrastruktur, mangelnde öffentliche Dienstleistungen etc.), beeinträchtigte soziale Lebensbedingungen (schwache soziale Netzwerkbindung) sowie symbolische Beeinträchtigungen (schlechter Ruf des Viertels, materielle und soziale Beeinträchtigungen [incivilities] etc.) hinweisen (vgl. Friedrichs/Blasius 2000, in Anlehnung an Bourdieu). Bei einer Überlagerung dieser drei Dimensionen spricht man auch von der „Spirale der Auslese“, die für die gesellschaftliche Integrationsqualität nicht folgenlos bleibt. So hat bereits eine Vielzahl von Studien, vor allem für den US-amerikanischen Forschungsraum, auf die Rolle des Wohnumfeldes für abweichendes Verhalten (Gewaltkriminalität: z.B. Shaw/McKay 1969; Eisner 2001; Gewaltbereitschaft/Gewaltbilligung: Oberwittler 2003; Kriminalitätsfurcht: Boers 1991; Viktimisierung: Lüdemann 2005, 2005a; Anomia: Wilson 1971; Bell 1957) hingewiesen. Selten finden sich hingegen Untersuchungen, die auf die Art, Konzentration und Konsequenzen von feindseligen Mentalitäten im Wohnumfeld abzielen. Hier liegt eine bedeutende Forschungslücke vor, gerade auch im Hinblick auf die Herausbildung von sozialem Kapital als einem wesentlichen Baustein für die Generierung von aktivem Bürgerengagement im Stadtquartier und damit letztlich einer starken Zivilgesellschaft. Entsprechend gehen wir davon aus, dass der unmittelbare Lebensraum einen Effekt auf Einstellungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen nimmt und somit auch die Einstellungen gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen maßgeblich mit beeinflusst, wenngleich wir diesen Effekt als mediierend, also über andere Variablen wie beispielsweise dem Gefühl von

politischer Machtlosigkeit oder allgemeiner Orientierungslosigkeit¹ vermittelt annehmen. Dabei wird angenommen, dass Erfahrungen räumlicher Desintegration für sich alleine genommen kaum zu den aufgezeigten negativen Folgen defizitärer Integration führen dürften, denn Individuen, die sich sozial und institutionell, ökonomisch eingebunden fühlen, steht potenziell die Möglichkeit offen, sich der räumlich erlebten Desintegration zu entziehen (z.B. durch einen Umzug). Räumliche Desintegration kommt dann zum Tragen, wenn sie in Kombination mit wahrgenommenen Anerkennungsdefiziten in mindestens einer der drei anderen Integrationsdimensionen auftritt. Das zugrunde liegende analytische Modell ist in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Schematische Darstellung des analytischen Modells zur Erklärung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftlichen Engagements



Es wird zum einen davon ausgegangen, dass die Beschaffenheit und wahrgenommene Qualität der sozialen Lage, aber auch der Problemlage im eigenen lokalen Raum, erfasst über individuelle Desintegrationsgefahren und -erfahrungen in vier verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, entscheidenden Einfluss auf die Beschaffenheit von demokratiegefährdenden Einstellungen in der Bevölkerung, gemessen über *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, und auf die geäußerte Bereitschaft zu Bürgerschaftlichem Engagement nehmen. Besondere Relevanz

¹ Das Konzept der Orientierungslosigkeit oder auch Anomie geht auf die Anomietheorie von Emile Durkheim und, in einer Weiterentwicklung, auf Robert Merton zurück. Anomie beschreibt dabei den Zustand von fehlenden Regulierungen oder relativer Normlosigkeit in einer sozialen Gruppe, der überhaupt erst möglich ist in einer modernen sich immer weiter funktional ausdifferenzierenden und rasch ändernden Gesellschaft. Anomie kann dabei in Abgrenzung zur Anomie als einem gesamtgesellschaftlichen Zustand als Beschreibung des Bewusstseinszustands des Einzelnen beschrieben werden. Hier wird ausschließlich eine der Subdimensionen der Orientierungsanomie (subjektiv empfundener Normverlust bzw. Regellosigkeit) über die Aussagen „Heute ist alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht“, „Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass man nicht mehr weiß, was eigentlich los ist“ und „Früher waren die Leute besser dran, weil man wusste, was man zu tun hatte“ erfasst.

kommt dabei einer Reihe von Aspekten zu (s.o.), die in dem interessierenden Wirkungsgefüge das Potential inne haben, sowohl negativ, aber auch positiv verstärkend auf die Mentalitätsbestände bzw. die Engagementbereitschaft der Bewohnerschaft einzuwirken. Zu diesen vermittelnden Interpretations- und Einstellungsmustern zählen insbesondere solche Faktoren des gemeinsam geteilten Raums, die im Hinblick auf mögliche Interventionsstrategien konkrete Ansatzpunkte für lokale Akteure bieten können, also etwa das soziale Klima oder die politische Kultur vor Ort, aber auch Aspekte, die von rein subjektiver Bedeutung sind, etwa die in der Bezugsgruppe vorherrschende Meinungshomogenität oder die tägliche Aufenthaltsdauer im Wohnumfeld. Von den zentralen theoretischen Konzepten, die dem analytischen Modell (vgl. Abbildung 1) zugrunde liegen, wurden die Dimensionen der Desintegration bereits vorgestellt. Im Folgenden wird nun noch detailliert auf *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und Bürgerschaftliches Engagement bzw. speziell Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus (kurz: ERE) vor Ort eingegangen.

2.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

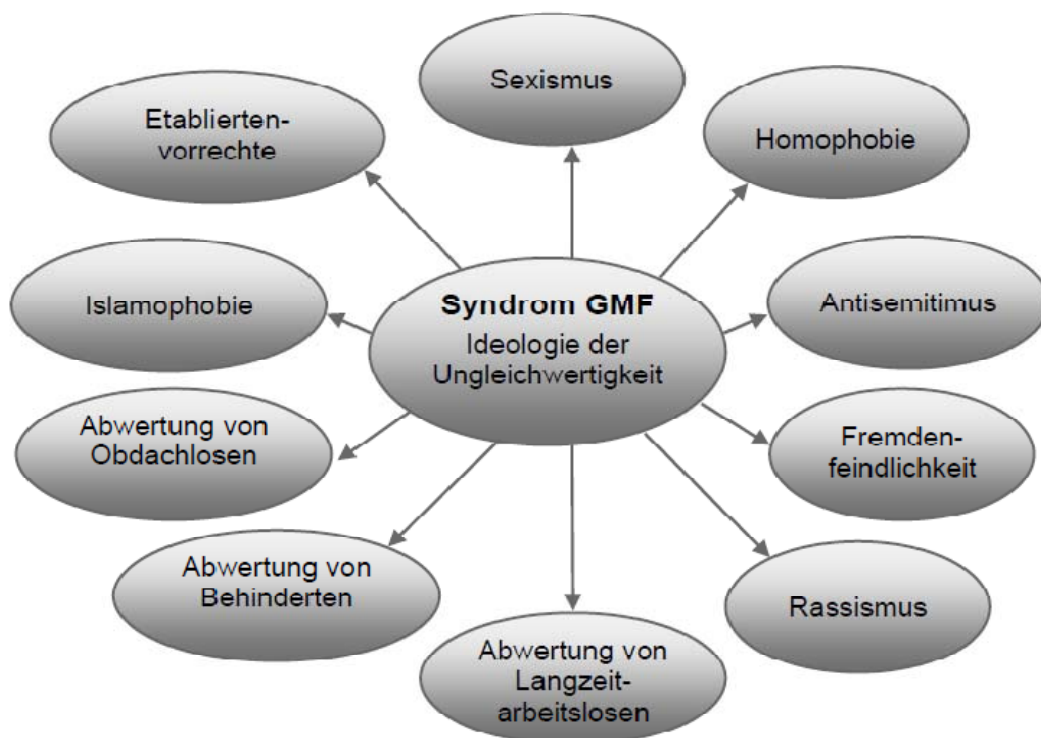
Der Begriff *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurde unter der Federführung von Wilhelm Heitmeyer im Rahmen der gleichnamigen, zehnjährigen Langzeitstudie (2002-2012) eingeführt. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* bezieht sich dabei nach Heitmeyer, wie auch Vorurteile, nicht auf ein individuelles Feindschaftsverhältnis, sondern auf ein Konglomerat aus abwertenden Einstellungen gegenüber Individuen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenmitgliedschaft (vgl. Heitmeyer 2002; Zick et al. 2008). Der Begriff umfasst dabei nicht nur Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten, sondern bezieht generell alle sozial schwachen Gruppen ein, die mit Vorurteilen seitens der Mehrheitsgesellschaft belegt werden. Dahinter liegt die Annahme, dass abwertende Einstellungen nicht nur gegenüber Gruppen fremder Herkunft bestehen, sondern auch gegen Personengruppen gleicher Herkunft, die aber vermeintlich oder offensichtlich von den Normvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abweichen (vgl. Heitmeyer 2002, 19).

Zugleich wird in diesem Ansatz nicht davon ausgegangen, dass es sich bei Vorurteilen gegenüber verschiedenen Gruppen um identische Einstellungsmuster handelt, sondern um verschiedene Facetten eines generellen Phänomens. Damit wiederum ist die Annahme verbunden, dass die abwertenden Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen (z.B. gegenüber Einwanderern, Individuen mit muslimischem Glauben, obdachlosen Personen oder Frauen) nicht isoliert voneinander bestehen, sondern sich gemeinsam zu einem Vorurteilssyndrom konstituieren. Eng hieran knüpft die Idee an, dass Vorurteile gegenüber verschiedenen Gruppen nicht nur auf vergleichbare oder identische Ursachen zurückgehen können, sondern, dass sie einen gemeinsamen Kern aufweisen, der von Heitmeyer und Kollegen als „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ bezeichnet wird (Heitmeyer et al. 1993, 13). Die Ideologie der Ungleichwertigkeit resultiert dabei aus der kategorialen Einordnung von Menschengruppen auf der Basis gesellschaftlicher Norm- und Normalitätsvorstellungen. Heitmeyer bemerkt hierzu:

„Es werden also nicht nur Rechte in Verfassungen festgeschrieben und soziale Lagen, also spezielle Rollen und Positionen, registriert, sondern die Substanz von Menschen wird in all ihren Facetten einer kategorialen Bewertung unterzogen. In diesem Fall haben wir es dann mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit zu tun“ (Heitmeyer 2008, 37). Die Abwertung wird damit auf der Grundlage sozialer, politischer oder auch religiöser Ansichten und Überzeugungen gerechtfertigt. Die Abwertung ihrerseits kann wiederum als Legitimation für diskriminierendes und gewalttätiges Verhalten gegenüber den als abweichend deklarierten Gruppen fungieren. Die jeweiligen Bewertungskriterien für Gruppen sind dabei nicht starr, sondern können, beeinflusst vom jeweiligen gesellschaftlichen Diskurs, variieren. Das heißt, neben den traditionellen Gruppen, die mit Vorurteilen belegt werden (z.B. Juden) können neue hinzukommen (z.B. Muslime). Ebenso ist es denkbar, dass sich Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen reduzieren bzw. ganz verschwinden (z.B. gegenüber Frauen). Zugleich wird betont, dass der Adressatenkreis nicht willkürlich zustande kommt, sondern in Abhängigkeit von spezifischen sozio-historischen Faktoren und damit zusammenhängenden Überzeugungssystemen und Mythen steht (vgl. Zick et al. 2008, 7).

Für das deutsche Syndrom *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurden zunächst neun, seit 2008 zehn Elemente berücksichtigt. Dies sind im Einzelnen: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Homophobie (Abwertung von Homosexuellen), Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamophobie (Abwertung von Muslimen), die Etabliertenvorrechte sowie seit 2008 die Abwertung von langzeitarbeitslosen Personen (vgl. Abbildung 2; für eine differenzierte Beschreibung der Elemente siehe Heitmeyer 2002, 2008). Kritisch anzumerken bleibt, dass sich das Syndrom zwar mehrheitlich aus spezifisch definierten und damit klar benennbaren Gruppen (z.B. Frauen, Einwanderer, etc.) zusammensetzt, mit Rassismus und Etabliertenvorrechte aber auch gruppenübergreifende Elemente beinhaltet. Die theoretische Idee, diese beiden Elemente als dem Syndrom vorgeschaltet zu betrachten, hat sich empirisch allerdings nicht bestätigt. Ebenfalls kritisch bleibt, wie Iser (2006, 44) konstatiert, die Tatsache, dass Vorurteile gegenüber statusgleichen Gruppen nicht ohne weiteres in das Konzept integrierbar sind.

Abbildung 2: Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



Unabhängig dieser kritischen Einwände können die zentralen Annahmen zum Konzept *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* empirisch vorläufig bestätigt werden (vgl. Zick et al, 2008). Zentral für uns ist allerdings die Frage, welche Verbreitungsgrade *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in den Dresdener Ortsämtern hat und wodurch sie sich erklären lässt. Theoretisch greifen wir dazu auf die Theorie sozialer Desintegration, wie sie in Kapitel 2.1 vorgestellt wurde, und die vermittelnden Faktoren, wie sie in Abbildung 1 dargestellt wurden, zurück.

2.3 Bürgerschaftliches Engagement

Die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten, v.a. die Individualisierung von Lebensentwürfen und die Globalisierung wirtschaftlicher Zusammenhänge, forcieren in der Bundesrepublik eine zunehmende Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, und zwar weg vom Wohlfahrtsstaat hin zur Bürgergesellschaft. Mit dieser Entwicklung einhergehend ziehen sich häufig aus finanziellen Gründen- mehr und mehr staatliche und kommunale Einrichtungen aus der Verantwortung, was zumeist segregative Konsequenzen zeitigt (also Polarisierung von Arm und Reich, Einheimische – Zugewanderte, Jung – Alt). In diesem Zusammenhang spielt Bürgerschaftliches Engagement (BE) eine besondere Rolle: Gedacht als „unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ (Deutscher Bundestag 2002, 2) wird das aktive Engagement von Bürgern notwendig für die Schaffung eines solchen „Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und

Bürger nach demokratischen Regeln selbst organisieren und auf die Geschicke des Gemeinwesens einwirken können“ (ebd., 6).

Ganz allgemein wird mit dem Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements das politische, soziale und Gemeinwohl fördernde Engagement von Bürgern zur Erreichung gemeinsamer Ziele bezeichnet. Bürgerschaftliches Engagement kann auch beschrieben werden als individuelle Teilhabe an gesellschaftlichen Belangen – als solche generiert es v.a. Sozialkapital und ist damit die Voraussetzung für eine integrierte Gesellschaft und Demokratie (Putnam 2000). Wesentliche Merkmale Bürgerschaftlichen Engagements sind Freiwilligkeit, Öffentlichkeit und der Non-Profit-Charakter der Aktivität; im Vordergrund steht vor allem der positive Effekt eines gemeinschaftlichen öffentlichen Handelns, zuallermeist für Dritte, vor dem Hintergrund speziell politischer Fragen oftmals auch gegen bestimmte Gruppen oder Vereinigungen. Nicht selten wird Bürgerschaftliches Engagement auch herangezogen als Indikator für die „Qualität einer Gesellschaft“: Je höher die Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung ist, sich aktiv zu engagieren, desto höher ist der Zusammenhalt, die Solidarität und die Sozialität in der Gesellschaft zu bewerten.

In Bezug auf die Frage nach der Stärkung der Zivilgesellschaft hinsichtlich demokratiegefährdender Einstellungen innerhalb der Bevölkerung ist Bürgerschaftliches Engagement vor dem Hintergrund des Konzepts der politischen Partizipation zu sehen: In unserer Untersuchung sind mit BE solche Verhaltensweisen und Handlungen von Bürgern gemeint, die sie alleine oder aber mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, direkt oder indirekt Einfluss auf politische Entscheidungen und Entwicklungen zu nehmen (vgl. Barnes et al. 1979, 42; Parry et al. 1992, 16; Verba et al. 1995, 38). Eine solche Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen geht für das Individuum in aller Regel mit dichten sozialen Interaktionen einher und begünstigt so letztlich die Entstehung spezifischer Normen einer verallgemeinerten Gegenseitigkeit: „Ich tue das für dich, auch wenn ich keine unmittelbare Gegenleistung erhalte, weil du (oder jemand anders) irgendwann meinen guten Willen erwidern wirst“ (Putnam 2000, 336ff.). Dieses über Partizipation entwickelte, gegenseitige Vertrauen wird dabei umso stärker, je mehr Individuen sich beteiligen bzw. „dabei sind“ (ders. 2001, 20ff.). So werden schließlich die Voraussetzungen für die Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft geschaffen, in der der politisch-öffentliche Sektor über vielfältige Formen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung um einen privaten Sektor ergänzt wird und gesellschaftliche Prozesse so aktiv von den Bürgern mitgestaltet werden. Aktiver Bürgerbeteiligung wird dabei von politischer Seite immer wieder das besondere Potenzial bescheinigt, Defizite, die sich aus dem immer offensichtlicher werdenden Rückzug des Staates aus kommunalen Angelegenheiten ergeben, aufzufangen.

Wir fokussieren in diesem Zusammenhang speziell das innerhalb eines Ortes gemessene Engagementpotential, das gegen lokale menschenfeindliche Aktivitäten und speziell Rechtsextremismus aktiviert werden kann; näher betrachtet werden aber auch mögliche Ursachen von Nichtengagement. Wovon hängt nun aber die Bereitschaft zu aktivem Bürgerschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus ab? Hier interessiert uns zum einen,

ob Desintegrationserfahrungen, analytisch gefasst als soziale, ökonomische, politische und räumliche Desintegration (s. Kap. 2.1.), einen Effekt haben auf den Grad des berichteten Engagements und welche Faktoren sich als hinderlich im Hinblick auf die aktive Bürgerbeteiligung im Bereich Rechtsextremismus erweisen (bspw. die politische Kultur vor Ort, gemessen etwa über den lokalspezifischen Umgang mit der Thematik Rechtsextremismus). Zum anderen stellt sich aber auch die Frage nach Potentialen für Engagement innerhalb der örtlichen Bevölkerung, dies insbesondere im Hinblick auf die zu entwickelnden lokalspezifischen Interventionsstrategien und den lokalen Handlungsplan.

Bevor nun auf die empirischen Ergebnisse der von uns durchgeführten Analysen eingegangen wird, erfolgt nach einer Übersicht über die zentralen genutzten methodischen Analyseverfahren ein kurzer Blick auf die Verteilung der Stichprobe entlang soziodemografischer Merkmale. Dabei ist bereits hier darauf zu verweisen, dass die Anzahl der in die Berechnungen eingegangenen Fälle je nach Antwortbereitschaft für die einzelnen Fragen variiert.

3 Untersuchungsdesign

3.1 Methodik

Die Daten wurden durch die *Sozialwissenschaftliches UmfrageZentrum GmbH* auf der Basis von repräsentativen quantitativen Telefonbefragungen erhoben. Die Interviews wurden in Dresden im Zeitraum vom 14. Juli 2010 bis 09. August 2010 durchgeführt. Die Kontaktaufnahme sowie die Durchführung der Interviews erfolgte Montag bis Freitag zwischen 16.30 und 21 Uhr und Samstag zwischen 12 und 18 Uhr. Studien zeigen, dass in diesem Zeitraum Haushaltsmitglieder am ehesten erfolgreich zu kontaktieren sind. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug knapp 35 Minuten. Die Aussagen und Bewertungen der Befragten wurden im Rahmen des hier vorgestellten Forschungsprojekts vornehmlich mittels geschlossener Fragen erfasst, in der Regel wurden Ratingskalen verwendet. Zur Erfassung lokaler Besonderheiten, die im Hinblick auf die zu planenden und durchzuführenden Interventionsansätze wertvolle Zusatzinformationen zu spezifischen Problematiken vor Ort enthalten, wurden außerdem einige offene Fragestellungen verwendet, auf die die Befragten spontan antworten sollten.

Die Datenerfassung, -aufbereitung und -analysen wurden mittels SPSS 17.0 durchgeführt. Um die Daten über die reine Beschreibung hinaus auch für bi- und multivariate Verfahren zugänglich zu machen, wurden für die verschiedenen theoretischen Konzepte – soweit möglich – Skalen resp. Indexvariablen gebildet. Mittels Rekodierung wurden die Ausprägungen der für die verschiedenen Indizes jeweils relevanten Items zunächst untereinander in ihrer inhaltlichen Richtung angeglichen; außerdem wurden die für die Konstruktion der Indexvariablen in Frage kommenden Items in jedem Fall hinsichtlich ihrer Konsistenz überprüft (Maßgabe Cronbachs Alpha $\alpha = 0,7$; Ausnahmen bilden so genannte Kurzskalen, die in aller Regel aus zwei Items bestehen und für die ein Alphawert von $\alpha = 0,5$ als ausreichend gelten kann). Für die Konstruktion der neuen Indexvariablen gilt, dass grundsätzlich ausschließlich gültige Antworten berücksichtigt wurden; die Anzahl der in die einzelnen Analysen eingegangenen Fälle variiert daher.

In den durchgeführten Berechnungen fanden neben rein deskriptiven Verfahren (insbesondere Häufigkeitsverteilungen) auch korrelative und regressionsanalytische Verfahren Anwendung. Die Berechnungen der Häufigkeiten und Anteilswerte dienen der Beschreibung des Antwortverhaltens innerhalb der Ortsämter.

Die in einem weiteren analytischen Schritt durchgeführten Korrelationsrechnungen liefern Hinweise darauf, ob zwei statistische Größen miteinander zusammenhängen. Dabei ist zu betonen, dass hiermit keine kausalen Einflüsse im Sinne von Ursache-Wirkungs-Beziehungen dargestellt werden können; die Kennzahlen können nur darüber Auskunft geben, ob Items überhaupt in einem Zusammenhang zueinander stehen. Der statistische Kennwert ist der Korrelationskoeffizient r , der einen Wert zwischen -1 bis $+1$ annehmen kann. $+1$ bedeutet ein

perfekt positiver Zusammenhang (je mehr vom einen, desto mehr vom anderen); -1 bedeutet entsprechend ein perfekt negativer Zusammenhang (je mehr vom einen, desto weniger vom anderen). Ein Korrelationskoeffizient von $r = .50$ kann nach Cohen (1988, 83) als hoch, $r = .30$ als mittlere und $r = .10$ als niedrige Korrelationen bezeichnet werden.

Bei der Regressionsanalyse schließlich handelt es sich um ein Verfahren, mit dem ein Merkmal (eine Variable) durch ein oder mehrere andere Merkmale bzw. deren Ausprägungen erklärt oder prognostiziert werden soll. Das zu erklärende Merkmal wird als „abhängige Variable“ bezeichnet, das oder die erklärende/n Merkmal/e als „unabhängige Variable(n)“ oder „Prädiktor(en)“. Im Zusammenhang mit der Erklärung der uns interessierenden Phänomene *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und Engagement gegen Rechtsextremismus ist das empirisch-analytische Vorgehen dabei Folgendes: Insgesamt wurden für jedes der zu erklärenden Phänomene für die Dresdener Befragten jeweils sechs Modelle gerechnet, sie alle berücksichtigen die soziodemografischen Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung. Im ersten Modell wird vor diesem Hintergrund nur der Einfluss der sozialstrukturellen Desintegration auf die beiden zu erklärenden Variablen geprüft (GMF 1 bzw. ERE 1). Im zweiten Modell wird jeweils zusätzlich der Einfluss der institutionellen Desintegration auf die zu erklärenden Phänomene untersucht (GMF 2 bzw. ERE 2). Das dritte Modell integriert zusätzlich die Indikatoren der sozio-emotionalen Dimension auf *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* bzw. Engagement gegen Rechtsextremismus (GMF 3 bzw. ERE 3). Im vierten Modell wird der Einfluss der räumlichen Desintegration mit in die Analysen aufgenommen (GMF 4 bzw. ERE 4). Das fünfte Modell berücksichtigt zusätzlich die verschiedenen individuellen Interpretations- und Einstellungsmuster auf die abhängigen Variablen (GMF 5 bzw. ERE 5). In dem sechsten Modell schließlich wird in das Gesamtmodell ergänzend und ausschließlich für die Subgruppe der Befragten, die über Erfahrungen mit Rechtsextremisten verfügen, der Einfluss persönlicher, als positiv bewerteter, Erfahrungen mit Rechtsextremisten auf *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* bzw. Engagement gegen Rechtsextremismus geprüft (GMF 6 bzw. ERE 6). In alle Berechnungen fließen dabei ausschließlich solche Items und Konstrukte ein, die sich in den zunächst durchgeführten Korrelationsrechnungen zuvor als relationiert mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* bzw. mangelnder Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren erwiesen haben. Bevor nun die Ergebnisse der empirischen bi- und multivariaten Analysen folgen, soll ein kurzer Blick auf die wesentlichen Merkmale der Stichprobe geworfen werden.

3.2 Stichprobenbeschreibung

Die Erhebung fand in neun der zehn Dresdener Ortsämter statt. Nicht berücksichtigt wurden das Ortsamt Klotsche, die Stadtteile Hosterwitz/Pillnitz mit Niederpoyritz, Oberpoyritz und Söbrigen des Orsamtes Loschwitz sowie die Dresdner Ortschaften mit Ausnahme von Schönfeld-Weißig, welche wir in Anlehnung an die Einteilung der kommunalen Statistikstelle Dresden mit dem Ortsamt Loschwitz zusammengefasst haben.

Bei den nicht berücksichtigten Gebieten, handelt es sich um Randgebiete Dresdens, die eine geringe Bevölkerungsdichte aufweisen (hier befinden sich beispielsweise der Flughafen, Industriegebiete oder landwirtschaftlich genutzte Flächen). Eine Erhebung in diesen gering besiedelten Gebieten wäre mit erheblichem Mehraufwand verbunden gewesen (vgl. die in Kommunale Statistikstelle (2007) berichteten Rücklaufquoten). Zudem ist es wichtig möglichst heterogene Gebiete in die Analysen aufzunehmen, um die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Ortsämtern mit in den Blick nehmen und Aussagen über die Situation in Dresden machen zu können. Auf die nicht berücksichtigten Gebiete wird im Weiteren nicht mehr eingegangen. Grundgesamtheit war die Menge aller in Privathaushalten mit eingetragendem Telefonanschluss lebenden Personen im Alter von 16 Jahren und älter, die in einem der 54 ausgewählten Stadtteile leben.²

Die Gesamtstichprobe Dresden umfasst 594 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter von 16 bis 95 Jahren, davon etwa 55% Frauen (vgl. Tabelle 1).³

Tabelle 1: Geschlecht

Ortsamt		Männer	Frauen	Gesamt
Altstadt	N	37	37	74
	in Prozent	50,0%	50,0%	100,0%
Neustadt	N	32	21	53
	in Prozent	60,4%	39,6%	100,0%
Pieschen	N	22	35	57
	in Prozent	38,6%	61,4%	100,0%
Loschwitz/Schönfeld-Weißig	N	21	33	54
	in Prozent	38,9%	61,1%	100,0%
Blasewitz	N	31	44	75
	in Prozent	41,3%	58,7%	100,0%
Leuben	N	14	29	43
	in Prozent	32,6%	67,4%	100,0%
Prohlis	N	38	41	79
	in Prozent	48,1%	51,9%	100,0%
Plauen	N	34	33	67
	in Prozent	50,7%	49,3%	100,0%
Cotta/Westliche Ortschaften	N	40	52	92
	in Prozent	43,5%	56,5%	100,0%
Gesamt	N	269	325	594
	in Prozent	45,3%	54,7%	100,0%

² In der vorliegenden Befragung wurde eine auf Stadtteilebene disproportionale Zufallsstichprobe von im Telefonbuch eingetragenen Rufnummern gebildet. Da pro Stadtteil etwa gleich viele Interviews realisiert werden sollten, kam eine reine Zufallsauswahl nach Gabler-Häder nicht in Betracht: Die Realisierung von Interviews in Stadtteilen mit wenigen Einwohnern hätte einen kaum zu vertretenden Mehraufwand bedeutet.

³ In der Kommunalen Bürgerumfrage ist der Anteil der Frauen mit 52,4 % etwas geringer (Kommunale Statistikstelle, 2007a).

Neben dem Geschlecht stellt das Alter der Befragten eine relevante Größe dar. In der folgenden Tabelle 2 sind die Verteilungen der Befragten nach fünf Alterskategorien aufgeführt. Hierbei ist vor allem die jüngste Altersgruppe „auffällig“: Bei den 16-21jährigen Personen sind im Vergleich mit der Grundgesamtheit anteilmäßig zu wenige Personen befragt worden; dies gilt auch mit Blick auf den Bundesdurchschnitt in dieser Altersgruppe. In der Altstadt wurde sogar niemand in der genannten Altersgruppe (16-21 Jahre) befragt. In der gesamten Stichprobe stellt die Altersgruppe der 35-49 Jährigen die größte Gruppe dar (30,3%). Die Befragten sind im Durchschnitt allerdings etwas älter, nämlich rund 50 Jahre alt (SD = 18,12).

Tabelle 2: Alter

Ortsamt		(16-21 Jahre)	(22-34 Jahre)	(35-49 Jahre)	(50-64 Jahre)	(ab 65 Jahre)	Gesamt
Altstadt	N	0	17	16	10	31	74
	%	0,0%	23,0%	21,6%	13,5%	41,9%	100,0%
Neustadt	N	1	18	18	10	6	53
	%	1,9%	34,0%	34,0%	18,9%	11,3%	100,0%
Pieschen	N	3	12	24	9	9	57
	%	5,3%	21,1%	42,1%	15,8%	15,8%	100,0%
Loschwitz/Schönfeld- Weißig	N	2	4	12	18	17	53
	%	3,8%	7,5%	22,6%	34,0%	32,1%	100,0%
Blasewitz	N	1	13	20	11	29	74
	%	1,4%	17,6%	27,0%	14,9%	39,2%	100,0%
Leuben	N	0	8	11	7	17	43
	%	,0%	18,6%	25,6%	16,3%	39,5%	100,0%
Prohlis	N	4	8	24	14	27	77
	%	5,2%	10,4%	31,2%	18,2%	35,1%	100,0%
Plauen	N	3	13	20	12	19	67
	%	4,5%	19,4%	29,9%	17,9%	28,4%	100,0%
Cotta/Westliche Ortschaften	N	4	27	34	16	11	92
	%	4,3%	29,3%	37,0%	17,4%	12,0%	100,0%
Gesamt	N	18	120	179	107	166	590
	%	3,1%	20,3%	30,3%	18,1%	28,1%	100,0%

Im Hinblick auf den Bildungsstand der Befragten über alle Ortsämter hinweg zeigt sich weiterhin, dass nicht einmal ein Prozent der Befragten keinen Schulabschluss hat (vgl. Tabelle 3). Einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss haben insgesamt etwa 11% der Befragten, über einen Realschulabschluss oder einen äquivalenten Abschluss verfügen etwa 30% aller Befragten. Eine allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulfreie schließlich haben ca. 58% aller interviewten Personen. Inwiefern diese Verteilung den tatsächlichen Verteilungen in der Bevölkerung Dresdens entspricht oder nicht, kann nicht ermittelt werden, da auf der kleinräumigen Ebene der Ortsämter keine Informationen über die allgemeinen Bildungsabschlüsse der Bewohnerinnen und Bewohner vorliegen. Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt haben die von uns Befragten aber

ein insgesamt höheres Ausbildungsniveau, d.h. ein Realschulabschluss oder Äquivalent bzw. die Hochschulreife werden deutlich häufiger genannt als auf Bundesebene (höher 27,7% / hoch 23,9%; Statistisches Bundesamt 2008). Entsprechend sind Personen ohne Schulabschluss in der Befragung unterrepräsentiert.

Tabelle 3: Allgemeiner Schulabschluss

Ortsamt		Niedrig (keinen Abschluss)	Mittel (Hauptschule/ Volksschule)	Höher (Realschule)	Hoch (Abitur/ Fachabitur)	Gesamt
Altstadt	N	0	6	22	42	70
	in Prozent	0,0%	8,6%	31,4%	60,0%	100,0%
Neustadt	N	0	3	10	40	53
	in Prozent	0,0%	5,7%	18,9%	75,5%	100,0%
Pieschen	N	0	4	22	30	56
	in Prozent	0,0%	7,1%	39,3%	53,6%	100,0%
Loschwitz/ Schönfeld-Weißig	N	0	5	19	28	52
	in Prozent	0,0%	9,6%	36,5%	53,8%	100,0%
Blasewitz	N	1	10	18	45	74
	in Prozent	1,4%	13,5%	24,3%	60,8%	100,0%
Leuben	N	0	6	10	26	42
	in Prozent	0,0%	14,3%	23,8%	61,9%	100,0%
Prohlis	N	1	12	24	38	75
	in Prozent	1,3%	16,0%	32,0%	50,7%	100,0%
Plauen	N	1	7	13	43	64
	in Prozent	1,6%	10,9%	20,3%	67,2%	100,0%
Cotta/Westliche Ortschaften	N	0	9	38	45	92
	in Prozent	0,0%	9,8%	41,3%	48,9%	100,0%
Gesamt	N	3	62	176	337	578
	in Prozent	0,5%	10,7%	30,4%	58,3%	100,0%

Anmerkung: Personen, die aktuell noch Schüler sind, werden in dieser Auswertung nicht berücksichtigt.

Eine hinreichende Repräsentativität auf der Ebene der Ortsämter ist gegeben, wenngleich eine nach Alter, Geschlecht oder Bildung differenzierte Auswertung der Befragungsergebnisse auf der Ebene der Ortsämter ist nicht angemessen ist.

Es folgen die Erkenntnisse aus den empirischen Analysen zu den in Dresden untersuchten Phänomenen GMF und ERE unter Berücksichtigung der Indikatoren zu sozialer Desintegration und den vermittelnden Faktoren.

4 Ergebnisse

In den folgenden Kapiteln werden zunächst die wesentlichen Ergebnisse aus der Telefonbefragung vorgestellt. Zuerst wird dabei anhand der deskriptiven Beschreibungen auf die Unterschiede zwischen den Ortsämtern eingegangen. Daran anknüpfend werden die empirischen Befunde aus den durchgeführten Regressionsanalysen für die Gesamtstadt Dresden vorgestellt. Hier geht es insbesondere darum aufzudecken, welches die erklärungskräftigen Faktoren für das Ausmaß von GMF und Bürgerschaftlichem Engagement speziell gegen Rechtsextremismus in Dresden sind.

4.1 Deskriptive Ergebnisse

Im ersten Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf den Verbreitungsgraden zentraler Faktoren. Hier wird zwischen den Faktoren, die potentiell erklärungskräftig für das Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements sowie der Verbreitung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* sein können (verschiedene Formen von Desintegration) und den zu erklärenden Phänomenen selbst (also GMF und Engagement) unterschieden.

4.1.1 Wahrgenommene und erfahrene Desintegration in Dresden

Im theoretischen Teil wurden vier Dimensionen von Desintegration vorgestellt. Im Folgenden werden die Verbreitungsgrade der verschiedenen Desintegrationsformen in Dresden beschrieben. Die objektiven/subjektiven Ausmaße dieser verschiedenen Desintegrationsformen werden dazu separat vorgestellt; begonnen wird mit der sozial-strukturellen Systemintegration.

A Sozialstrukturelle Desintegration

Bezogen auf die Faktoren der sozialstrukturellen Dimension von Desintegration ist zu konstatieren, dass in den Ortsämtern Prohlis und Loschwitz/Schönfeld-Weißig im Vergleich mit den Befragten in den übrigen Ortsämtern kaum von Desintegrationserfahrungen und -gefühlen berichtet wird. Dies gilt sowohl im Hinblick auf Fragen, die eng mit aktueller oder vergangener Erwerbstätigkeit zusammenhängen, als auch im Hinblick auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Im Gegensatz dazu treten in der Altstadt häufiger starke Desintegrationsängste auf.

Unter die objektiven Faktoren der sozial-strukturellen Desintegrationsform fallen insbesondere der aktuelle Erwerbsstatus sowie der Besitz von Wohneigentum. Subjektive Formen von individuell-funktionaler Desintegration können sich demgegenüber in Abstiegsängsten, dem Gefühl individueller Benachteiligung sowie der Angst vor einem sozialen Abstieg seit der Einführung von Hartz IV äußern.

Bereits aus der Beschreibung der Stichprobe geht hervor, dass die Gruppe der Vollzeitbeschäftigten in Cotta/ Westliche Ortschaften mit 57,8% am größten ist; am geringsten ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten hingegen in Plauen (28,8%). Im Durchschnitt gehen 55,6% der Befragten derzeit einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nach. Insgesamt lebt nur ein geringer Teil der Befragten in einer eigenen Wohnung, wobei der betreffende Anteil je nach Ortsamt stark variiert. In einem Mietverhältnis wohnen demnach in der Altstadt 96,4% der Befragten, in Loschwitz/Schönfeld-Weißig nur 40,9%.

Um die subjektiven Formen sozial-struktureller Desintegration in den Ortsämtern in den Fokus nehmen zu können, wurde zunächst nach bisherigen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gefragt, wobei zwischen aktuell Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen unterschieden wurde⁴.

In die Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen gingen dabei, neben arbeitslosen Personen, auch solche ein, die freiwillig oder aufgrund bestimmter Lebensphasen noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig sind, wie Hausfrauen, Rentner, Schüler und Studenten oder auch Befragte die sich zum Zeitpunkt der Befragung in Umschulungsmaßnahmen befanden. Da sich bei genauerer Betrachtung der Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen zeigt, dass tatsächlich arbeitslose Personen hier nur einen geringen Anteil ausmachen⁵, werden arbeitslose Befragte in den weiteren Beschreibungen und Analysen nicht gesondert berücksichtigt. Der Schwerpunkt liegt stattdessen auf der subjektiven Komponente der sozialstrukturellen Desintegrationsdimension, also der empfundenen Bedrohung durch Abstiegsängste und Benachteiligung bei den erwerbstätigen Befragten. Bezüglich dieser Faktoren zeigt sich, dass, von den insgesamt 328 Befragten in der Dresdener Stichprobe, die derzeit Voll- oder Teilzeiterwerbstätig sind, im Schnitt vier Fünftel (80,9%) in den letzten fünf Jahren keinerlei Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben. Werden die Arbeitslosigkeitserfahrungen innerhalb der Ortsämter verglichen, dann waren in Leuben mit 86,8% die meisten und in der Altstadt mit 72,9% die wenigsten Personen noch nie arbeitslos. Dabei liegt die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zwischen rund vier Monaten in Pieschen und 27 Monaten in Blasewitz.

Mit Blick auf aktuelle Abstiegsängste sind die Dresdener Befragten, die zum Zeitpunkt der Befragung einer Erwerbstätigkeit nachgehen, in ihrer Bewertung vergleichsweise positiv: Im Durchschnitt haben über drei Viertel (76,4%) der Befragten keine oder nur geringe Angst

⁴ Erwerbstätige: „Wie oft waren Sie in den letzten fünf Jahren arbeitslos?“ / „Wie lange dauerte, zusammen genommen, in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit?“ / „Und wie sieht es heute aus, wie viel Angst haben Sie, arbeitslos zu werden?“ / „Für wie wahrscheinlich halten Sie es denn, in den nächsten fünf Jahren arbeitslos zu werden?“; Nicht-Erwerbstätige: „Wie oft waren Sie in den letzten fünf Jahren vor Beendigung der Erwerbstätigkeit arbeitslos?“ / „Wie lange dauerte, zusammen genommen, in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit?“ / „Für wie schwierig halten Sie es, für sich persönlich eine angemessene Arbeit zu finden?“.

⁵ Die Anzahl der Personen, die angegeben haben arbeitslos zu sein, rangiert zwischen keinem in Loschwitz/Schönfeld-Weißig und fünf Befragten in Pieschen.

arbeitslos zu werden; nur 11,2% in Leuben berichten von „mal mehr, mal weniger“ oder „großer Angst“. Im Vergleich äußern die Befragten in den Ortsämtern Altstadt mit 33,9% und Pieschen mit 32,1% wesentlich mehr Angst vor Arbeitslosigkeit als die Befragten in den anderen Ortsämtern (vgl. Tabelle 4).

Werden die erwerbstätigen Befragten um ihre Einschätzung gebeten, für wie wahrscheinlich sie es halten, in den kommenden fünf Jahren arbeitslos zu werden, so gehen die Ansichten innerhalb Dresdens weit auseinander. Halten es in Loschwitz/Schönfeld-Weißig nur 2% für eher oder sehr wahrscheinlich arbeitslos zu werden, sind es in der Altstadt über ein Drittel (37,1%) der Befragten (vgl. Tabelle 4).

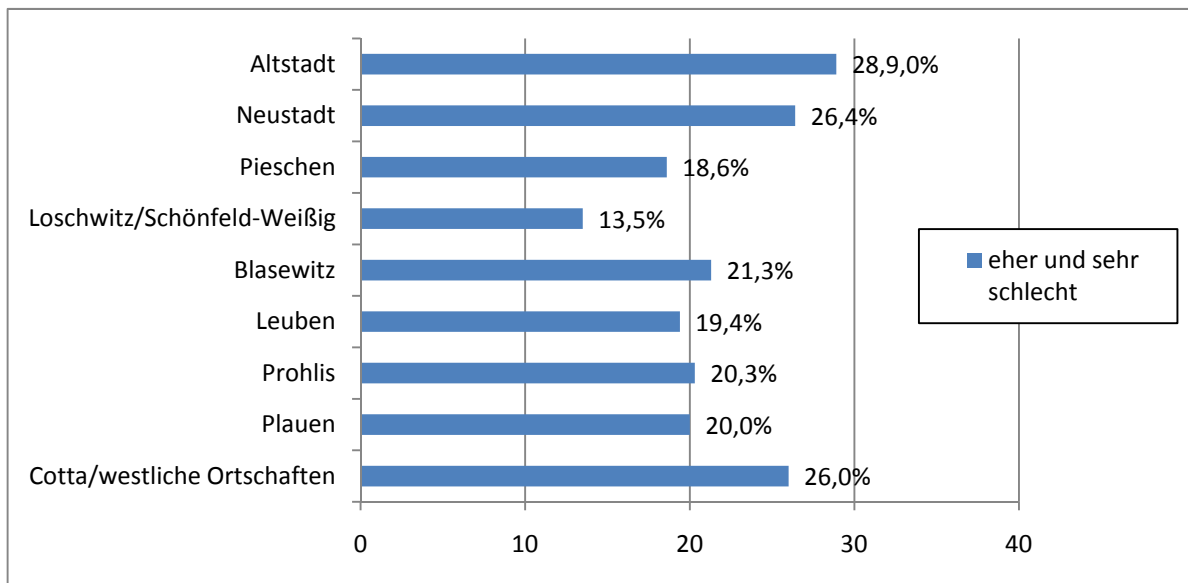
Tabelle 4: Einschätzung der Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeitserfahrungen in den kommenden fünf Jahren und Angst vor Arbeitslosigkeit - nur Erwerbstätige

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften
Und wie sieht es heute aus, wie viel Angst haben Sie, arbeitslos zu werden?	33,9	24,0	32,1	25,4	23,3	11,2	20,2	19,1	18,6
Für wie wahrscheinlich halten Sie es denn, in den nächsten 5 Jahren arbeitslos zu werden?	37,1	16,7	23,0	2,2	16,1	9,0	14,0	8,3	9,7

Anmerkung: Angaben in Prozent; die Antwortkategorien „mal mehr mal weniger“ und „große Angst“ sowie „eher wahrscheinlich“ und „sehr wahrscheinlich“ wurden zusammengefasst.

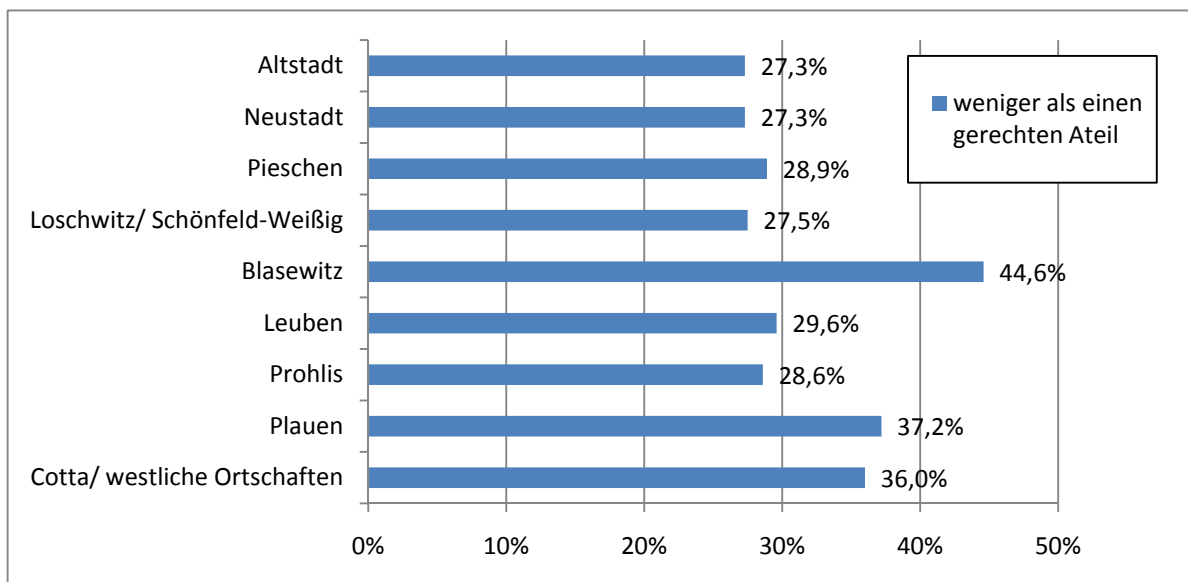
Richtet sich der Blick weiterhin auf die Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Lage sowie den damit verbundenen ökonomischen Desintegrationsängsten, so beurteilen über ein Viertel der Befragten in der Altstadt, der Neustadt und Cotta/Westliche Ortschaften ihre eigene wirtschaftliche Lage als eher oder sehr schlecht. Am positivsten fällt die Beurteilung in Loschwitz/Schönfeld-Weißig aus, hier geben mit 13,5% die wenigsten Befragten an ihre eigene wirtschaftliche Lage sei eher oder sehr schlecht (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage



Zugleich sind rund 45% der Befragten aus Blasewitz der Ansicht im Vergleich mit anderen weniger als einen gerechten Anteil zu erhalten (vgl. Abbildung 4). Am geringsten ist diese Auffassung in der Alt- und in der Neustadt (27,3%) ausgeprägt.

Abbildung 4: Einschätzung der eigenen wirtschaftliche Lage im Vergleich zu anderen – Individuelle relative Deprivation



Bezogen auf die erfassten ökonomischen Zukunftsängste schließlich haben wir die Dresdener Befragten gebeten einzuschätzen, inwiefern sie die Aussage eher oder voll und ganz zutreffend finden, dass sie seit der Einführung von HARTZ IV mehr Angst vor einem sozialen Abstieg haben. Mit 41,3% äußern die Befragten im Ortsamt Pieschen die stärkste und mit 17,9% im Ortsamt Prohlis die geringste Zunahme der Zukunftsängste seit der Einführung von HARTZ IV. Es folgen die deskriptiven Ergebnisse zur institutionellen Dimension von Desintegration.

B Institutionelle Desintegration

Bezogen auf die politischen Einflussmöglichkeiten sowie das Gefühl, bei politischen Entscheidungen ausreichend berücksichtigt zu werden, zeigt sich ein divergentes Bild, und zwar sowohl im Vergleich der bundespolitischen und der kommunalen Ebene als auch hinsichtlich des Vergleichs zwischen den Ortsämtern. Besonders gravierend ist die Beurteilung eigenen Engagements – nur wenige Befragte halten es für sinnvoll, sich vor Ort politisch zu engagieren; die Werte liegen zwischen 17,3% in Loschwitz/Schönfeld-Weißig und höchstens 29% in Blasewitz bzw. 29,2% im Ortsamt Cotta/Westliche Ortschaften. Daran anschließend fällt auch die Einschätzung des Interesses örtlicher Politiker für die eigene Meinung sehr negativ aus: Hier sind in der Neustadt nur 19,4% der Befragten der Ansicht, die örtlichen Politiker interessieren sich für das, was die Befragten denken. In den übrigen Ortsämtern liegen die Werte zwischen 30,6% (Cotta/Westliche Ortschaften) und 39,4% (Pieschen). Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Wahrnehmung ein gewaltiges Frustrationspotential auf kommunalpolitischer bzw. lokaler Ebene birgt.

Die zweite Dimension der Theorie sozialer Desintegration von Anhut und Heitmeyer stellt die institutionelle Desintegration dar. Objektiv äußert sich Integration in dieser Dimension insbesondere über die Gewährleistung der Grundrechte sowie über Mitgliedschaften. Subjektiv dagegen kann die institutionelle Form der Desintegration ihren Ausdruck über die Wahrnehmung mangelnder Einfluss- und Partizipationsmöglichkeiten erfahren. In der Befragung wurden sowohl objektive als auch subjektive Formen institutioneller Desintegration berücksichtigt.

Werden Partizipationsmöglichkeiten in der Dresdener Bevölkerung gesehen und wahrgenommen? Diese Frage kann im Rahmen der Befragung über die Erfassung aktueller Mitgliedschaften (in Vereinen, Verbänden, etc.) und der Teilnahme an Veranstaltungen einerseits, sowie der Wahlintention im Hinblick auf die Bundestagswahl sowie der nächsten Kommunalwahl andererseits beantwortet werden. Dabei zeigt sich ein insgesamt recht pessimistisch anmutendes Bild.

In allen untersuchten Ortsämtern liegt der Anteil der Befragten, die angeben, in irgendeiner Form am lokal organisierten Zusammenleben teilzunehmen, d.h. Mitglied in einem Verein o.ä. zu sein unter 50%, in Leuben sind es nicht einmal ein Drittel der Befragten (29,3%) die sich engagieren, in Plauen (47%) und Pieschen (46,9%) fast die Hälfte der Befragten. In Ergänzung zur Frage nach Mitgliedschaft(en) wurden die Dresdener auch gebeten anzugeben, wie häufig sie an Veranstaltungen von Vereinen u.ä. teilnehmen. Ähnlich wie bei der Mitgliedschaft ist hier die Teilnahme in der Vergangenheit offenbar nicht besonders stark ausgeprägt gewesen: Zwischen 29,3% (Ortsamt Neustadt) und 53,2% der Befragten (Ortsamt Blasewitz) geben an, nie an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Neben der Mitgliedschaft und der Teilnahme an

Veranstaltungen stellt auch die Ausübung des Wahlrechts eine Möglichkeit der politischen Integration dar. Die Wahlpräferenz und -intention wurden innerhalb der Befragung über die klassische Sonntagsfrage ermittelt, einmal auf kommunaler und einmal auf Bundesebene. Die Befragten sollten jeweils angeben, ob und wenn ja, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl bzw. Kommunalwahl wäre. Positiv hervorgehoben werden kann diesbezüglich, dass die Wahlenthaltung in Bezug auf beide Wahlen relativ gering ausfällt.⁶ Den niedrigsten Anteil an Befragten, die bezogen auf die Bundestagswahl nicht wählen würden, erreicht das Ortsamt Neustadt (5,7%); in Pieschen (24,8%) und Cotta/Westliche Ortschaften (24,7%) ist der Anteil derjenigen, die bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen würden am höchsten (Wahlenthaltung Bundestagswahl 2009: 29,2% über alle Ortsämter hinweg; vgl. Deutscher Bundestag 2009). Im Hinblick auf die Wahlintention bei der nächsten Kommunalwahl äußern die Befragten in Prohlis den höchsten (10,6%) und in Plauen (4,1%) den niedrigsten Nichtwähleranteil (der Nichtwähleranteil bei den letzten Stadtratswahlen in Dresden 2009 lag bei 51%; vgl. Stadt Dresden 2010).

Intentionen bei der nächsten Bundes- oder Kommunalwahl die NPD zu wählen finden sich erfreulicherweise nur in vier Ortsämtern (vgl. Tabelle 5). Die Wählerpotentiale für die NPD finden sich in den Ortsämtern Altstadt, Pieschen, Blasewitz und Cotta/Westliche Ortschaften. Vergleicht man die Zahlen allerdings mit den tatsächlichen Werten der letzten Kommunalwahlen werden die Anteile der NPD in der Befragung eher unterschätzt. So hat die NPD seit der Kommunalwahl 2009 zwei Sitze im Stadtrat inne (vgl. Stadt Dresden 2010a) und ist in 7 von 10 Ortsbeiräten (Altstadt, Blasewitz, Cotta/Westliche Ortschaften, Klotzsche, Leuben, Pieschen und Prohlis) mit jeweils einem Sitz vertreten (vgl. SPD Dresden 2010).

Tabelle 5: Wahlintention NPD bei der nächsten Bundestags- und Kommunalwahl

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften
Bundestagswahl	1,5	0	3,5	0	1,7	0	0	0	1,8
Kommunalwahl	1,6	0	1,2	0	1,6	0	0	0	1,8

Anmerkung: Angaben in Prozent.

⁶ Einschränkung ist allerdings hinzuzufügen, dass die Befragten bei der Beantwortung der „Sonntagsfrage“ zumeist situative Aspekte (wie z.B. keine Lust, wählen zu gehen; bessere Alternativen zur Wahl (z.B. Ausflüge, Gruppendruck etc.)) nicht berücksichtigen. Entsprechend wird die Präferenz, zur Wahl zu gehen, bei Umfragen systematisch überschätzt (vgl. Legge/Reinecke/Klein 2009).

Damit kann festgehalten werden, dass ein Großteil der Dresdener Befragten die Möglichkeit zur politischen Partizipation über die Beteiligung an Wahlen zumindest intendierend wahrnimmt. Erfreulich ist, dass auf die Sonntagsfrage der in Dresden befragten Bewohnerinnen und Bewohner spontan kaum eine Präferenz für die NPD geäußert wird. Eine Ausnahme hiervon bildet allerdings das Ortsamt Pieschen – hier geben 3,5% der Befragten an die NPD zu wählen, wenn am nächsten Sonntag die Bundestagswahl stattfinden würde.

Wie bereits einleitend beschrieben, lässt sich zwischen objektiven und subjektiven Faktoren der institutionellen Integration unterscheiden. Mitgliedschaften, Wahlbeteiligungen etc. fallen in diesem Zusammenhang tendenziell eher unter objektive Faktoren. Daneben ist aber auch die subjektive Wahrnehmung der Partizipationsmöglichkeiten zu berücksichtigen, die ganz erheblichen Einfluss darauf haben kann, inwiefern Partizipation überhaupt realisiert wird bzw. als realisierbar und sinnvoll erachtet wird. Um diese subjektive Facette ebenfalls berücksichtigen zu können, haben wir den Dresdener Befragten einige Aussagen zur Bewertung der Einflussmöglichkeiten auf die Politik im Allgemeinen und derjenigen vor Ort, also auf der kommunalen Ebene, vorgelegt.

Bezogen auf die Bundesebene stimmen in Pieschen und Loschwitz/Schönfeld-Weißig mit einem guten Drittel (rund 28%) die wenigsten Befragten der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass es sinnlos sei, sich politisch zu engagieren, die stärkste Zustimmung zeigt sich in Leuben mit knapp 42%. Am wenigsten sind die Befragten aus dem Ortsamt Neustadt (41,4%) der Ansicht, dass bei politischen Entscheidungen keine Rücksicht auf Leute wie sie genommen werde; am meisten stimmen dieser Aussage die Befragten aus Loschwitz/Schönfeld-Weißig zu (63%). Zwischen 37,2% (Prohlis) und 56% (Cotta/Westliche Ortschaften) der Befragten stimmt der Aussage „*In der Politik werden Entscheidungen getroffene, die Leuten wie mir schaden.*“ eher oder voll und ganz zu. Zugleich vertreten zwischen 38,1% in der Neustadt und 61% in Leuben die Auffassung, sowieso keinen Einfluss darauf zu haben, was die Regierung tut.

Wird nach den politischen Einflussmöglichkeiten vor Ort gefragt, zeigt sich ein teilweise abweichendes Bild. Hier scheint sich die Annahme nicht zu bestätigen, dass auf kommunaler Ebene Partizipations- und Interventionsmöglichkeiten eher möglich scheinen, da sie konkreter und direkter umsetzbar sind. So geben zwischen 70,8% (Cotta/Westliche Ortschaften) und 82,7% (Loschwitz/Schönfeld-Weißig) der Befragten an, dass sie es nicht für sinnvoll halten, sich vor Ort zu engagieren. Somit sind je nach Ortsamt lediglich zwischen 17,3% und 29,2% der Befragten der Ansicht, dass es sinnvoll sei sich vor Ort zu engagieren. Zugleich stimmen zwischen rund einem Drittel (29,3%) der Befragten in Neustadt und 50,3% der Befragten in Leuben der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass sie keinen Einfluss darauf hätten, was vor Ort geschieht. Nur 19,4% der Befragten aus dem Ortsamt Neustadt, aber immerhin jeweils rund 39% der Befragten aus den Ortsämtern Pieschen, Leuben und Plauen stimmen eher oder voll und ganz der Aussage zu, dass die örtlichen Politiker sich für das interessieren, was die Bewohner denken. Die Wahrnehmung politischer Machtlosigkeit auf lokaler Ebene ist also in den untersuchten Gebieten sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Somit kann in Dresden zwar nicht pauschal von einem starken Gefühl politischer Machtlosigkeit bzw. von partizipativen Defiziten auf bundespolitischer bzw. kommunaler Ebene gesprochen werden; Desintegrationsgefahren sind aber im Bereich einzelner Ortsämter festzustellen. Insbesondere die Befragten aus Leuben zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an politischer Machtlosigkeit aus.

C Sozio-emotionale Desintegration

Hinsichtlich der sozio-emotionalen Desintegration zeigt sich, dass die subjektive Beurteilung der eigenen sozialen Unterstützungssysteme in allen Ortsämtern eher negativ ausfällt. Im Vergleich zeigen sich jedoch in Leuben die niedrigsten Werte, hier klagen die wenigsten Befragten über mangelnde Hilfe bzw. Unterstützung (29,4%) und auch der Anteil derjenigen die gerne mehr Menschen in ihrer Umgebung hätten die zu ihnen halten, fällt in Leuben mit 28,2% deutlich geringer aus als in den übrigen Ortsämtern. Am stärksten fällt der Wunsch nach mehr Unterstützung mit 60,9% in Cotta/Westliche Ortschaften aus. In Pieschen wünschen sich im Vergleich die meisten Befragten mehr Menschen die zu ihnen halten (68,9%).

Zu wenig Anerkennung für das was sie tun empfinden eher wenige Befragte. In Prohlis fällt die soziale Anerkennung vergleichsweise gering aus, während in Plauen und Blasewitz die wenigsten Befragten von fehlender Anerkennung berichten.

Die Dimension sozio-emotionaler Desintegration bezieht sich auf die Eingebundenheit von Individuen in soziale Nahbeziehungen. Darunter fallen Aspekte wie soziale Anerkennung, soziale Unterstützung, Freundschaften etc. Im Rahmen der Befragung haben wir neben der aktuellen Partnerschaft als objektivem Indikator für die sozio-emotionale Eingebundenheit von Personen auch die subjektive Beurteilung eigener sozialer Unterstützungssysteme sowie die persönlich erfahrene Anerkennung berücksichtigt.

Mit knapp über 50% fiel die Anzahl fester Partnerschaften in der Altstadt zum Zeitpunkt der Befragung im Vergleich mit den übrigen Untersuchungseinheiten am geringsten aus. Die meisten festen Partnerschaften fanden sich mit rund 73% in Loschwitz/Schönfeld-Weißig.

Weiterhin zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den beiden subjektiven Elementen sozio-emotionaler Desintegration. Viele Befragte stimmen der Aussage zu, dass sie sich bei Problemen mehr Hilfe und praktische Unterstützung wünschen: In Leuben sind das mit 29,4% die wenigsten, in Cotta/Westliche Ortschaften mit 60,9% die meisten (vgl. Tabelle 6). Weiterhin hätten je nach Ortschaft zwischen 28,2% (in Leuben) und 68,9% (in Pieschen) der Befragten gerne mehr Menschen in ihrer Umgebung, die zu ihnen halten (vgl. Tabelle 6). Damit fühlen sich insbesondere in Cotta/Westliche Ortschaften über die Hälfte der Befragten nicht ausreichend unterstützt.

Tabelle 6: Soziale Unterstützung

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften
'In meiner unmittelbaren Umgebung hätte ich gerne mehr Menschen, die zu mir halten'	51,6	52,7	68,9	41,3	46,4	28,2	59,3	43,7	55,7
'Bei Problemen wünsche ich mit mehr Hilfe und praktische Unterstützung'	45,7	44,9	48,2	40,2	49,7	29,4	48,1	44,2	60,9

Anmerkung: Angegeben sind die Zustimmungsprozente; die Antwortkategorien „stimme eher zu„ und „stimme voll und ganz zu“ wurden zusammengefasst.

Bezogen auf die wahrgenommene Anerkennung für das was man tut, zeigt sich dagegen ein wesentlich optimistischeres Bild: Weniger als 10% über alle Ortsämter hinweg stimmen der Aussage tendenziell oder voll und ganz zu, dass es Leute gibt, die denken, dass sie ihre Aufgaben schlechter erfüllen als der Durchschnitt und weniger als 20% der Dresdener Befragten meinen, dass manche Menschen glauben, sie seien ihren Pflichten nicht gewachsen (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Soziale Anerkennung

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften
'Manche Menschen glauben, dass ich meinen Pflichten nicht gewachsen bin'	16,3	15,6	9,9	8,4	7,4	11,3	18,2	4,9	13,1
'Es gibt Leute, die denken, dass ich meine Aufgaben schlechter erfülle als der Durchschnitt'	5,2	9,3	4,8	2,9	1,5	3,1	9,6	3,3	5,2

Anmerkung: Angegeben sind die Zustimmungsprozente; die Antwortkategorien „stimme eher zu„ und „stimme voll und ganz zu“ wurden zusammengefasst.

Es folgen die deskriptiven Ergebnisse zur räumlichen Dimension von Desintegration.

D Räumliche Desintegration

Räumliche Desintegration zeigt sich in wahrgenommenen sozialen Benachteiligungen, materiellen und symbolischen Beeinträchtigungen sowie im Ausmaß der kollektiven relativen Deprivation. Im Vergleich der Ortsämter zeigt sich für diese Desintegrationsdimension zunächst, dass die Mehrzahl der Befragten sehr zufrieden mit ihrer Nachbarschaft zu sein scheint. Das Hilfeverhalten und auch das gegenseitige Vertrauen in der Nachbarschaft wird von den meisten Befragten positiv bewertet.

Die Engagementbereitschaft der Bewohner für ihr eigenes Wohnviertel wird hingegen durchgängig in der Altstadt am geringsten eingeschätzt. Auch hinsichtlich der materiellen und symbolischen Beeinträchtigungen fällt das Ortsamt Altstadt mit negativen Einschätzungen auf, hier sehen die meisten Befragten eine Verschlechterung der finanziellen Lage der Bewohner (35,1%) und des Einsatzes der örtlichen Politiker für das Viertel (20%). Der Wert bezüglich der Verschlechterung der beruflichen Situation der Jugendlichen fällt nur in Leuben mit 63% noch schlechter aus als im Ortsamt Altstadt (49,7%).

Als zentrale Probleme im Wohnumfeld werden insbesondere Arbeitslosigkeit und mangelnde Unterstützung durch die lokalen Politiker wahrgenommen. Neustadt fällt hier bei der Hälfte der angegebenen Probleme mit der schlechtesten Einschätzung der Situation vor Ort auf, während sich in Loschwitz/Schönfeld-Weißig bei der Hälfte der Probleme im Wohnumfeld die niedrigsten Werte zeigen.

Bezogen auf den Ruf des Wohnviertels, geben 28% der Befragten aus Prohlis und Cotta/Westliche Ortschaften und rund 26% aus Pieschen an, in einem Viertel mit einem schlechten oder eher schlechten Ruf zu leben. In Loschwitz/Schönfeld-Weißig liegt die Zahl hingegen bei 1%.

Die kollektive relative Deprivation rangiert zwischen 42,2% in Neustadt und 25% in Loschwitz/Schönfeld-Weißig.

Ausgehend von der Annahme, dass der Raum „eine eigenständige, über die Summe der individuellen Faktoren hinausgehende Rolle bei der Verursachung von sozialen Problemen“ (Oberwittler 2003, 4) spielt, haben wir den Desintegrationsansatz um die Dimension der räumlichen Desintegration ergänzt (s. Kap. 2.1). Dabei gehen wir davon aus, dass sich auch die Spezifika des unmittelbaren Wohnumfelds bedeutsam für die Erklärung sowohl *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* als auch von Engagementbereitschaft erweisen können. In Anlehnung an Friedrichs und Blasius (2000) unterscheiden wir im Folgenden zwischen: Sozialen Beeinträchtigungen (z.B. Verbundenheit der Nachbarschaft) und materiellen und symbolischen Beeinträchtigungen (Ruf des Viertels, Incivilities, Entwicklung des

Wohnumfeldes). Die Befragten sollten außerdem angeben, wie sie die wirtschaftliche Situation der eigenen Gegend im Vergleich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik insgesamt einschätzen (kollektive relative Deprivation⁷). Auf diese Dimensionen räumlicher Benachteiligung bzw. Desintegration soll im Folgenden eingegangen werden.

Bezogen auf die sozialen Beeinträchtigungen lässt sich für die Dresdener Befragten zunächst festhalten, dass die Mehrzahl sehr zufrieden mit ihrer Nachbarschaft zu sein scheint. So stimmen über zwei Drittel der Befragten in Leuben (68,9%; niedrigster Wert) der Aussage zu, dass sich die Leute gegenseitig helfen, in Pieschen sind es sogar 88,8%. Über drei Viertel der Befragten in Leuben meinen außerdem, dass man den meisten Nachbarn vertrauen kann, was im Vergleich mit den übrigen Ortsämtern den niedrigsten Wert darstellt. Am höchsten ist das Vertrauen gegenüber den Nachbarn hingegen in Blasewitz; hier sind rund 94% der Ansicht, dass man den meisten Nachbarn vertrauen kann.

Bei der Frage, ob die Leute bei der Einrichtung eines neuen Jugendzentrums, bei der es an Geld mangelt, helfen würden eine Lösung für die Einrichtung mit Möbeln und Spielzeug zu finden, gehen die Befragten in der Altstadt von einer sicheren Hilfsbereitschaft von nur 10,4% aus, wohingegen in der Neustadt 40,2% der Auffassung sind, dass sich Leute hierfür einsetzen würden. Wird um die Einschätzung gebeten, ob Leute versuchen würden sich für eine Fußgängerampel an einer unfallreichen Kreuzung einzusetzen steigt die angenommene Engagementbereitschaft: In der Altstadt sind nur rund 36% der Auffassung, dass die Leute sich dafür einsetzen würden, wohingegen in Leuben immerhin 50,8% dieser Auffassung sind.

Dahingegen fallen die Aussagen der Befragten im Hinblick auf die symbolischen bzw. materiellen Beeinträchtigungen zum Teil negativer aus. Die Befragten wurden diesbezüglich gebeten anzugeben, ob sich bestimmte Faktoren, die ein Quartier charakterisieren, verbessert verschlechtert oder nicht verändert haben (vgl. Tabelle 8).

Eine Verschlechterung hinsichtlich der finanziellen Lage der Bewohnerinnen und Bewohner bemerken dabei mit 35,1% die meisten Befragten in der Altstadt und die wenigsten in Loschwitz/Schönfeld-Weißig. Hinsichtlich der beruflichen Situation der Jugendlichen vor Ort fällt die Bewertung in Leuben mit 63% besonders negativ aus; auch in den übrigen Ortsämtern sind es jeweils über 30% die diesbezüglich eine Verschlechterung sehen, am geringsten fällt hier der Wert in Plauen aus (30,4%).

Im Hinblick auf den Einsatz der örtlichen Politiker für das von den Befragten bewohnte Viertel sieht die Bewertung dagegen deutlich positiver aus, hier äußern vor allem die Befragten aus den Ortsämtern Altstadt (20%) und Blasewitz (18,2%) eine Verschlechterung. Hingegen nehmen in Pieschen nur 1,2% der Befragten diesbezüglich eine Verschlechterung wahr.

⁷ „Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage Ihrer Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik insgesamt?“

Tabelle 8: Entwicklung vor Ort

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften
Die allgemeine finanzielle Lage der Bewohner/innen hat sich verschlechtert.	35,1	20,9	19,2	13,7	21,9	25,3	28,4	16,4	25,9
Die berufliche Situation der Jugendlichen hat sich verschlechtert.	49,7	35,6	40,8	32,0	32,7	63,0	35,7	30,4	44,1
Der Einsatz der örtlichen Politiker für das Viertel hat sich verschlechtert.	20,0	9,9	1,2	17,1	18,2	13,9	5,4	12,0	14,3

Anmerkung: Angaben in Prozent.

Weiterhin sollten die Befragten verschiedene Probleme im Wohnumfeld bewerten. Die nachfolgende Auflistung bezieht sich dabei auf die jeweils höchsten Werte hinsichtlich der Verschlechterung im Vergleich der in den Ortsämtern ermittelten Ergebnisse (für die übrigen Werte vgl. Tabelle 9):

Ein ziemliches oder ein großes Problem in Bezug auf...

- ...*Abfall und Sperrmüll auf Bürgersteigen* sehen rund 23,5% der Befragten aus der Neustadt,
- ...*Betrunkene, Drogenabhängige und -dealer* sehen 25,5% der Befragten aus der Neustadt,
- ...*Arbeitslosigkeit* sehen 43,1% der Befragten aus Pieschen,
- ...*den schlechten baulichen Zustand der Häuser* sehen 17,2% der Befragten aus der Altstadt,
- ...*die mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik* sehen 35% der Befragten aus der Neustadt und
- ...*Personen, die andere bedrohen und abziehen*, sehen 15,1% der Befragten aus Cotta und den westlichen Ortschaften.

Neustadt fällt somit bei der Hälfte der angegebenen Probleme mit der schlechtesten Einschätzung der Situation vor Ort auf. Dem Entgegen stehen die Einschätzungen der Befragten aus Loschwitz/Schönfeld-Weißig, hier fallen die Bewertungen bei etwa der Hälfte der abgefragten Probleme im Wohnumfeld (in den Antwortkategorien ein ziemliches oder ein großes Problem) am niedrigsten aus.

Tabelle 9: Probleme im Wohnumfeld

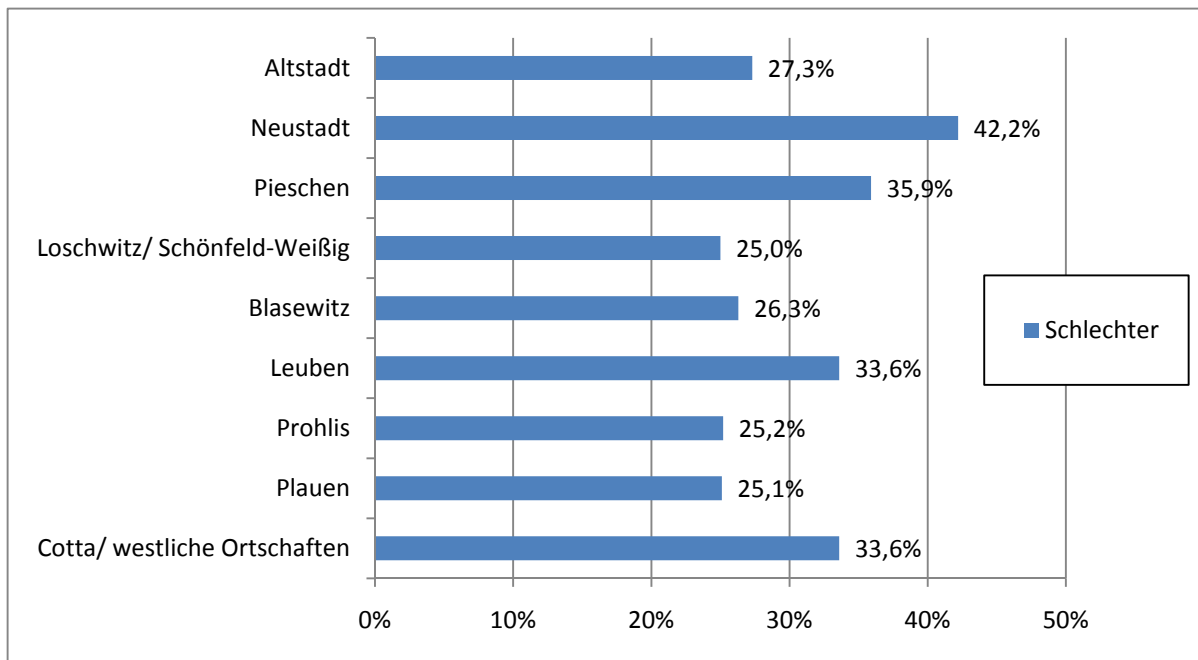
	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften
'Abfall und Sperrmüll, der auf Bürgersteigen und Grünflächen herumliegt'	13,7	23,5	14,8	8,9	8,2	5,7	6,1	5,2	9,5
'Betrunkene, Drogenabhängige und -dealer'	7,8	25,5	12,0	1,2	6,5	8,5	17,1	5,1	12,3
'Arbeitslosigkeit'	37,0	33,7	43,1	13,1	29,2	18,0	42,4	14,4	40,2
'Schlechter baulicher Zustand der Häuser'	17,2	16,1	9,9	7,5	4,8	11,3	2,6	4,3	12,9
'Mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik'	18,5	35,0	22,6	19,0	24,8	17,6	25,0	20,6	29,1
'Personen, die andere bedrohen, "abziehen" oder verprügeln'	11,8	14,3	6,1	0	6,4	12,8	11,3	4,2	15,1

Anmerkung: Angaben in Prozent; angegeben sind die zusammengefassten Werte der Antwortkategorien „ein ziemliches Problem“ und „ein großes Problem“.

Insbesondere die Arbeitslosigkeit sowie die mangelnde Unterstützung der lokalen Politiker werden also von vielen Befragten als zentrale Probleme wahrgenommen.

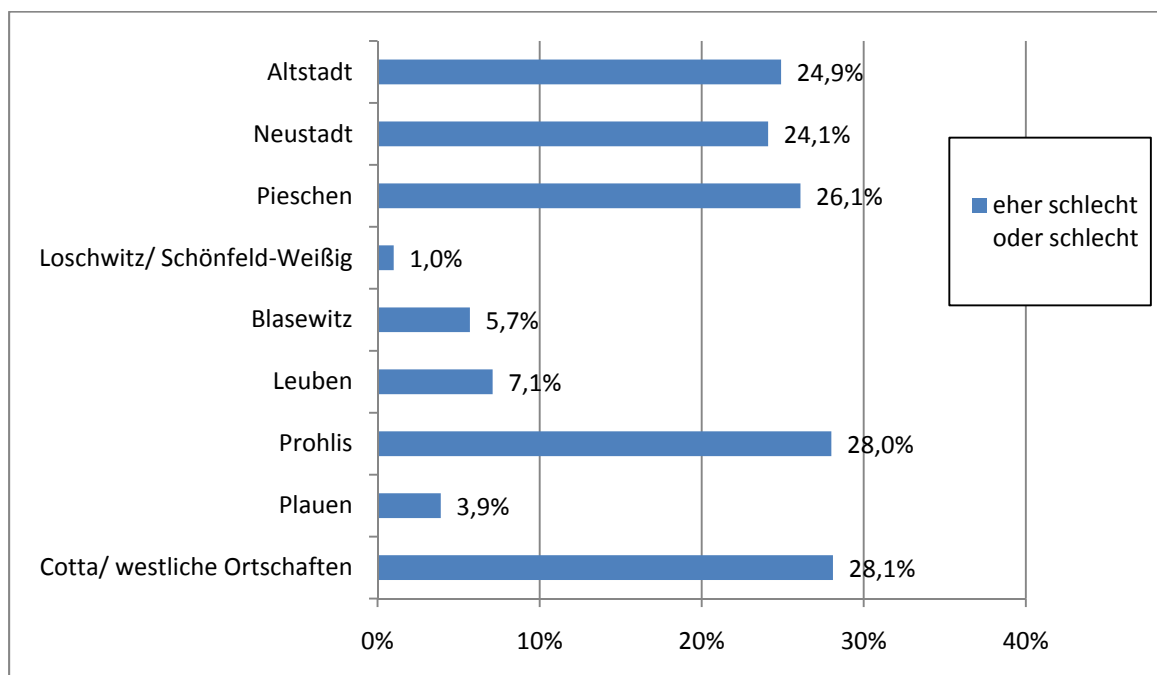
Im Hinblick auf die kollektive relative Deprivation zeigt sich für die Neustädter Substichprobe weiterhin, dass die Befragten die regionale wirtschaftliche Situation ihrer Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage der BRD insgesamt, als weitaus schlechter bewerten (42,2%) als die Probanden aus den anderen Ortsämtern. In Pieschen (35,9%) und Leuben (33,6%) fällt diese Einschätzung jedoch auch eher negativ aus. Am positivsten fällt die Bewertung hingegen mit rund 25% in Loschwitz/Schönfeld-Weißig, Plauen und Prohlis aus (vgl. Abbildung 5), wobei auch hier immerhin ein Viertel der Befragten die lokalen Verhältnisse im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in der BRD als insgesamt schlechter einstuft.

Abbildung 5: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage der BRD insgesamt – Kollektive relative Deprivation



Wird schließlich nach dem Ruf des Wohnviertels gefragt, stimmen die Daten durchaus nachdenklich: 28% der Befragten aus Prohlis und Cotta/Westliche Ortschaften und rund 26% aus Pieschen geben an, in einem Viertel mit einem schlechten oder eher schlechten Ruf zu leben. In Loschwitz/Schönfeld-Weißig liegt die Zahl hingegen bei nur 1% (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Ruf des eigenen Wohngebietes



Des Weiteren haben wir die so genannte „Bürgermeisterfrage“ gestellt, die für die verschiedenen involvierten Akteure von Relevanz ist, denn sie gestattet einen näheren Einblick in die Bedürfnisse und Interessenlagen der Bevölkerung vor Ort. Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Erarbeitung von lokalspezifischen Interventionsstrategien. Die entsprechende Frage lautet: „Stellen Sie sich einmal vor, Sie wären Bürgermeister/in. Was würden Sie als erstes tun?“ Diese Frage wurde ohne Antwortvorgaben gestellt, um der möglichen Bandbreite wichtiger Themen ausreichend Raum zu geben. In Tabelle 10 werden die häufigsten Nennungen wiedergegeben.

Tabelle 10: Priorität potenzieller Engagementbereiche

Bereich	Anzahl Nennungen (in %)*
Erhalt, Förderung und Ausbau von Kindergärten, Schulen und Ämtern (z.B. kostenloses Essen für Schüler, kostenlose Kita-Plätze, Schaffung von Tagesstätten)	17,6
Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Parkplätze, Fahrradwege, Straßensanierung, Stadtbusse)	14,3
Verbesserung der lokalen Infrastruktur (Lebensbedingungen verbessern, Sanierungen, Grünanlagen, Einkaufsmöglichkeiten, Sauberkeit, etc.)	7,9
Veränderung politischer Gremien (personell, strukturell und inhaltlich, Streitschlichtung)	7,5
Förderung von Bürgernähe und direkterem Einfluss auf Politik (Transparenz)	7,0
Verbesserung wirtschaftlicher Infrastruktur, Schaffung von Arbeitsplätzen (Arbeitslosigkeit verringern)	5,7
Verbesserungen in der Arbeit für Kinder (z.B. Spielplätze, Freizeiteinrichtungen ausbauen)	5,3
Verbesserungen in der Jugendarbeit (bessere Perspektiven und Freizeitangebote für Jugendliche schaffen, Jugendzentren, kulturelle Angebote für Jugendliche)	4,4
Mich gegen die Waldschlösschenbrücke engagieren	4,2
Kultur- und Freizeitförderung ausbauen (Schwimmbäder, Theater)	4,0
Recht, Ordnung und Sicherheit	3,5
Soziales allgemein (Senioren, Menschen mit Behinderung, Sozialeleistungen erhöhen, Alleinerziehende, soziales Umfeld unterstützen)	3,3
Mich für die Waldschlösschenbrücke einsetzen	2,4
Gegen Rechtsextremismus vorgehen	2,2

Anmerkung: Insgesamt antworteten auf diese Frage 454 Befragte. Wiedergegeben sind nur die Antwortkategorien die von mindestens 10 Befragten genannt wurden.

Am häufigsten geben die Befragten (17,6%) an, sie würden sich für den Erhalt, die Förderung und den Ausbau von Kindergärten, Schulen und Ämtern einsetzen, beispielsweise für kostenloses Schulessen und den Ausbau von Kindertagesstätten. Ein vergleichsweise hoher Prozentsatz der Antworten bezieht sich auf die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. 14,3% der Befragten sehen hier Handlungsbedarf und würden sich für Parkplätze, Fahrradwege,

Straßensanierung sowie Stadtbusse einsetzen. In diesen beiden Bereichen sehen die Befragten in Dresden somit die dringlichsten Probleme.

Knapp 8% würden als erstes eine Verbesserung der lokalen Infrastruktur oder die Veränderung politischer Gremien anstreben und 7% sprechen sich für mehr Bürgernähe und Transparenz in der Politik aus. Die wirtschaftliche Infrastruktur würden 5,7% verbessern wollen, in aller erster Linie durch das Schaffen neuer Arbeitsplätze und alternative Beschäftigungen für Arbeitslose.

5,3% würden den Einsatz für Kinder verbessern wollen, beispielsweise Spielplätze und Freizeiteinrichtungen ausbauen, während um die 4% sich für eine Verbesserungen in der Jugendarbeit, und für mehr Kultur- und Freizeitförderung einsetzen würden.

3,5% der Befragten würden zuerst Recht, Sicherheit und Ordnung schaffen wollen und 3,3% sehen im ‚Sozialen Bereich‘ im Allgemeinen Aufgaben denen sie sich zu nächst widmen würden.

Den Rechtsextremismus als Problem, das zu erst angegangen werden sollte nennen explizit 2,2% der Befragten. Interessant fällt die Meinungslage zur Waldschlösschenbrücke aus, hier sind 4,2% gegen den Bau und 2,4% würden den Ausbau vorantreiben.

Es folgen die deskriptiven Ergebnisse zu den Variablen der sozio-kulturellen Faktoren und individuellen Interpretationsmuster.

4.1.2 Sozio-kulturelle Faktoren vor Ort und individuelle Interpretationsmuster

Im Vergleich wird die Forderung nach härteren Strafen in Leuben (etwa 75%) am stärksten geäußert und ein härteres Vorgehen gegen Unruhestifter und Außenseiter wird von den Befragten in Prohlis (55,5%) am häufigsten gefordert.

Die allermeisten Befragten sind stolz darauf in ihrem Wohnort zu leben und fühlen sich dort wo sie leben zu Hause. Zwischen 2,9% der Befragten in Pieschen und 24,7% der Befragten in Plauen sehen für sich persönlich keine Perspektive in ihrem Wohnort. Dies ist bemerkenswert, da gerade in Pieschen 26,1% der Befragten, angeben in einem Viertel mit einem schlechten oder eher schlechten Ruf zu leben, wohingegen dies nur auf 3,9% der Befragten aus Plauen zutrifft.

Ein überzogener Traditionalismus findet in den Ortsämtern weite Verbreitung. Gleichzeitig sehen zwischen 13,1% (Cotta/Westliche Ortschaften) und 2,1% (Loschwitz/ Schönfeld-Weißig) der Befragten ihre Freiheiten und Rechte durch die Ausländer bedroht. Eine Bedrohung der wirtschaftlichen Situation durch Ausländer empfinden in Leuben 10,5% der Befragten, während in der Neustadt niemand eine solche Bedrohung wahrnimmt. Der Aussage „*Es leben zu viele Ausländer in unserem Ort*“ stimmen zwischen 18,6% in der Altstadt und 1,5% in Leuben zu.

Werden die Konflikte im Wohnumfeld näher beleuchtet, dann berichten die Befragten in Prohlis das größte Konfliktpotenzial zwischen Jungen und Alten (37,2%) sowie zwischen

Alteingesessenen und Neuhinzugezogenen (32,5%). Zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern nehmen die Befragten in Pieschen die stärksten Konflikte wahr.

Rechtsextremismus wird in den Dresdner Ortsämtern durchaus wahrgenommen, in Plauen ist die Wahrnehmung mit über zwei Drittel am geringsten. Gleichzeitig sind zwischen 10% (Pieschen) und 26,3% (Ortsamt Cotta/Westliche Ortschaften) der Befragten der Ansicht, dass in ihrem Wohnort niemand etwas gegen Rechtsextreme hat; zwischen 20,1% (Neustadt) und 35,8% (Blasewitz) meinen jedoch, dass die Polizei zu wenig gegen den Rechtsextremismus unternimmt. In allen Ortsämtern sind die meisten Befragten der Ansicht, dass rechtsextremistische Aktivitäten von einflussreichen Personen stark abgelehnt werden.

Eine deutliche Verankerung der NPD zeigt sich vor allem in der Altstadt und in Cotta/Westliche Ortschaften. Insgesamt liegt die Zustimmung zu der Aussage „Die NPD ist eine Partei wie jede andere auch“ in allen Ortsämtern über dem Bundesdurchschnitt (im Vergleich mit Befunden von Zick, Küpper, Legge 2009). In Cotta/Westliche Ortschaften wird der NPD zudem die größte Problemlösekompetenz zugeschrieben. Die meisten Erfahrungen mit Rechtsextremisten berichten die Befragten im Ortsamt Neustadt (52,4%). Der Anteil derjenigen die von positiven Erfahrungen mit Rechtsextremisten berichten fällt in Loschwitz/Schönfeld-Weißig mit 28,2% am höchsten aus.

Im theoretischen Teil dieses Berichtes (s. Kap. 2) wurde u.a. die Annahme vertreten, dass die verschiedenen Desintegrationsformen keinen direkten Einfluss auf individuelles Engagement bzw. die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus sowie auf die Verbreitung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* nehmen, sondern über verschiedene Faktoren vermittelt werden. Darunter fallen unter anderem die politische Kultur, aber auch individuelle Einstellungsmuster, gemessen über lokale autoritäre Aggression, Lokalismus, exzessiven bzw. exkludierenden Traditionalismus, Bedrohungswahrnehmungen sowie die Umgangsweisen mit Problemen (insb. dem Rechtsextremismus) vor Ort. Dies gilt im Übrigen auch für Freunde und Bekannte, die in unmittelbarer Nähe leben und die als nächste Bezugspersonen auf die Einstellungen von Individuen einwirken können, und zwar insbesondere dann, wenn innerhalb der Gruppe Meinungshomogenität herrscht. Auch die vor Ort verbrachte Zeit sowie die Wohndauer insgesamt nehmen wir im Hinblick auf individuelle Menschenfeindlichkeit bzw. mangelnde Engagementbereitschaft als vermittelnde Faktoren an. Des Weiteren werden spezifische ortsgebundene Erfahrungsmuster mit in die Analyse eingeschlossen, hierunter fallen insbesondere die individuellen Erfahrungen mit Rechtsextremen sowie die Beurteilung der NPD durch die Befragten. Auf die Verbreitungsgrade der genannten kulturellen und ortsspezifischen Faktoren wird im Folgenden kurz eingegangen.

Wird der Blick zunächst auf die Qualität der politischen Kultur gelenkt, so ist ein wesentlicher Indikator hierfür ein auf Wechselseitigkeit beruhendes Anerkennungsverhältnis zwischen

Lokalpolitik und Bevölkerung, das als Ausdruck einer gelungenen Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalpolitischen Belangen gefasst werden kann. Im Hinblick darauf ist positiv hervorzuheben, dass in jedem Ortsamt mehr als die Hälfte der Befragten (zwischen 53,8% in der Altstadt und um die 73% in Plauen sowie Loschwitz/Schönfeld-Weißig) eher oder voll und ganz der Aussage zustimmt, dass die Bevölkerung viel darüber nachdenkt und diskutiert, wie Dinge vor Ort verbessert werden können.

Der lokalen autoritären Aggression liegt implizit die Forderung nach starker Führung zu Grunde. Die Ursprungstexte wurden in Anlehnung an Altemeyer (1988; siehe auch Petzel et al. 1997) entwickelt. Für den hier dokumentierten Forschungszusammenhang wurde ausschließlich die Dimension autoritäre Aggression berücksichtigt, die entsprechenden Aussagen wurden wie folgt an lokalspezifische Begebenheiten angepasst: *„Verbrechen, die hier bei uns geschehen, sollten härter bestraft werden“* sowie *„Um Recht und Ordnung in unserem Ort zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“* (vgl. auch Heitmeyer/Heyder 2003). Dabei gehen die Meinungen zwischen den Ortsämtern weit auseinander. Im Ortsamt Neustadt stimmen rund 43% der Aussage zu, Verbrechen sollten härter bestraft werden, wohingegen es in Leuben knapp über 75% sind. Ähnlich weit liegen die Meinungen bei der zweiten Aussage auseinander: In Neustadt stimmen nur knapp 27% der Aussage zu man sollte härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen, in Prohlis sind es hingegen 55,5% der Befragten.

Lokalismus⁸ bezieht sich auf die lokale Verbundenheit. Hier wird die Zustimmung zu bzw. die Ablehnung von vier Aussagen erfasst, welche die Bewertung, das Heimatgefühl für und die Zukunftsperspektive in der eigenen Wohngegend abbilden. In Bezug auf die lokale Verbundenheit zeigt sich eine vergleichbar hohe Zustimmung. Trotz der in einiger Hinsicht doch deutlich negativ perzipierten Entwicklung in den Ortsämtern trifft auf mindestens zwei Drittel (von 66,6% in Leuben bis zu 90,4% in Plauen) der Befragten die Aussage eher oder voll und ganz zu, dass sie stolz darauf sind in ihrem Wohnort zu leben. Die allermeisten Befragten (zwischen 87,5% in Neustadt und 100% in Pieschen) stimmen der Aussage *„Ich fühle mich hier zu Hause“* eher oder voll und ganz zu. Gleichzeitig berichten mit Ausnahme der Befragten in Prohlis (20,1%) weniger als 20% der Befragten, dass sie ihre Gegend ziemlich langweilig finden (am geringsten fällt der Anteil mit 8% in Blasewitz aus). Und für insgesamt nur 2,9% der Befragten in Pieschen, aber für 24,7% der Befragten in Plauen trifft die Aussage eher oder voll und ganz zu, dass sie für sich persönlich keine Perspektive in ihrem Wohnort sehen.

Unter überzogenem Traditionalismus verstehen wir eine weltanschauliche Haltung, die sich aus der Kombination der Befürwortung der Aussage, dass Traditionen mehr gepflegt werden sollten, und der Meinung, dass die Gegend vor Überfremdung zu schützen sei, zusammensetzt. Wir erwarten, dass insbesondere Personen, die beiden Aussagen eher oder voll und ganz zustimmen (rigide Traditionalisten) fremdenfeindlicher sind und ein Engagement gegen Rechtsextremismus

⁸ *„Ich bin stolz darauf, hier zu leben.“/ „Ich fühle mich hier zu Hause.“/ „Meine Gegend finde ich ziemlich langweilig.“/ „Ich sehe für mich keine Perspektive in meinem Wohnort.“*

eher ablehnen. Es zeigt sich, dass überzogener Traditionalismus weite Verbreitung findet: Zwischen knapp 50% (Neustadt) und rund 70% (Plauen) der Befragten stimmen der Aussage *„Die Traditionen unserer Heimat sollten wieder mehr gepflegt werden“* eher oder voll und ganz zu. Zwischen 22,2% (Neustadt und Leuben) und 33,7% (Altstadt) stimmen der Aussage *„Wir sollten unsere Gegend vor Überfremdung schützen“* eher oder voll und ganz zu.

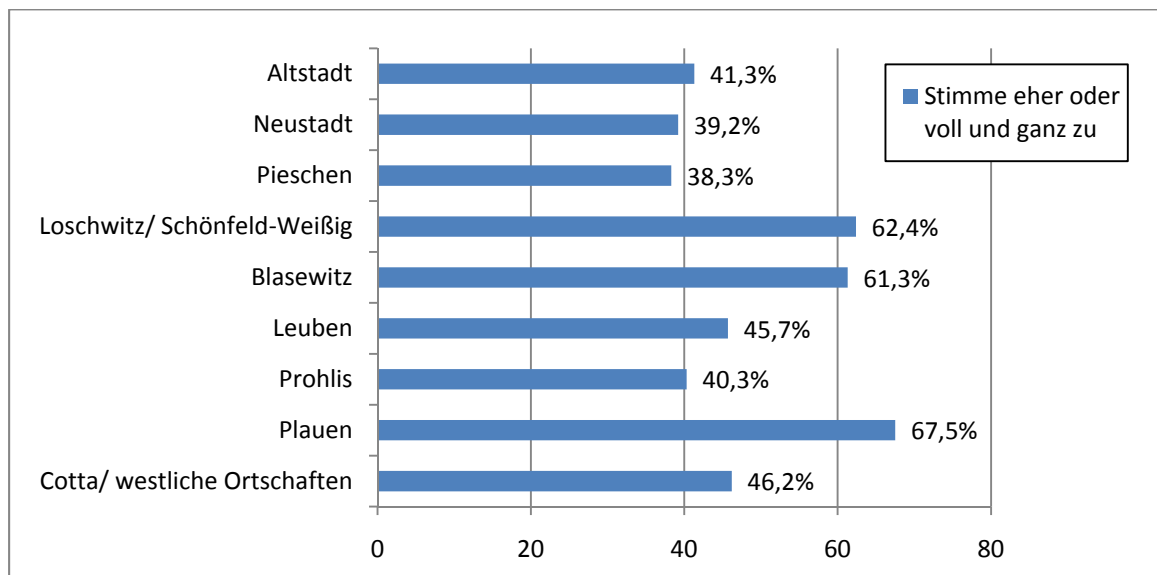
Weiterhin wurde in der Befragung das Ausmaß der wahrgenommenen Bedrohung durch die Gruppe der Ausländer erfasst. Zwischen 13,1% (Cotta/Westliche Ortschaften) und 2,1% (Loschwitz/Schönfeld-Weißig) der Befragten sehen durch die Ausländer ihre Freiheiten und Rechte bedroht. In Leuben sehen 10,5% die wirtschaftliche Situation durch Ausländer bedroht, wohingegen diese in der Neustadt von keinem der Befragten als bedroht wahrgenommen wird. Der Aussage *„Es leben zu viele Ausländer in unserem Ort“* stimmen in der Altstadt 18,6%, in Leuben hingegen nur 1,5% der Befragten zu.

Des Weiteren wurde nach möglichen Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen (Alt und Jung, Neue und Alteingesessene sowie Deutsche und Ausländer) im Wohnumfeld gefragt.⁹ Zwischen Jungen und Alten sehen 17,3% in Loschwitz/ Schönfeld-Weißig und 37,2% in Prohlis Probleme. Etwas geringer ist der Anteil von Personen, die Konflikte zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern wahrnimmt, hier sind es zwischen 3,9% der Blasewitzer Befragten und 27,6% der in Pieschen Befragten, die Probleme wahrnehmen. In Bezug auf mögliche Probleme zwischen Neuhinzugekommenen und Alteingesessenen sehen zwischen 11,1% der Blasewitzer und 32,5% der in Prohlis Befragten ein Konfliktpotential.

Ob sich jemand gegen Rechtsextremismus engagiert, hängt nicht zuletzt von der Problemdeutungs- und Umgangskultur mit dem Rechtsextremismus vor Ort ab. Es ist davon auszugehen, dass eine öffentliche Auseinandersetzung mit und ein damit verbundenes Eintreten gegen den Rechtsextremismus von wichtigen Akteuren vor Ort auch die Einstellungs- und Verhaltensmuster der Bewohner selbst beeinflusst bzw. beeinflussen kann. Im Rahmen der Befragung wurde diesbezüglich eine Reihe von Fragen zum (wahrgenommenen) Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus berücksichtigt. Zunächst wurde jedoch danach gefragt, ob Rechtsextremismus im eigenen Wohnort überhaupt wahrgenommen wird (vgl. Abbildung 7).

⁹ Die ersten beiden Items zur Erfassung der Probleme im Wohnumfeld wurden in Anlehnung an das Instrument *„Soziale Gerechtigkeit – Internationale sozialwissenschaftliche Umfrage 2000“* (2000, 70) generiert; das dritte Item, das explizit die Wahrnehmung ethnischer Konflikte thematisiert, wurde von diesen Beispielen ausgehend neu entwickelt und erstmalig in der Befragung *„Öffentliche Gewalt im Stadtquartier“* verwendet (vgl. Heitmeyer/Thome/Kock/Marth/Schroth/van de Wetering 2011).

Abbildung 7: In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus

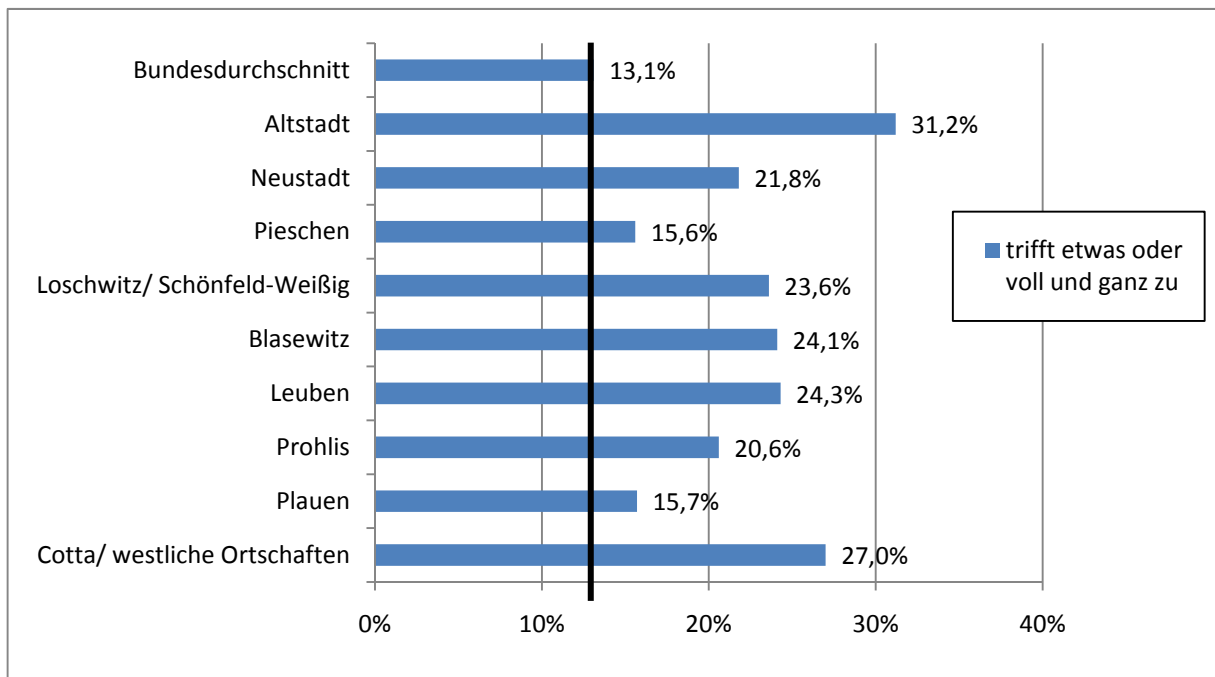


Die geringste Wahrnehmung von Rechtsextremismus zeigt sich in Plauen, etwas mehr als zwei Drittel der Befragten stimmen hier der Aussage „In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus“ zu. Am deutlichsten scheint die Wahrnehmung von Rechtsextremismus in Pieschen zu sein, hier stimmen nur 38,3% der Befragten der gleichen Aussage zu. Mit Ausnahme von Loschwitz/Schönefeld-Weißig, Blasewitz und Plauen liegt die Zustimmung zu dieser Aussage in den Ortsämtern jedoch stets deutlich unter 50%.

Gleichzeitig stimmen zwischen 10% in Pieschen und rund 26,3% der Befragten im Ortsamt Cotta/ westliche Ortschaften der Aussage „In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextreme“ zu. Weiterhin sind von 20,1% der Befragten in Neustadt bis hin zu 35,8% in Blasewitz der Ansicht, dass die Polizei zu wenig gegen den Rechtsextremismus unternehme. Zwischen 69% (Altstadt) und knapp 93% (Loschwitz/ Schönfeld-Weißig) der Befragten sind der Ansicht, dass rechtsextremistische Aktivitäten von einflussreichen Personen stark abgelehnt werden.

Schließlich wurde nach der lokalen Verankerung der NPD gefragt und danach, ob schon einmal Erfahrungen mit Rechtsextremisten gemacht wurden und, wenn ja, welcher Art diese Erfahrungen waren. Hinweise auf die lokale Verankerung und Normalisierung der NPD liefern die Zustimmungswerte der Befragten zu den beiden Aussagen „Die NPD ist eine Partei wie jede andere auch“ und „Die NPD bietet Lösungen für die Probleme bei uns im Ort“ (vgl. Abbildung 8 und Abbildung 9).

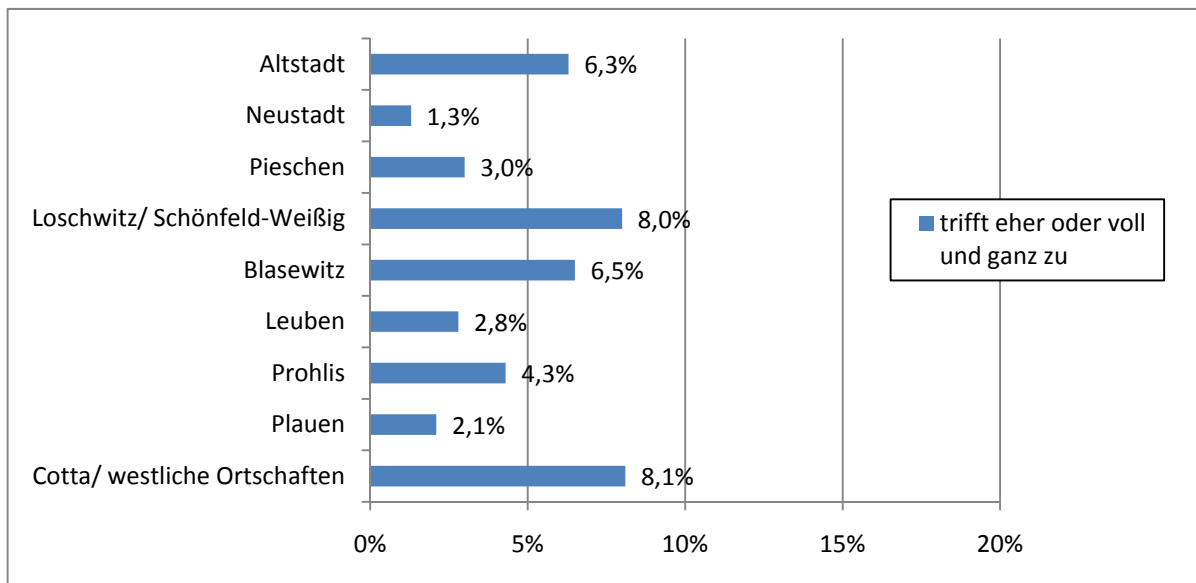
Abbildung 8: Verbreitungsgrade „Die NPD ist eine Partei wie jede andere auch.“



Am auffälligsten sind die Zustimmungswerte in der Altstadt und Cotta/Westliche Ortschaften: Dort sind 31,2% bzw. 27% der Befragten eher oder voll und ganz der Ansicht, dass die NPD eine Partei wie jede andere auch sei. In den Ortsämtern Plauen und Pieschen fällt die Zustimmung mit jeweils rund 16% am geringsten aus. Dies ist durchaus problematisch, da die Zustimmungswerte in allen untersuchten Dresdener Ortsämtern im Vergleich mit den Ergebnissen von Zick, Küpper und Legge (2009) höher ausfallen als im Bundesdurchschnitt. Insgesamt ist hier ein hoher Grad der Normalisierung der NPD zu attestieren. Dieser vorangeschrittenen Normalisierung der NPD gilt es entgegenzuwirken. Insbesondere vor dem Hintergrund der Ergebnisse von Marth, Grau und Legge (2010), die den verstärkenden Einfluss einer als normale Partei angesehenen NPD auf Fremdenfeindlichkeit zeigen konnten, ist dies ein zentrales lokales Handlungsfeld.

Der zweiten Aussage die NPD helfe bei der Lösung von Problemen vor Ort stimmten zwischen 1,3% (der in der Neustadt Befragten) und 8,1% (der in Cotta/Westliche Ortschaften Befragten) eher oder voll und ganz zu (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Zustimmungswerte „Die NPD hilft, Probleme vor Ort zu lösen.“



Die persönlichen Erfahrungen mit Rechtsextremen wurden über zwei Fragen erhoben. Die erste zielt darauf ab, ob überhaupt schon Erfahrungen mit dieser Gruppe gemacht wurden. Die wenigsten Erfahrungen mit Rechtsextremen wurden in Blasewitz (13,4%) und Leuben (13,6%) gemacht; die meisten Erfahrungen berichten Befragte aus dem Ortsamt Neustadt: Hier geben über die Hälfte der Befragten (52,4%) an schon einmal Erfahrungen mit Rechtsextremisten gemacht zu haben. In der zweiten Frage ging es darum zu erfahren, wie diese Erfahrungen bewertet werden. Die Befragten hatten die Möglichkeit diese Erfahrungen von sehr negativ – eher negativ – teils/teils – eher positiv bis sehr positiv zu beurteilen. Die Auswertungen zeigen, dass von denjenigen, die über Erfahrungen mit Rechtsextremisten verfügen, in allen Ortsämtern über 71% Befragten diese als sehr oder eher negativ einstufen; in Blasewitz werden die Erfahrungen sogar von allen Befragten als eher oder sehr negativ bewertet.

Des Weiteren sind zwischen rund 5% der in der Altstadt Befragten und 26% der in Prohlis Befragten eher unentschlossen in der Beurteilung. Somit berichten in Dresden nur die Befragten von fünf der untersuchten Ortsämter überhaupt über positive Erfahrungen. Davon berichten allerdings rund 28%, also mehr als ein Viertel der Befragten in Loschwitz/Schönfeld-Weißig, dass diese Erfahrungen eher oder sehr positiv verlaufen seien (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Art der Erfahrungen mit Rechtsextremisten

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften
... eher oder sehr negativ	90,2	87,8	80,5	71,8	100	89,3	74,0	88,7	85,1
... teils/teils	4,9	7,9	13,2	0	0	10,7	26,0	11,3	8,8
... eher oder sehr positiv	4,9	4,3	6,3	28,2	0	0	0	0	6,1

Anmerkung: Angaben in Prozent.

4.1.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Durch die Erhebung von Einstellungen der Bevölkerung gegenüber sozial schwachen Gruppen lassen sich detaillierte Informationen über das soziale Klima in einem Sozialraum gewinnen. Angelehnt an das Langzeitprojekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, das auf Bundesebene repräsentativ ist, wurden in der vorliegenden Studie Einstellungen gegenüber insgesamt zehn verschiedenen Gruppen erhoben (für einen Überblick s. Heitmeyer 2002-2010). Fokussiert werden in diesem Zusammenhang im Einzelnen rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, sexistische, und islamophobe Einstellungen sowie ablehnende Einstellungen gegenüber behinderten, obdachlosen, homosexuellen und langzeitarbeitslosen Menschen und Etabliertenvorrechte (als generell ablehnende Einstellung gegenüber neuen Gruppen).

Die Zustimmungsprozente zu den einzelnen Aussagen des Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* werden in Tabelle 12 wiedergegeben.

Wichtige Anmerkung:

Absolute Vergleiche zwischen den einzelnen GMF-Elementen, wie z.B. Fremdenfeindlichkeit ist insgesamt geringer als Antisemitismus, sind nicht geboten, da u.a. die Aussagen zur Erfassung der GMF unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind.

Relative Vergleiche hingegen, wie z.B. Befragte aus dem Sozialraum X stimmen den antisemitischen Aussagen stärker zu als die Befragten aus dem Sozialraum Y, sind zulässig.

Tabelle 12: Zustimmung zu den Einzelindikatoren der GMF-Elemente

<i>Stimme eher oder voll und ganz zu...</i>	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld-Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ westliche Ortschaften	Sachsen (2006-2010; n=1007)
Rassismus										
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	28,7	***	**	**	***	16,6	16,6	18,6	**	19,9
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	*	**	***		**	7,3	11,1	10,6	***	11,2
Fremdenfeindlichkeit										
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	***	***	***	***	***	***	***	***	***	51,5
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	***	***	***	**	***	***	***	***	***	28,4
Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.	***	***	***	**	***	**	***	***	***	54,2
Antisemitismus										
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluß.	11,8	***	***		***	**	*	***	**	13,6
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	*	*			***	***	**		*	7,4
Homophobie										
Homosexualität ist unmoralisch.	*	***	***		**			**	***	15,3
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein. <i>(Für diese Aussage wird nicht die Zustimmung sondern die Ablehnung erfasst, zusammengefasst sind die Antwortmöglichkeiten stimme eher nicht oder überhaupt nicht zu)</i>	25,7	***	*						**	26,1
Abwertung von Obdachlosen										
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	*	***	**		*		**	***	*	24,5
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	44,9	*								40,7
Abwertung von Behinderten										
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	***	***	***	***	***	***	**	***	***	6,7
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	***	***	***	***	***	***	*	***	***	4,8
Islamophobie										
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	*	***	***	**	***	**	***	***	***	27,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	***	***	***	***	***	***	***	***	***	28,5
Etabliertenvorrechte										
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	*			***			*			52,4
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	**	**			**		*	*	*	31,5

Stimme eher oder voll und ganz zu...	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld-Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ westliche Ortschaften	Sachsen (2006-2010; n=1007)	
Sexismus											
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	** 13,3	*** 5,3	*** 7,0	*** 8,7	*** 10,1	** 7,9		* 19,0	*** 14,7	*** 3,9	15,5
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	*** 7,1	*** 1,6	*** 3,7	*** 3,9	*** 7,1	** 7,4	*** 5,9	** 5,6	*** 4,9		9,8
Abwertung von Langzeitarbeitslosen^a											
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.		* 36,0			** 25,6			*			36,4
Wer nach längerer Arbeitslosigkeit keine Stelle findet, ist selber schuld.		* 20,6			** 17,0			*			19,8

Anmerkung: Angaben in Prozent. Die durchschnittlichen Werte für Sachsen stammen aus den Zusammengefassten Surveys der Jahre 2006-2010 des Projektes *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. Die Mittelwertunterschiede zwischen den Zustimmungswerten der Dresdner Ortsämter und den sächsischen Durchschnittswerten wurden mit Hilfe des Einstichproben-t-Test berechnet. Angegeben sind die signifikanten Mittelwertunterschiede, die Gruppen unterscheiden sich auf dem 0,1%-Niveau***, auf dem 1%-Niveau** oder auf dem 5%-Niveau*; ^aDiese Aussagen wurden im GMF-Survey 2006 nicht erhoben, für den durchschnittlichen Wert in Sachsen gilt für diese Aussagen n=797.

In Tabelle 12 zeigt sich, dass im Ortsamt Altstadt die Zustimmung zu den Rassismus-Indikatoren im Vergleich mit den anderen Ortsämtern die stärkste Zustimmung finden. Insbesondere die Meinung, dass Aussiedler wegen ihrer deutschen Abstammung besser gestellt werden sollten als Ausländer scheint in der Altstadt stark vertreten zu sein: über ein Viertel der Befragten stimmt dieser Aussage eher oder voll und ganz zu. Damit unterscheidet sich dieses Ortsamt deutlich von den anderen hier untersuchten Ortsämtern und vor allem vom Ortsamt Neustadt, in welchem nur 3% der Befragten diese Ansicht teilen. Die Zustimmung in Neustadt liegt hier signifikant unter dem sächsischen Durchschnitt von 19,9%, während sich der Wert im Ortsamt Altstadt nicht signifikant vom Durchschnitt unterscheidet. Auch dass die Weißen zu Recht führend in der Welt seien, findet im Ortsamt Altstadt mit immerhin 13% vergleichsweise die stärkste Zustimmung, damit liegt die Zustimmung zu dieser Aussage signifikant über dem sächsischen Durchschnitt von 11,2%. Die geringste Zustimmung zu dieser rassistischen Aussage findet sich mit 1,9% in Pieschen, dieser Wert liegt signifikant unter der durchschnittlichen Zustimmung zu dieser Aussage in Sachsen.

Werden die Zustimmungen zu den Fremdenfeindlichkeits-Indikatoren betrachtet, so fällt zunächst auf, dass insbesondere die beiden Aussagen „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ und „Die Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz“ in allen Ortsämtern deutliche Zustimmung finden.

Im Ortsamtvergleich zeigt sich, dass alle drei Aussagen im Ortsamt Neustadt deutlich geringere Zustimmung finden als in den anderen Ortsämtern: 13,7% sind hier eher oder voll und ganz der Ansicht, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben. In den übrigen Ortsämtern liegt die Zustimmung zu dieser Aussage stets über 20%, am stärksten wird dieser Aussage mit 33,6% in Plauen zugestimmt. Ausländer wieder in ihre Heimat zurückzuschicken, wenn Arbeitsplätze

knapp werden, halten im Ortsamt Neustadt mit 6,6% vergleichsweise die wenigsten Befragten für angebracht. Auch hier weist Plauen mit 19,1% den höchsten Wert auf. Dem Vorurteil, Ausländer seien eine Belastung für das soziale Netz stimmen im Ortsamt Neustadt mit 16,1% ebenfalls die wenigsten Befragten zu. Alle anderen Ortsämter weisen hier Zustimmungswerte von über 25% auf. Die stärkste Zustimmung zu diesem Vorurteil findet sich mit 38% in Leuben.

Trotz der teilweise deutlichen Zustimmung liegen die Werte in den Dresdner Ortsämtern stets signifikant unter den durchschnittlichen Werten für Sachsen, die für alle drei Aussagen erschreckend hoch ausfallen. So stimmt der Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ jeder zweite sächsische Befragte eher oder voll und ganz zu, über ein Viertel ist der Meinung dass die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück geschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden und dem Vorurteil Ausländer seien eine Belastung für das soziale Netz stimmt im Durchschnitt über die Hälfte der Befragten in Sachsen zu.

Der antisemitischen Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ stimmen in den Ortsämtern Neustadt und Plauen mit je 2,4% die wenigsten Befragten zu, der höchste Wert zeigt sich hier im Ortsamt Altstadt mit 11,8%. Die zweite Aussage zum Antisemitismus „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig“ findet in Loschwitz/Schönfeld-Weißig (11,3%) die Stärkste und in Leuben (2,4%) die schwächste Zustimmung. Im Vergleich zum sächsischen Durchschnitt, mit 13,6% Zustimmung für die erste und 7,4% für die zweite Aussage, sind die im Ortsamtsvergleich niedrigsten Werte somit stets signifikant geringer, während die höchsten Werte sich nicht signifikant unterscheiden.

Dass Homosexualität unmoralisch sei denken offenbar eher wenige der Befragten. Die stärkste Zustimmung zu dieser Aussage findet sich mit 17,4% in Loschwitz/Schönfeld-Weißig und die geringste Zustimmung mit 3,4% im Ortsamt Neustadt. Dennoch sehen verhältnismäßig viele Befragte Ehen zwischen homosexuellen Paaren skeptisch. Mit Ausnahme der Ortsämter Neustadt (9,2%) und Cotta/Westliche Ortschaften (11,2%) sprechen sich stets über 20% der Befragten für ein Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen aus. Die stärkste Ablehnung von homosexuellen Ehen zeigt sich in Leuben (28,3%). Damit liegen die Zustimmungswerte zu den Homophoben Aussagen im Ortsamt Neustadt signifikant unter dem sächsischen Durchschnitt, während sich die im Ortsamtsvergleich höchsten Zustimmungen nicht signifikant vom Durchschnitt unterscheiden.

Die Abwertung von Obdachlosen ist in allen Ortsämtern verhältnismäßig stark ausgeprägt.

In Neustadt sind mit 10,9% die wenigsten Befragten der Ansicht, dass die meisten Obdachlosen arbeitsscheu seien; am stärksten ist diese Vorstellung mit 21,1% in Cotta/Westliche Ortschaften verbreitet. Beide Werte liegen signifikant unter dem sächsischen Durchschnitt (24,5%).

Insbesondere die Forderung Obdachlose aus den Fußgängerzonen zu entfernen findet stets starke Zustimmung. Mit immerhin 29,4% zeigt sich auch hier die deutlich geringste Zustimmung im Ortsamt Neustadt. Damit unterscheidet sich Neustadt als einziges Ortsamt signifikant vom sächsischen Durchschnitt (40,7%) im Hinblick auf diese Aussage. In allen übrigen Ortsämtern

liegt die Zustimmung zu dieser Aussage bei über 38% und es zeigt sich kein signifikanter Unterschied zum sächsischen Durchschnitt. Den höchsten Wert weist Blasewitz auf, über die Hälfte der Befragten spricht sich hier für die Ausgrenzung einer der schwächsten Gruppen der Gesellschaft aus.

Abwertende Einstellungen gegenüber behinderten Menschen sind in den Ortsämtern nur schwach ausgeprägt. Dieses GMF-Element ist das einzige, welches in den Ortsämtern teilweise gar keine Zustimmung findet. So wird beiden Aussagen in Pieschen und Loschwitz/Schönfeld-Weißig nicht zugestimmt und die Aussage „Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben“ findet zusätzlich in Neustadt und Leuben keinerlei Zustimmung. Vor diesem Hintergrund sind jedoch die Werte im Ortsamt Prohlis auffallend. Hier stimmen beiden Aussagen die meisten Befragten zu: 6% der Befragten in Prohlis sind eher oder voll und ganz der Meinung, dass für Behinderte zu viel Aufwand betrieben wird und 9,6% finden, dass Behinderte zu viele Vergünstigungen erhalten, damit liegt der Zustimmungswert zur zweiten Aussage in Prohlis als einziger signifikant über dem sächsischen Durchschnitt (4,8%). Alle anderen Zustimmungswerte in den Ortsämtern verbleiben signifikant unter den Durchschnittswerten für Sachsen.

Werden die Indikatoren zur Messung der Islamophobie betrachtet, fällt vor allem das Ortsamt Altstadt auf, hier sind mit deutlichem Abstand die meisten Befragten dafür Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen, über ein Viertel der Befragten stimmt eher oder voll und ganz zu, in Neustadt fällt der Zustimmungswert mit 8,1% am geringsten aus. Bezüglich des Gefühls auf Grund der vielen Muslime ein Fremder im eigenen Land zu sein, sind die Unterschiede in den Ortsämtern nicht so deutlich ausgeprägt, sie liegen zwischen 13% in Pieschen und 6,1% in Plauen. Die Zustimmung zu den Islamophobie-Indikatoren liegt in den Dresdner Ortsämtern stets signifikant unter der durchschnittlichen Zustimmung in Sachsen.

Etabliertenvorrechte werden insgesamt deutlich eingefordert. Insbesondere der Aussage „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ wird stets stark und durchschnittlich von jedem zweiten sächsischen Befragten zugestimmt. Mit 80,2% fällt die Zustimmung zu dieser Aussage in Loschwitz/Schönfeld-Weißig extrem hoch und signifikant höher als in Sachsen durchschnittlich aus. Die geringste Zustimmung findet sich im Ortsamt Neustadt, mit 45,8% unterscheidet sich die Zustimmung hier nicht signifikant vom sächsischen Durchschnitt. Dass Hinzugezogene weniger Rechte haben sollten als Alteingesessene findet deutlich weniger Zustimmung als die erste Aussage, jedoch befürwortet auch diese Aussage stets über ein Fünftel der Befragten. Am meisten Zuspruch findet sich diesbezüglich in Pieschen (36,7%) und am wenigsten in Neustadt (20,2%), damit unterscheidet sich die Zustimmung in Pieschen nicht signifikant vom sächsischen Durchschnitt (31,5%), während sie in Neustadt signifikant darunter liegt.

Im Hinblick auf die Sexismus-Indikatoren zeigt sich, dass im Ortsamtsvergleich insbesondere in Prohlis Vorstellungen eines traditionellen Rollenbildes zu finden sind, 19% der Befragten sind hier eher oder voll und ganz der Ansicht, dass sich Frauen wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen sollten, während in Cotta/Westliche Ortschaften mit 3,9% deutlich weniger

Befragte diese Ansicht teilen. Prohlis ist somit das einzige Ortsamt, welches sich bezüglich dieser Aussage nicht signifikant vom sächsischen Durchschnitt (15,5%) unterscheidet. Dass es für eine Frau wichtiger sei als Karrierehelferin für ihren Mann zu fungieren, als selber Karriere zu machen, sehen etwas weniger Befragte als zutreffend an. Die stärkste Zustimmung findet sich dazu im Ortsamt Leuben mit 7,4% und am wenigsten dieser Meinung sind die Befragten im Ortsamt Neustadt mit nur 1,6%. Hier liegt der durchschnittliche Zustimmungswert für Sachsen bei 9,8% und somit signifikant über allen Zustimmungswerten in den Dresdner Ortsämtern.

Die Abwertung von langzeitarbeitslosen Menschen fällt wiederum hoch aus. Insbesondere die Vorstellung Langzeitarbeitslose seien nicht wirklich daran interessiert einen Job zu finden ist in allen Ortsämtern stark verbreitet. Mit 38,6% zeigt sich die stärkste und vom sächsischen Durchschnitt (36,4%) nicht signifikant verschiedene Zustimmung in Cotta/Westliche Ortschaften. Die geringste Zustimmung zu dieser Aussage findet sich in Plauen: Mit immerhin 23% liegt die Zustimmung hier signifikant unter dem Durchschnittswert für Sachsen. In Loschwitz/Schönfeld-Weißig sind mit 13,2% die wenigsten Befragten der Meinung, dass jemand der nach längerer Arbeitslosigkeit keine neue Stelle findet selber schuld sei. Die stärkste Zustimmung erfährt diese Aussage mit 23,3% in Pieschen, während sich Pieschen demnach nicht signifikant vom sächsischen Durchschnitt (19,8%) unterscheidet bleibt die Zustimmung in Loschwitz/Schönfeld-Weißig signifikant darunter.

Insgesamt fallen in allen Ortsämtern Fremdenfeindlichkeit sowie abwertende Einstellungen gegenüber Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen hoch aus und auch Etabliertenvorrechte werden stets stark eingefordert. Im Vergleich der Ortsämter fällt auf, dass die Rassismus-Indikatoren im Ortsamt Altstadt deutlich mehr Zustimmung erfahren, als in den übrigen Ortsämtern und die Zustimmung zu den homophoben Aussagen im Ortsamt Loschwitz/Schönfeld-Weißig am höchsten ausfallen. In Prohlis wird den Aussagen zur Abwertung behinderter Menschen am stärksten zugestimmt. Insbesondere positiv fällt das Ortsamt Neustadt auf, hier fällt die Zustimmung zu den Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Obdachlosenabwertung, Behindertenabwertung und Einforderung von Etabliertenvorrechten am geringsten aus, zudem liegen die Zustimmungswerte in Neustadt meist signifikant unter dem sächsischen Durchschnitt.

Weiter zeigt sich positiv, dass in Pieschen keine abwertenden Einstellungen gegenüber behinderten Menschen geäußert werden. Im Vergleich mit den durchschnittlichen Zustimmungswerten in Sachsen zeigt sich, dass die meisten Zustimmungswerte in den Ortsämtern signifikant unter dem sächsischen Durchschnitt liegen. Auffallend ist dies bei den Aussagen zur Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Abwertung von Behinderten und zum Sexismus. Nur zu wenigen Aussagen fallen die Zustimmungen in verschiedenen Ortsämtern signifikant höher aus als im sächsischen Durchschnitt. Dies ist der Fall für die Aussage „Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen“ in Prohlis sowie für die Aussage zur Einforderung von Etablierten-vorrechten „Wer irgendwo neu ist sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ in den Ortsämtern Altstadt, Loschwitz/Schönfeld-Weißig und Prohlis.

4.1.4 Engagementpotential

Unabhängig von aktuell bereits vorhandenen Mitgliedschaften als Indikator für politische Integration sowie als Hinweis auf eine aktive Bürgergesellschaft wurden die Dresdener auch gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, sich in einem bestimmten Bereich aktiv zu engagieren.

Die meisten Personen die bereits Mitglied in einem Verein oder ähnlichem sind und darüber hinaus Engagementbereitschaft angeben, finden sich dabei mit 84,2% im Ortsamtsbereich der Neustadt. Allerdings ist dort die Bereitschaft zu einem aktiven Engagement bei Personen ohne Mitgliedschaft mit nur 31,3% auch am geringsten. In Pieschen hingegen sind die Personen ohne Mitgliedschaft aktuell eher bereit sich zu engagieren (53,6%), als die Befragten mit einer bestehenden Mitgliedschaft (42,3%). Die Engagementbereitschaft bei Personen ohne Vereinszugehörigkeit ist, außer in Plauen, in der Regel geringer als bei Personen die bereits Mitglied in einem Verein, einer Organisationen oder ähnlichem sind. Der Anteil derjenigen ohne aktuelle Mitgliedschaft, die Engagementbereitschaft äußern, ist mit immerhin 54% in Blasewitz am höchsten.

Tabelle 13: Engagementpotential bei Dresdener Befragten

	Mitgliedschaft (in Vereinen, etc.)	Aktuelle Engagementbereitschaft	Aktuelle Engagementbereitschaft
		NEIN	JA
Altstadt	NEIN	58,1%	41,9%
	JA	50%	50%
Neustadt	NEIN	68,8%	31,3%
	JA	15,8%	84,2%
Pieschen	NEIN	46,4%	53,6%
	JA	57,7%	42,3%
Loschwitz/ Schönfeld-Weißig	NEIN	64,7%	35,3%
	JA	50%	50%
Blasewitz	NEIN	46%	54%
	JA	43,5%	56,5%
Leuben	NEIN	64,3%	35,7%
	JA	16,7%	83,3%
Prohlis	NEIN	59,2%	40,8%
	JA	41,4%	58,6%
Plauen	NEIN	50%	50%
	JA	53,3%	46,7%
Cotta/Westliche Ortschaften	NEIN	60%	40%
	JA	48,4%	51,6%

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, in welchem Bereich sie sich ein Engagement vorstellen könnten. Die am häufigsten genannten Bereiche sind in Tabelle 14 wiedergegeben.

Tabelle 14: Potenzielle Engagementbereiche

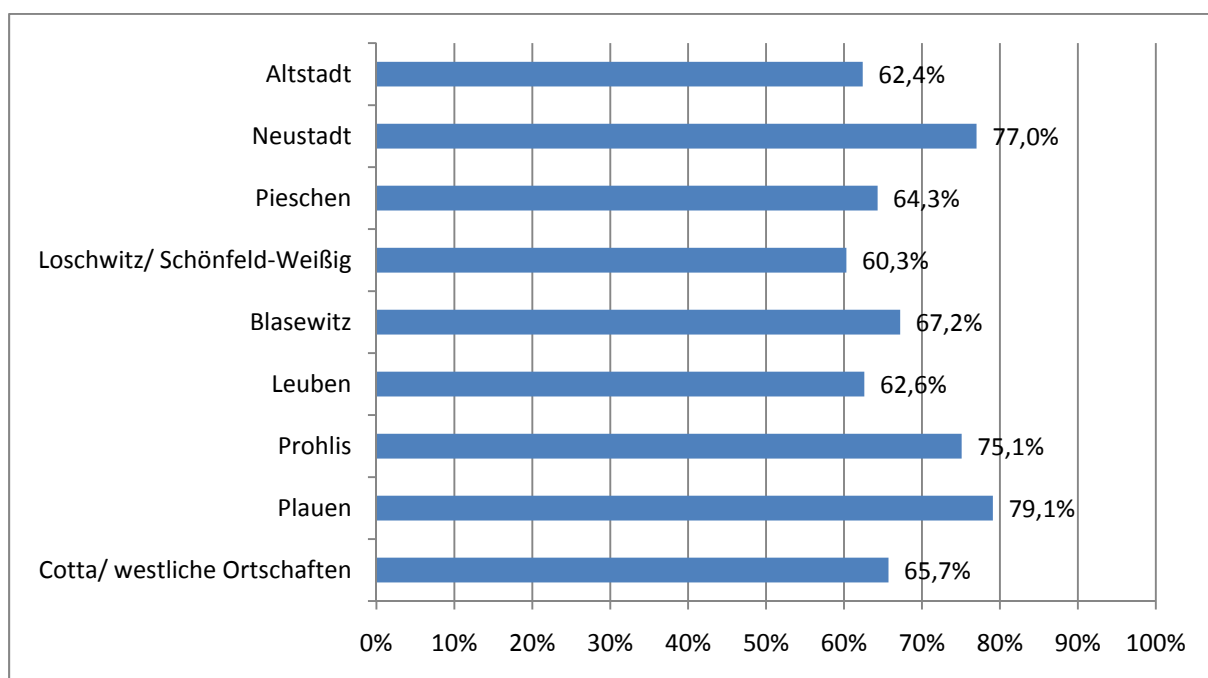
Bereich	Anzahl der Nennungen (in %)*
Jugendarbeit/ Bildungsarbeit für Erwachsene	8,6
Lokales Bürgerengagement	7,3
Sozialer Bereich	7,0
Umwelt-/Natur-/Tierschutz	5,2
Schule/ Kindergarten	4,9
Politische Interessenvertretung	3,3
Kultur/ Musik	3,1
Sport /Bewegung	1,9

Anmerkung: Insgesamt gaben 279 Befragte an, dass sie sich Engagement für eine bestimmte Sache vorstellen könnten. Wiedergegeben sind nur die Antwortkategorien die von mindestens 10 Befragten genannt wurden.

Demnach fände der Bereich „Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene“ mit 8,6% den meisten Zulauf. Für „lokale Angelegenheiten“ oder den „sozialen Bereich“ im Allgemeinen würden sich etwa 7% einsetzen. Die Bereitschaft sich für den „Umwelt-/Natur-/Tierschutz“ oder den Bereich „Schule und Kindergarten“ einzusetzen fällt mit ca. 5% etwa gleich hoch aus. Ähnliches gilt für die Bereiche der „politischen Interessenvertretung“ und „Kultur und Musik“, hier würden jeweils ca. 3% aktiv werden und knapp 2% der Befragten würden sich im Bereich „Sport und Bewegung“ einsetzen.

In Ergänzung hierzu wurde konkret nach der Engagementbereitschaft der Dresdener gegen den Rechtsextremismus gefragt (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10: Verbreitung der Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus in den Untersuchungseinheiten



Insgesamt fällt die geäußerte Bereitschaft sich gegen den Rechtsextremismus zu engagieren in allen Ortsämtern erfreulich hoch aus: Es äußern stets weit über die Hälfte der Befragten Engagementbereitschaft in dieser Richtung. Der geringste Wert zeigt sich in Loschwitz/Schönfeld-Weißig, hier wären 60,3% der Befragten zu einem Engagement gegen den Rechtsextremismus bereit und in Plauen geben mit über drei Viertel (79,1%) die meisten Befragten an, dass sie sich entsprechend engagieren würden.

Wird danach gefragt, welche Formen der politischen Einflussnahme in Betracht kämen, so äußern verhältnismäßig viele der Befragten in den einzelnen Ortsämtern Bereitschaft mittels verschiedener Formen politischen Einfluss auszuüben. Zwischen knapp 52% in Pieschen und annähernd 40% in Leuben und Plauen würden sich in einer Bürgerinitiative engagieren. Am deutlichsten ist die Bereitschaft ausgeprägt an einer genehmigten Demo teilzunehmen: 73,1% in Neustadt und immerhin noch 36,1% in Leuben wären dazu bereit. Wenn auf einer Demo allerdings mit Gewalt zu rechnen wäre, würden sich deutlich weniger Befragte anschließen, auch hier fällt der Anteil der Neustädter mit 31,4% am höchsten aus, am geringsten ist die Bereitschaft an einer Demo teilzunehmen wenn mit Gewalt zu rechnen wäre in der Altstadt (3,8%) ausgeprägt. Mit Ausnahme der Befragten in Cotta/Westliche Ortschaften (48,4%) sind steht über die Hälfte und in Pieschen sogar 64% der Befragten bereit einen Leserbrief zu schreiben. Auffallend hoch ist auch die Bereitschaft sich Unterstützung von örtlichen Politikern zu holen, zwischen knapp 40% der Befragten in Blasewitz und 57,9% in Neustadt geben an, dass sie dazu bereit wären (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 15: Art der politischen Einflussnahme

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften
<i>Um politisch Einfluss zu nehmen würde ich...</i>									
... in einer Bürgerinitiative mitarbeiten.	44,1	50,8	51,8	44,1	44,0	39,7	50,1	39,8	37,9
... an einer genehmigten Demo teilnehmen.	58,2	73,1	63,8	48,0	54,6	36,1	60,3	54,8	47,2
... an einer Demo teilnehmen, auch wenn mit Gewalt gerechnet werden muss.	3,8	31,4	18,6	7,7	15,6	5,3	16,6	19,3	6,9
... einen Leserbrief schreiben.	51,2	57,0	64,0	54,3	55,5	52,7	58,5	51,9	48,4
... versuchen, von örtlichen Politikern Unterstützung zu bekommen.	42,9	57,9	50,0	48,8	39,8	43,9	53,3	54,2	42,9

Anmerkung: Angaben in Prozent; angegeben sind die zusammengefassten Werte der Antwortkategorien „wahrscheinlich“ und „bestimmt“.

4.2 Lokalprofile der Ortsämter

Um einen besseren Einblick in die lokalspezifischen Begebenheiten und Facetten der einzelnen Ortsämter zu erhalten wird im Folgenden für jedes Ortsamt, in dem für die vorliegende Studie Personen befragt wurden, ein Lokalprofil aus ausgewählten Indikatoren zusammengestellt. Diese gebündelte Darstellung von objektiven Kontextmerkmalen und abgefragten Indikatoren erlaubt es unter Berücksichtigung lokaler Begebenheiten und in Abstimmung mit lokalen Akteuren dann im nächsten Schritt die lokalen Handlungsstrategien gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort zu erarbeiten. Aufgrund der Lokalprofile bietet sich die Chance für die lokalen Begebenheiten maßgeschneiderte Handlungsstrategien zu entwickeln. In der Tabelle 16 sind die Anteile der Leistungsempfänger nach SGB II in den Ortsämtern abgebildet.

Tabelle 16: Leistungsempfänger nach SGB II (Angaben in %)

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld-Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften	Dresden gesamt
Leistungsempfänger insgesamt ¹⁾	20,0	15,1	19,2	6,0	11,4	13,1	18,4	10,1	17,7	14,4
erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 ²⁾	12,5	11,4	18,1	5,0	10,7	13,2	17,3	6,3	14,6	12,2

Anmerkung: ¹⁾ 0-64 Jährige; ²⁾ 15-24 Jährige; Kommunale Statistikstelle und Bundesagentur für Arbeit (2009a)

Ortsamt Altstadt

Das Ortsamt Altstadt umfasst die folgenden Stadtteile: Innere Altstadt, Pirnaische Vorstadt, Seevorstadt-Ost, Wilsdruffer Vorstadt/Seevorstadt-West, Friedrichstadt, Johannstadt-Nord und Johannstadt-Süd. Insgesamt leben im Ortsamt Altstadt 51360 Menschen, wovon 8,1% Ausländer sind (vgl. Kommunale Statistikstelle, 2009). Im eigenen Wohnumfeld nehmen hier mit 21,7% im Vergleich mit den übrigen Ortsämtern relativ viele Befragte Probleme zwischen Deutschen und Ausländern wahr.

Der Anteil der Leistungsempfänger nach SGB II-ist in der Altstadt mit 20%, im Vergleich der Ortsämter, am höchsten. Mit 12,5% liegt der Anteil der Leistungsempfänger unter 25 Jahren im Ortsamt Altstadt dabei annähernd im Dresdner Durchschnitt (vgl. Tabelle 16). Die Arbeitslosenquote liegt bei 11,2%, wobei auch hier der Anteil der unter 25 Jährigen mit 5,6% niedriger ausfällt (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 17: Arbeitslose nach Ortsämtern 2009 (Angaben in %)

	Altstadt	Neustadt	Pieschen	Loschwitz/ Schönfeld- Weißig	Blasewitz	Leuben	Prohlis	Plauen	Cotta/ Westliche Ortschaften	Dresden gesamt
Arbeitslose insgesamt ¹⁾	11,2	9,1	11,3	5,4	7,3	8,5	11,1	6,7	10,8	9,1
Arbeitslose zwischen 18 und unter 25 ²⁾	5,6	6,0	9,3	5,0	5,9	7,5	9,1	3,8	8,3	6,8

Anmerkungen: ¹⁾ 18-64 Jährige; ²⁾ 18-24 Jährige; Kommunale Statistikstelle und Bundesagentur für Arbeit (2009b)

Bei der Stadtratswahl 2009 hat die NPD einen Sitz im Ortsbeirat des Ortsamtes gewonnen. Vertreten wird das Mandat durch Andreas Klose (NPD, 2010).¹⁰ Betrachtet man die Einschätzung der Befragten zu verschiedenen Entwicklungen im Ort, so fällt diese in der Altstadt im Vergleich mit den anderen Ortsämtern eher negativ aus. Über ein Drittel (35,1%) der Befragten im Ortsamt Altstadt nehmen eine Verschlechterung der allgemeinen finanziellen Lage der Bewohner wahr, und 20% eine Verschlechterung des Einsatzes der örtlichen Politiker für das Viertel. Diese beiden Aussagen finden hier im Vergleich der Ortsämter die stärkste Zustimmung. Etwa die Hälfte der Befragten (49,7%) nimmt zudem eine Verschlechterung der Situation der Jugendlichen wahr, diese Einschätzung fällt nur in Leuben noch negativer aus (vgl. Tabelle 8).

Wird das Ausmaß der wahrgenommenen politischen Machtlosigkeit auf der lokalen Ebene in den Blick genommen, wird deutlich, dass es immerhin 28,3% der Befragten für sinnvoll halten sich vor Ort zu engagieren. Zudem sind 61,2% der Ansicht, dass sich die örtlichen Politiker nicht dafür interessieren, was die Personen vor Ort denken und knapp 43% sind der Meinung, dass Leute wie sie keinen Einfluss darauf haben, was vor Ort geschieht.

Ortsamt Neustadt

Die Neustadt hat insgesamt 43240 Einwohner, von denen 6,9% nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (vgl. Kommunale Statistikstelle, 2009). Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern nehmen in der Neustadt 16,7% der Befragten wahr. Zum Ortsamt Neustadt gehören die Stadtteile: Äußere Neustadt (Antonstadt), Radeberger Vorstadt, Innere Neustadt, Leipziger Vorstadt und Albertstadt.

Der Anteil der Leistungsempfänger nach SGB II liegt insgesamt bei 15,1%; der Anteil der Leistungsempfänger unter 25 Jahren liegt etwas niedriger bei 11,4%. Diese Werte liegen vergleichsweise nah am Dresdener Durchschnitt (vgl. Tabelle 16).

¹⁰ Insgesamt hat die NPD bei der Kommunalwahl 2009 je einen Sitz in sieben Ortsbeiräten erlangt.

Im Ortsamt Neustadt sind 9,1% der Einwohner von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren liegt dabei bei 6%. Auch hier liegen die Werte sehr nah am Gesamtdurchschnitt (vgl. Tabelle 17).

Als ebenfalls durchschnittlich im Vergleich mit den anderen Ortsämtern erweisen sich auch die Einschätzungen bezüglich verschiedener Entwicklungen vor Ort. Eine Verschlechterung der finanziellen Lage der Bewohner sehen in der Neustadt rund 21%, eine Verschlechterung der beruflichen Situation der Jugendlichen etwa 36% und knapp 10% sind der Ansicht, dass sich der Einsatz der lokalen Politiker für das Viertel verschlechtert hat (vgl. Tabelle 8).

Positiver fällt hingegen auf, dass hier die Befragten mit nur 29,3% am wenigsten der Meinung sind, keinen Einfluss darauf zu haben was vor Ort geschieht. Für sinnvoll sich vor Ort zu engagieren halten es immerhin 22,2% der Befragten. Mit 80,6% fällt die Wahrnehmung eines mangelnden Interesses der örtlichen Politiker für das was die Bewohner denken, in der Neustadt allerdings am negativsten aus.

Ortsamt Pieschen

Pieschen besteht aus fünf Stadtteilen: Pieschen-Süd, Mickten, Kaditz, Trachau und Pieschen-Nord/Trachenberge. Das Ortsamt hat insgesamt 49657 Einwohner, wovon 3,2% keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (vgl. Kommunale Statistikstelle, 2009). Im Vergleich der Ortsämter werden in Pieschen mit 27,6% die meisten Probleme zwischen Ausländern und Deutschen wahrgenommen. Leistungen nach SGB II, beziehen 19,2% der Einwohner. Dabei fällt hier der Anteil der Leistungsempfänger unter 25 Jahren mit 18,1% im Vergleich der untersuchten Ortsämter am höchsten aus (vgl. Tabelle 16). Die Arbeitslosenquote (11,3%) ist im Vergleich der Ortsämter ebenfalls am höchsten ausgeprägt, das gilt ebenfalls für die Arbeitslosenquoten der unter 25 Jährigen welche bei 9,3% liegt (vgl. Tabelle 17).

Auch in Pieschen bekam die NPD bei der Stadtratswahl 2009 einen Sitz im Ortsbeirat. Dieser wird von Andreas Leipscher besetzt (NPD, 2010).

In Bezug auf die politische Machtlosigkeit auf der lokalen Ebene finden sich für Pieschen folgende Ergebnisse: 20,6% der Pieschener sind der Ansicht, dass es sinnvoll ist, sich vor Ort zu engagieren, 35,1% stimmen der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass Leute wie sie sowieso keinen Einfluss darauf haben was vor Ort geschieht und mit 39,4% sind hier im Vergleich die meisten Befragten der Ansicht, dass sich die örtlichen Politiker für das interessieren, was die Bevölkerung denkt. Entsprechend dieser Meinung nehmen auch nur 1,2% der Pieschener eine Verschlechterung des Einsatzes der örtlichen Politiker für die Bewohner wahr. Eine Verschlechterung der allgemeinen finanziellen Lage der Bewohner nehmen hingegen 19,2% wahr und knapp 41% sehen eine Verschlechterung der beruflichen Situation der Jugendlichen (vgl. Tabelle 8).

Ortsamt Loschwitz/ Ortschaft Schönfeld-Weißig

Loschwitz ist mit 31981 Einwohnern das kleinste Ortsamt in der Erhebung. Die statistischen Bereiche des Orsamtes Loschwitz gliedern sich in Loschwitz/Wachwitz, Bühlau/Weißer Hirsch, Hosterwitz/Pillnitz¹¹ und die drei statistischen Stadtteile von Schönfeld-Weißig: Schönfeld/Schullwitz, Weißig und Gönnsdorf/Pappritz. Insgesamt hat der Orsamtsbereich Loschwitz/Schönfeld-Weißig einen Ausländeranteil von 1,8% (Kommunale Statistikstelle, 2009). Von den in Loschwitz/Schönfeld-Weißig befragten Personen nehmen 4,1% Probleme zwischen der deutschen und nicht-deutschen Bevölkerung wahr, nur in Blasewitz fällt diese Problemwahrnehmung noch etwas geringer aus.

Im Vergleich der untersuchten Ortsämter weist das Ortsamt Loschwitz mit 6% die mit Abstand niedrigste Anzahl an Leistungsempfängern nach SGB II auf und auch der Anteil der Leistungsempfänger unter 25 Jahren ist im Vergleich mit den anderen Ortsämtern mit 5% am geringsten (vgl. Tabelle 16). Entsprechend fällt die Arbeitslosenquote mit 5,4% im Vergleich mit den anderen Ortsämtern ebenfalls gering aus, Mit 5% sind auch von den unter 25 Jährigen vergleichsweise wenige von Arbeitslosigkeit betroffen (vgl. Tabelle 17).

In diesem Ortsamt konnte die NPD kein Ortsbeiratssitz erreichen.

Im Vergleich mit den übrigen Ortsämtern nehmen in Loschwitz/Schönfeld-Weißig die wenigsten Befragten (13,7%) eine Verschlechterung der allgemeinen finanziellen Lage der Bewohner wahr. Veränderungen bezüglich der beruflichen Situation der Jugendlichen werden hier zwar nicht ganz so negativ beurteilt wie in den meisten anderen Ortsämtern, dennoch nehmen auch hier 32% der Befragten eine Verschlechterung wahr. Negativer fällt hingegen die Wahrnehmung der Befragten im Hinblick auf den Einsatz der örtlichen Politiker aus. 17,2% nehmen diesbezüglich eine Verschlechterung wahr. Damit liegt Loschwitz/Schönfeld-Weißig mit dieser Einschätzung im Vergleich der Ortsämter im oberen Drittel (vgl. Tabelle 8).

Ebenfalls negativ fällt die politische Machtlosigkeit auf der lokalen Ebene auf. Nur 17,3% der Befragten halten es für sinnvoll sich vor Ort zu engagieren. 45,5% der Befragten sind der Ansicht, dass Leute wie sie sowieso keinen Einfluss darauf hätten, was vor Ort geschieht und 62,5% meinen, dass sich die lokalen Politiker nicht für ihre Belange interessieren, damit liegen die Befragten in Loschwitz/Schönfeld-Weißig bezüglich dieser beiden Wahrnehmungen nah am Dresdener Durchschnitt.

Ortsamt Blasewitz

Das größte Ortsamt mit 81726 Einwohnern bildet Blasewitz mit seinen sieben Stadtteilen Blasewitz, Streisen-Ost, -Süd, -West, Toklewitz/Seidnitz-Nord, Seidnitz/Dobritz und Gruna. Der Ausländeranteil liegt im Ortsamt Blasewitz bei 3% (vgl. Kommunale Statistikstelle, 2009). In diesem Ortsamt werden mit 3,9% im Vergleich die wenigsten Probleme zwischen Deutschen und Ausländern wahrgenommen.

¹¹ Hosterwitz/Pillnitz wurde in der hier verwendeten Stichprobe nicht berücksichtigt.

Bei der Zahl der Leistungsempfänger nach SGB II liegt Blasewitz mit 11,4% im Mittelfeld. Ähnlich bei den unter 25 Jährigen Leistungsempfängern, hier beträgt der Anteil 10,7% (vgl. Tabelle 16). Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,3, bei den unter 25 Jährigen bei 5,9% (vgl. Tabelle 17).

Einen von sieben Sitzen in den Ortsbeiräten der Ortsämter gewann bei der letzten Stadtratswahl in Blasewitz die NPD, Mandatsträger ist hier Fritjof Richter (NPD, 2010).

Die Wahrnehmung von politischer Machtlosigkeit auf lokaler Ebene und der Wahrnehmung negativer Entwicklungen vor Ort fallen in Blasewitz durchschnittlich aus.

Rund 29% sind der Ansicht, dass ein Engagement vor Ort sinnvoll ist. 48,4% sind hingegen der Ansicht, dass die Bewohner vor Ort sowieso keinen Einfluss nehmen könnten und rund zwei Drittel der Befragten geben an, dass sich die örtlichen Politiker nicht für das interessieren was die Bewohner denken.

Eine Verschlechterung hinsichtlich der finanziellen Lage nehmen in Blasewitz 21,9% der Befragten wahr. Mit Blick auf die berufliche Situation der Jugendlichen sind es 32,7% und im Hinblick auf den Einsatz der örtlichen Politiker 18,2% der Befragten die eine Verschlechterung wahrnehmen (vgl. Tabelle 8).

Ortsamt Leuben

Das Ortsamt Leuben untergliedert sich in Leuben, Laubegast, Klein- und Großzsachwitz. Hier leben 38075 Menschen, wobei der Ausländeranteil bei 1,3% liegt (vgl. Kommunale Statistikstelle, 2009). Schwierigkeiten zwischen Deutschen und Ausländern bemerken im Ortsamt Leuben 14,4% der Befragten, damit liegt Leuben bezüglich dieser Wahrnehmung nah am Dresdener Durchschnitt.

Der Anteil der Leistungsempfänger nach SGB II liegt bei 13,1%; der Anteil der unter 25 Jährigen liegt ähnlich hoch bei 13,2% (vgl. Tabelle 16). Aus Tabelle 17 geht hervor, dass der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung in Leuben bei 8,5% und bei den unter 25 Jährigen bei 7,5% und damit ebenfalls nahe am Durchschnittswert liegt.

Für die NPD sitzt in Leuben Hartmut Krien im Ortsbeirat (NPD, 2010).

In Leuben nehmen 25,3% der Befragten eine Verschlechterung der allgemeinen finanziellen Lage der Bewohner wahr. Hinsichtlich des Einsatzes der örtlichen Politiker empfinden 13,9% eine Verschlechterung und im Vergleich mit den anderen Ortsämtern zeigt sich hier mit 63% die stärkste Wahrnehmung einer Verschlechterung der beruflichen Situation der Jugendlichen (vgl. Tabelle 8).

Negativ fällt Leuben in Bezug die Aspekte der lokalen politischen Machtlosigkeit auf: 50,3% der Befragten sind der Ansicht, dass Leute wie sie keinen Einfluss auf die Situation vor Ort haben. Rund 74% sind der Ansicht, dass ein Engagement vor Ort sinnlos sei und 60,8% sind der Meinung die örtlichen Politiker interessieren sich nicht für die Belange der Bürger.

Ortsamt Prohlis

In den sieben statistischen Bezirken von Prohlis (Prohlis-Nord, Prohlis-Süd, Niedersedlitz, Lockwitz, Leubnitz-Neuostra, Strehler, Reick) leben insgesamt 54653 Einwohner, davon 2,2% Ausländer (vgl. Kommunale Statistikstelle, 2009). Hier sehen 27,4% der Befragten Probleme zwischen Deutschen und nicht-deutschen Bewohnern, dieser Wert wird nur noch von dem in Pieschen überboten.

Der Anteil an Leistungsempfängern nach SGB II liegt bei vergleichsweise hohen 18,4%; der Anteil derjenigen unter 25 Jahren bei 17,3% (vgl. Tabelle 16). Insgesamt sind in Prohlis 11,1% der Einwohner arbeitslos. Die Arbeitslosenquote der unter 25 Jährigen ist im Vergleich der untersuchten Ortsämter mit 9,1% hier am zweit höchsten.

Auch in Prohlis hat die NPD ein Mandat im Ortsbeirat, welches René Despang inne hat (NPD, 2010).

Die Ausprägungen der politischen Machtlosigkeit auf lokaler Ebene, sowie die Wahrnehmung einer Verschlechterung der Situation vor Ort liegen in Prohlis im Vergleich mit den anderen Ortsämtern im mittleren Bereich. Eine Verschlechterung im Hinblick auf den Einsatz der örtlichen Politiker sehen in Prohlis 5,4%, geht es um die allgemeine finanzielle Situation der Bewohner nehmen 28,4% eine Verschlechterung wahr und bei der beruflichen Situation der Jugendlichen sind 35,7% der Ansicht die Lage habe sich zugespitzt (vgl. Tabelle 8).

Ein Engagement halten fast 80% der Befragten des Ortesamtes Prohlis für sinnlos. Ferner gehen 43,7% der Befragten davon aus, dass sie sowieso keinen Einfluss darauf haben, was vor Ort geschieht und 61,9% davon, dass sich die Politiker nicht für das interessieren was sie denken.

Ortsamt Plauen

Das Ortsamt Plauen hat 51577 Einwohner mit einem vergleichsweise hohen Ausländeranteil von 7,1% (vgl. Kommunale Statistikstelle, 2009). Hier stimmten 16,1% der Befragten der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass es Probleme zwischen Deutschen und Ausländern gibt, was genau dem Dresdner Durchschnittswert entspricht.

Das Ortsamt teilt sich in Südvorstadt-West, Südvorstadt-Ost, Räcknitz/Zschertnitz, Kleinpestitz/Mockritz, Coschütz/Gittersee und Plauen.

Im Ortsamt Plauen beziehen 10,1% der Einwohner Leistungen nach SGB II und bei den unter 25 Jährigen 6,3% (vgl. Tabelle 16). Analog zu diesen vergleichsweise niedrigen Zahlen fällt der Anteil der unter 25 Jährigen Arbeitslosen mit 3,8% in Plauen im Vergleich mit den anderen Ortsämtern am geringsten aus. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt liegt bei 6,7%; nur in Loschwitz fällt dieser Anteil noch geringer aus (vgl. Tabelle 17).

Vergleicht man weiter die Einschätzung der lokalen politischen Machtlosigkeit zwischen den Ortsämtern, dann zeigt sich, dass in Plauen 60,7% der Befragten der Ansicht sind, die lokalen Politiker interessieren sich nicht für das, was die Bewohner denken. Damit ist diese Meinung in Plauen vergleichsweise gering ausgeprägt. 36,8% der Befragten sind der Meinung, dass Leute wie sie keinen Einfluss darauf hätten was vor Ort geschieht und 28,3% halten ein lokales

Engagement für sinnvoll. Bei der Wahrnehmung von Verschlechterungen innerhalb des Ortschaftes fallen die Einschätzungen ebenfalls vergleichsweise positiv aus. Eine Verschlechterung der allgemeinen finanziellen Lage der Bewohner nehmen 16,4% der Befragten wahr. Den Einsatz der örtlichen Politiker beurteilen 12% als rückläufig und mit 30,4% empfinden in Plauen die wenigsten Befragten eine Verschlechterung der beruflichen Situation der Jugendlichen (vgl. Tabelle 8).

Ortsamt Cotta/Westliche Ortschaften

Zu den statistischen Einheiten des Ortschaftes Cotta gehören neben den Ortschaften Cossebaude, Mobschatz, Oberwartha, Altfranken und Gompitz, welche nicht in der Analyse berücksichtigt wurden, auch Cotta, Löbtau-Nord und -Süd, Naußlitz, Gorbitz (-Nord mit Neu-Omsewitz, -Süd und -Ost) sowie Briesnitz. Insgesamt kommt das Ortsamt Cotta/Westliche Ortschaften somit auf 78817 Einwohner, bei einer Ausländerquote von 2,7% (vgl. Kommunale Statistikstelle, 2009). Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen werden in Cotta von 12% der Befragten wahrgenommen.

Die Anzahl der Leistungsempfänger nach SGB II liegt im Bereich des Ortschaftes Cotta bei 17,7%, der Anteil der unter 25 Jährigen liegt dabei etwas niedriger bei 14,6% (vgl. Tabelle 16). Arbeitslos sind im Ortsamt Cotta/Westliche Ortschaften 10,8% der Bewohner. Der Anteil der arbeitslosen Bewohner unter 25 Jahren liegt bei 8,3% (vgl. Tabelle 17).

Auch in Cotta hat die NPD einen Ortsbeiratssitz inne, welcher von Elke Opitz besetzt wird (NPD, 2010).

In Bezug auf die Entwicklung vor Ort empfinden 14,3% der Befragten den Einsatz der örtlichen Politiker als rückläufig, 25,9% nehmen eine Verschlechterung der allgemeinen finanziellen Lage der Bewohner an und 44,1% nehmen eine Verschlechterung der beruflichen Situation von Jugendlichen wahr (vgl. Tabelle 8).

70,8% der Befragten sehen keinen Sinn in einem lokalen Engagement und knapp die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, die Bewohner hätten sowieso keinen Einfluss darauf, was vor Ort geschieht. Zudem sehen 69,4% das Interesse der örtlichen Politiker für die eigenen Belange als gering an.

4.3 Zur Erklärung der Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Um in einem ersten Schritt zu prüfen, ob überhaupt eine Beziehung zwischen GMF einerseits und den verschiedenen Desintegrationsdimensionen und den vermittelnden kulturellen Interpretations- und Einstellungsmustern andererseits besteht, wurden zunächst Korrelationsrechnungen durchgeführt. Dies ist eine Analyseform, mit der die Stärke des Zusammenhangs zwischen zwei Faktoren ermittelt werden kann (s. hierzu auch Kap. 3.1).

In Bezug auf die zunächst berücksichtigten soziodemografischen Merkmale zeigt sich, dass insbesondere das Bildungsniveau einer Person in Zusammenhang mit dem Grad menschenfeindlicher Einstellungen zu sehen ist (vgl. Tabelle 18). Je niedriger dieses ist, umso höher fällt die Abwertung der thematisierten sozialen Minderheiten aus. Zudem zeigt sich, dass mit zunehmendem Alter *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* signifikant wahrscheinlicher wird. Das Geschlecht hingegen weist keinen signifikanten Einfluss auf.

Mit Blick auf die verschiedenen objektiven und subjektiven Faktoren der sozial-strukturellen Desintegrationsdimension zeigt sich weiterhin, dass nicht alle hier berücksichtigten Faktoren in einem statistisch bedeutsamen Zusammenhang mit dem Grad von GMF zu sehen sind. Wirtschaftliche Aspekte sind per se von starker Relevanz, wenn es um die Bewertung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen geht. Dass (subjektiv empfundene) existentielle Nöte zur Abwertung anderer Gruppen führen, wurde dabei wie erwähnt auch im Rahmen verschiedener anderer Studien, u.a. in der Langzeitstudie zur *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, nachgewiesen. Mit Blick auf die Dresdener Ergebnisse zeigt sich, dass die aktuelle Erwerbstätigkeit, das Nettoeinkommen sowie das Gefühl im Vergleich zu Anderen in Deutschland keinen gerechten Anteil zu bekommen, bedeutsam mit GMF zusammenhängen. Je weniger Geld eine Person verdient bzw. je stärker sie sich im Vergleich mit anderen benachteiligt fühlt, desto stärker fällt die Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen aus.

Tabelle 18: Zusammenhänge zwischen sozial-struktureller Desintegration und GMF

	GMF
Soziodemografische Merkmale	
Alter	.27***
Geschlecht	-
Bildungsniveau	-,41***
Sozialstrukturelle Desintegration	
<i>objektiv</i>	
Aktuelle Erwerbstätigkeit	-,17***
Nettoeinkommen	-,16***
Wohneigentum	-
<i>subjektiv</i>	
Angst vor einem sozialen Abstieg seit HART IV	-
Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Lage	-
Im Vergleich wie andere in Deutschland leben, meinen Sie, den gerechten Anteil zu erhalten? (Nein)	,19***
Abstiegsängste Erwerbstätige	-

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

In Bezug auf die institutionelle Desintegration erweisen sich für die Dresdener Bevölkerung ausnahmslos alle der zur Erfassung dieser Dimension von Desintegration berücksichtigten

Faktoren als relationiert mit dem Grad menschenfeindlicher Einstellungen (vgl. Tabelle 19). Entsprechend gilt, dass die Zustimmung zu den gruppenbezogenen Abwertungen dann höher ausfällt, wenn weder auf nationaler, noch auf kommunaler Ebene eine Wahlintention vorliegt. Weiterhin fallen hohe Grade von Menschenfeindlichkeit zusammen mit einem gering ausgeprägten individuellen Engagement: Befragte, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht (aktives) Mitglied in einem Verein o.ä. sind, zeigen ebenso höhere Zustimmung zu GMF wie Befragte, die so gut wie nie an lokalen öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen. Die weitaus stärksten Zusammenhänge lassen sich allerdings im Hinblick auf Fragen der individuellen Wahrnehmung politischer Partizipationsmöglichkeiten feststellen, und zwar sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene. Bezüglich lokalgesellschaftlicher Zusammenhänge ist dabei v.a. das Gefühl selbst keinen Einfluss auf die politischen Aktivitäten vor Ort zu haben zu nennen. Je mehr die Befragten der Auffassung sind, vor Ort keinen politischen Einfluss zu haben, desto mehr werden schwache Gruppen abgewertet. Aber auch die Wahrnehmung der Sinnlosigkeit lokalen politischen Engagements und das Gefühl, die eigenen Belange würden die Vertreter der Lokalpolitik nur wenig interessieren, haben einen bedeutsamen Einfluss. Je sinnloser die Befragten ein lokales Engagement einschätzen oder je mangelhafter das Interesse der örtlichen Politiker für die Belange der Befragten eingestuft wird, desto höher ist das Ausmaß an GMF.

Tabelle 19: Zusammenhänge zwischen institutioneller Desintegration und GMF

	GMF
Institutionelle Desintegration	
<i>objektiv</i>	
Wahlintention Bundesebene	,17***
Wahlintention Kommunalebene	,10*
Aktuelle Mitgliedschaft	-,15***
Teilnahme an öffentlichen Veranstaltung	-,10*
<i>subjektiv</i>	
Politische Machtlosigkeit (national)	,32***
Keinen politischen Einfluss vor Ort (hoch)	,35***
Sinnvoll, sich vor Ort zu engagieren (hoch)	-,29***
Mangelndes Interesse der örtlichen Politiker für eigene Belange	,21***

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

Die Indikatoren für die sozio-emotionale Desintegration sind sowohl auf der objektiven, als auch auf der subjektiven Ebene kaum von Relevanz (vgl. Tabelle 20): Lediglich die mangelnde Unterstützung korreliert mit GMF. Wer sich selbst mit Problemen alleingelassen fühlt und generell soziale Unterstützung im eigenen Umfeld vermisst, der wertet auch stärker schwache Gruppen ab.

Tabelle 20: Zusammenhänge zwischen der sozio-emotionalen Desintegration und GMF

	GMF
Sozio-emotionale Desintegration	
<i>objektiv</i>	
Fester Lebenspartner	-
<i>subjektiv</i>	
Mangelnde Unterstützung.	,16***
Mangelnde Anerkennung	-

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

Hinsichtlich der ergänzend erfassten räumlichen Desintegrationsdimension schließlich zeigen sich einige der betrachteten Faktoren als statistisch zusammenhängend mit GMF (vgl. Tabelle 21). So gilt für die Befragten in Dresden, dass die Wahrnehmung einer Verschlechterung von bestimmten Entwicklungen im Wohnumfeld mit ausgeprägten abwertenden Einstellungen korrespondiert. Weiter fällt der Zusammenhang zwischen GMF und der Wahrnehmung von Problemen des umgebenden Raums signifikant aus. Aussagekraft besitzen dabei die Indikatoren zur Erfassung der individuellen Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit und Personen, die andere „abziehen“.

Tabelle 21: Zusammenhänge zwischen räumlicher Desintegration und GMF

	GMF
Räumliche Desintegration	
Verbundenheit mit der Nachbarschaft (niedrig)	-
Entwicklung des Wohnumfeldes (verschlechtert)	,16***
Probleme im Wohnumfeld (Index)	,10*
Abfall und Sperrmüll auf den Gehwegen	-
Betrunkene, Dealer etc.	-
Arbeitslosigkeit	,16***
Schlechter baulicher Zustand der Häuser	-
Mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik	-
Personen, die andere „abziehen“	,10*
Welchen Ruf hat Ihr Wohngebiet?	-
Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik	-

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05.

Im Folgenden werden die Zusammenhänge zwischen den (kulturellen) Spezifika des Ortes sowie den individuellen Einstellungs- und Interpretationsmuster der Befragten, also denjenigen Faktoren, die wir im Wirkungsgefüge aus Desintegration und GMF als vermittelnd annehmen, und GMF betrachtet. Es zeigt sich, dass nahezu alle berücksichtigten Faktoren in einer statistisch bedeutsamen Relation mit GMF stehen (vgl. Tabelle 22). Die weitaus stärksten Zusammenhänge

ergeben sich dabei für die Indikatoren zur Abbildung von Traditionalismus, lokaler autoritärer Aggression, wahrgenommener Bedrohung durch Ausländer, Orientierungslosigkeit, der Einschätzung, dass Rechtsextremismus in den Medien hochgekocht wird sowie der Ansicht, die NPD biete Lösungen vor Ort und – nur wenig überraschend – positiver persönlicher Erfahrungen mit Rechtsextremisten.¹²

Tabelle 22: Zusammenhänge zwischen den vermittelnden Faktoren und GMF

	GMF
Vermittelnde Faktoren	
Politische Anerkennungskultur	-
Relevanz politische Einflussnahme	-
Lokale autoritäre Aggression	,52***
Lokale Verbundenheit (Lokalismus)	-
Traditionalismus	,62***
Konflikte im Wohnumfeld (Index)	,19***
Konfliktwahrnehmungen zwischen Alt und Jung	,11*
Konfliktwahrnehmungen zwischen Neuhinzugekommenen und Alteingesessenen	,14**
Konfliktwahrnehmungen zwischen Ausländern und Deutschen	,20***
Bedrohung durch Ausländer	,52***
Orientierungsanomia	,38***
Wie lange leben Sie schon in der Gegend?	,21***
Mir ist es nicht egal was hier im Ort geschieht.	,08*
Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.	,36***
Es ist gefährlich sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren	,16***
In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus	,17***
In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextremismus	-
Polizei unternimmt zu wenig gegen rechtsextreme Aktivitäten	-
Rechtsextreme Aktivitäten werden von einflussreichen Personen stark abgelehnt (Ablehnung)	,13**
NPD Partei wie jede andere auch (Zustimmung)	,27***
NPD bietet Lösungen für Probleme vor Ort (Zustimmung)	,34***
Erfahrungen mit Rechtsextremisten	-,08*
Positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten	,33***

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

Etwas weniger stark ausgeprägt, in der Tendenz aber dennoch prägnant, erweisen sich die Korrelationen zwischen GMF und der weiteren Variablen zur Messung möglicher Normalisierungsprozesse im Hinblick auf die NPD in der Wahrnehmung der Bevölkerung: Befragte, die meinen, die NPD sei eine Partei wie jede andere auch, tendieren stärker zu

¹² Sind die Erfahrungen mit Rechtsextremen negativ, kehrt sich das Verhältnis um, d.h. menschenfeindliche Einstellungen werden eher abgelehnt.

menschenfeindlichen Einstellungen. Ferner neigen auch Personen, die schon lange in der Gegend wohnen, Konflikte im Wohnumfeld wahrnehmen, den Rechtsextremismus in ihrem Ort negieren, Engagement gegen Rechtsextremismus für gefährlich halten oder der Meinung sind Rechtsextremismus wäre in ihrem Ort von einflussreichen Personen anerkannt eher zu menschenfeindlichen Einstellungen. Eine ähnliche, wenngleich etwas schwächer ausgeprägte Tendenz zeigt sich bei Personen denen es egal ist was in ihrem Ort geschieht.

Entsprechend dieser empirischen Befunde auf korrelativer Ebene wird im Folgenden überprüft, welche der Faktoren, bei denen sich ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang mit dem individuellen Ausmaß an *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zeigt, auch unter Kontrolle der jeweils anderen Faktoren immer noch einen signifikanten Einfluss ausübt, also wirklich wesentlich für die Beschaffenheit von GMF ist. In die Analyse gehen nur diejenigen Indikatoren ein, die in den Korrelationsrechnungen als statistisch bedeutsam mit GMF zusammenhängend ausgewiesen wurden. Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalysen sind in Tabelle 23 dargestellt. In den Modellen GMF1-GMF5 werden sukzessive die signifikanten Indikatoren aus den Korrelationsanalysen hinzugenommen. Die Modelle GMF1-GMF4 dienen nur zur Anschauung, wie sich die Hinzunahme von Indikatoren auf bereits in den vorangegangenen Modellen berücksichtigte Indikatoren auswirkt.

Für eine Interpretation ist daher zunächst nur das Modell GMF5 relevant (vgl. Tabelle 24). Hierbei wird deutlich, dass Alter und Geschlecht bei den in Dresden Befragten Personen keinen bedeutsamen Einfluss auf das Ausmaß an GMF haben, wenn die vermittelnden Faktoren in die Analyse einfließen. Allerdings geht - wenig überraschend - mit einem höheren Bildungsniveau auch ein geringeres Ausmaß an GMF einher. Weiterhin haben - wenn die Indikatoren der vermittelnden Faktoren im Modell berücksichtigt werden - die Indikatoren der sozial-strukturellen, der institutionellen und der sozio-emotionalen Desintegration keine direkten Effekte auf GMF. Ein kontraintuitiver Effekt zeigt sich bei der räumlichen Desintegration: Hier deuten die Ergebnisse darauf hin, dass das Ausmaß an GMF umso geringer ausfällt, je schlechter die Entwicklung des Wohnumfeldes gesehen wird. Unsere Annahmen hätten einen genau gegenläufigen Effekt erwarten lassen, dass mit einer negativen Entwicklung des Wohnumfeldes eine höhere Abwertung schwacher Gruppen einhergeht. Eine Erklärung für den hier gefundenen Effekt haben wir derzeit nicht, weitere Analysen werden aber unternommen, um dieses Phänomen genauer zu erfassen und ggfs. alternative Erklärungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dresdener Befragte, die einen überzogenen Traditionalismus einfordern, äußern eher abwertende Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen. Weiterhin werten auch diejenigen schwache Gruppen stärker ab, die sich durch Ausländer bedroht fühlen.

Tabelle 23: Erklärung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Dresden

	GMF 1	GMF 2	GMF 3	GMF 4	GMF 5	GMF 6
Geschlecht	-		-	-	-	-
Alter	,18**	,14*	,14*	,16**	-	-
Bildungsniveau	-,40***	-,34***	-,33***	-,33***	-,20***	-
Sozial-strukturelle Desintegration						
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	-	-	-	-	-	
Erwerbstätigkeit	-	-	-	-	-	
Im Vergleich wie andere in Deutschland leben, meinen Sie, den gerechten Anteil zu erhalten? (Relative Deprivation / weniger)	,12*	-	-	-	-	
Institutionelle Desintegration						
Wahlintention (Bundestagswahl)		-	-	-	-	
Wahlintention (Kommunalwahl)		-	-	-	-	
Aktuelle Mitgliedschaft/-en		-	-	-	-	
Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen		-	-	-	-	
Politische Machtlosigkeit (national)		-	-	-	-	-
Keinen politischen Einfluss vor Ort		,20**	,18**	,20**	-	-
Sinnlosigkeit, sich vor Ort zu engagieren		-	-	-	-	-
Interesse der örtlichen Politiker für eigene Belange		-	-	-	-	-
Sozio-emotionale Desintegration						
Mangelnde soziale Unterstützung			-	-	-	
Räumliche Desintegration						
Entwicklung des Wohnumfeldes				-,14*	-,22***	-,14*
Probleme im Wohnumfeld				-	-	
Individuelle kulturelle Interpretations- und Einstellungsmuster (vermittelnde Faktoren)						
Lokale autoritäre Aggression					-	-
Traditionalismus					,26***	,37***
Konflikte im Wohnumfeld					-	
Bedrohung durch Ausländer					,16**	,20**
Orientierungsanomie					-	-
Wohndauer in der Gegend					-	-
Mir ist es nicht egal, was hier im Ort geschieht					-	
Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.					,17***	-
Es ist gefährlich sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren					-	-
In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus.					-	-
Rechtsextreme Aktivitäten werden von einflussreichen Personen im Ort abgelehnt.					-	-
NPD Partei wie jede andere auch					-	,17**
NPD bietet Lösungen für die Probleme im Ort					,20***	,21**
Erfahrungen mit Rechtsextremisten					-	
Positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten						-
R ² (erklärte Varianz von 100%)	24,3	29,6	29,7	30,9	59,7	67,4

Anmerkungen: Modelle GMF1-GMF5: n = 293; Modell GMF6: n = 121; ***p < .001; **p < .01; *p < .05. Für Modell GMF6 wurden aufgrund sonst zu geringer Fallzahl (vgl. Bortz, 1999, 435) nur die Indikatoren berücksichtigt, die einen in den Zusammenhangsanalysen einen statistisch bedeutsamen Korrelationskoeffizienten $r < -.19$ oder $r > .19$ aufwiesen oder im Modell GMF5 einen statistisch bedeutsamen Einfluss auf GMF haben.

Befragte, die der Ansicht sind der Rechtsextremismus werde in den Medien hoch gekocht, äußern ein höheres Ausmaß an GMF. Dies ist für das lokale Handlungsprogramm gegen

Rechtsextremismus von großer Bedeutung. Hier ist es angezeigt, sich Gedanken über ein Medienkonzept zu machen, so dass die Themen rund um „Rechtsextremismus“ nicht nur „Vorfallbezogen“, also bei Vorfällen oder im Vorfeld und Nachgang von Großdemonstrationen in den lokalen Medien auftauchen, sondern kontinuierlich thematisiert werden. Je eher Befragte der Aussage „die NPD bietet Lösungen für die Probleme bei uns im Ort“ zustimmen, desto höher ist deren Ausmaß an GMF. Hier ist eine noch stärkere Auseinandersetzung mit den politischen Lösungsvorschlägen der NPD angemessen, die auch die Konsequenzen der populistischen Forderungen und Vorschläge entlarvt.

Im Modell GMF6 haben wir schließlich nur Befragte berücksichtigt, die bereits Erfahrungen mit Rechtsextremen gemacht haben. Bei Befragten, die über Erfahrungen mit Rechtsextremen verfügen hat das Bildungsniveau keinen statistisch bedeutsamen Einfluss mehr auf das Ausmaß an GMF. Ebenso liegen keine direkten bedeutsamen Effekte der Indikatoren der sozialstrukturellen, institutionellen und sozio-emotionalen Desintegration vor. Auch bei den Befragten, die Erfahrungen mit Rechtsextremen haben, zeigt sich der kontraintuitive Effekt, dass mit einer Verschlechterung des Wohnumfeldes ein geringeres Ausmaß an GMF einhergeht. Weiterhin wird deutlich, je mehr die Befragten, die bereits Kontakt mit Rechtsextremen hatten, der Auffassung sind, die NPD sei eine Partei wie jede andere oder die NPD biete Lösungen für die Probleme vor Ort an, desto stärker werden schwache Gruppen abgewertet. Ob der Kontakt mit Rechtsextremen als positiv oder negativ eingeschätzt wird, hat keinen bedeutsamen Einfluss auf GMF (vgl. Tabelle 23).

4.4 Zur Erklärung der Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus

Will man den Rechtsextremismus bekämpfen, dann sind Bürgerinnen und Bürger gefragt, die bereit sind sich zu engagieren. Daher ist es bedeutsam zu erfahren, welche Faktoren die individuelle Bereitschaft, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, hemmen oder fördern. Auch hier wird zunächst auf korrelativer Ebene geprüft, welche Zusammenhänge sich jeweils zwischen der Engagementbereitschaft und den Desintegrationsdimensionen zeigen.

Die hier zunächst berücksichtigten soziodemografischen Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung erweisen sich im Hinblick auf die Bereitschaft, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren kurz: ERE), alle drei als aussagekräftig (vgl. Tabelle 24). Wie schon im Zusammenhang mit GMF erweist sich auch für die Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus das Bildungsniveau als entscheidender Faktor: Bei höherer Bildung zeigt sich auch mit höherer Wahrscheinlichkeit die Bereitschaft zu persönlichem Engagement. Ebenso scheinen Jüngere tendenziell eher bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren als Ältere. Anders als bei der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* erweist sich für ERE auch das Geschlecht als entscheidender Faktor. Offenbar sind Frauen weniger bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren als Männer.

Die Zusammenhänge erfahrener Desintegration in der sozial-strukturellen Dimension erweisen sich ebenfalls als zusammenhängend mit dem Grad der individuellen Engagementbereitschaft (vgl. Tabelle 24). Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung angaben, erwerbstätig zu sein, zeigen demnach mehr Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus, ebenso Befragte mit höherem Einkommen, wobei der letztgenannte Zusammenhang statistisch nur schwach ausgeprägt ist. Auf der subjektiven Ebene sind es vor allem Abstiegsängste, die ein Engagement gegen Rechtsextremismus unwahrscheinlicher werden lassen.

Tabelle 24: Zusammenhänge zwischen sozial-struktureller Desintegration und der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus

	ERE
Soziodemografische Merkmale	
Alter	,28***
Geschlecht	,13**
Bildungsniveau	-,34***
Sozialstrukturelle Desintegration	
<i>objektiv</i>	
Erwerbstätigkeit	-,21***
Nettoeinkommen	-,09*
Wohneigentum	-
<i>subjektiv</i>	
Angst vor einem sozialen Abstieg seit HART IV	-
Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Lage	-
Im Vergleich wie andere in Deutschland leben, meinen Sie, den gerechten Anteil zu erhalten? (Nein)	-
Abstiegsängste Erwerbstätige	,13*

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

Mit Blick auf die Faktoren der institutionellen Dimension der Systemintegration zeigt sich weiterhin, dass alle hier berücksichtigten Indikatoren in einem Zusammenhang mit ERE zu sehen sind (vgl. Tabelle 25). Dies gilt in besonderem Maße für das subjektive Gefühl der Sinnlosigkeit lokalpolitischen Engagements sowie für die Wahrnehmung eigener politischer Machtlosigkeit sowohl hinsichtlich der kommunalpolitischen als auch der bundespolitischen Ebene. Individuelle Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus hängt darüber hinaus aber offenbar auch mit dem wahrgenommenen Interesse zusammen, das die Lokalpolitik den Belangen der Bürgerinnen und Bürger entgegen bringt. Wer sich politisch machtlos fühlt, der Meinung ist, dass seine Belange von den örtlichen Politikern nicht wahrgenommen werden und keinen Sinn in einem lokalen Engagement sieht, der ist auch weniger bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

Auf der objektiven Ebene spielen Mitgliedschaften sowie die regelmäßige Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen und die Wahlintention auf Kommunal- wie Bundesebene eine Rolle; geringe Aktivitäten in diesen Bereichen haben einen negativen Einfluss auf die Engagementbereitschaft (vgl. Tabelle 25): Je öfter die Befragten an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen oder wenn sie angeben Mitglied in einem Verein (oder ähnlichem) zu sein, desto eher sind sie bereit, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

Tabelle 25: Zusammenhänge zwischen institutioneller Desintegration und der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus

	ERE
Institutionelle Desintegration	
<i>objektiv</i>	
Wahlintention Bundesebene	,10*
Wahlintention Kommunalebene	,09*
Aktuelle Mitgliedschaft	-,13**
Teilnahme an öffentlichen Veranstaltung	-,10*
<i>subjektiv</i>	
Politische Machtlosigkeit (national)	,23***
Keinen politischen Einfluss vor Ort (hoch)	,30***
Sinnvoll, sich vor Ort zu engagieren (hoch)	-,31***
Mangelndes Interesse der örtlichen Politiker für eigene Belange	,17***

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

Im subjektiven Bereich der sozio-emotionalen Dimension hat mangelnde Anerkennung einen negativen Einfluss auf die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus (vgl. Tabelle 26). Der objektive Bereich spielt wie beim Zusammenhang mit GMF auch an dieser Stelle keine Rolle.

Tabelle 26: Zusammenhänge zwischen der sozio-emotionalen Desintegration und der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus

	ERE
Sozio-emotionale Desintegration	
<i>objektiv</i>	
Fester Lebenspartner	-
<i>subjektiv</i>	
Mangelnde Unterstützung.	-
Mangelnde Anerkennung	-,11**

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

Ähnlich den Zusammenhängen mit GMF zeigen sich bei der räumlichen Desintegration signifikante Korrelationen mit ERE für eine im Rückblick als Verschlechterung wahrgenommene Entwicklung des Wohnumfeldes. Beziehungen auf einem etwas niedrigeren Niveau zeigen sich auch für die Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit als Problem im Wohnumfeld, sowie der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gegend als schlechter im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage der übrigen BRD (vgl. Tabelle 27).

Tabelle 27: Zusammenhänge zwischen räumlicher Desintegration und der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus

	ERE
Räumliche Desintegration	
Verbundenheit mit der Nachbarschaft (niedrig)	-
Entwicklung des Wohnumfeldes (verschlechtert)	,12**
Probleme im Wohnumfeld (Index)	-
Abfall und Sperrmüll auf den Gehwegen	-
Betrunkene, Dealer etc.	-
Arbeitslosigkeit	,08*
Schlechter baulicher Zustand der Häuser	-
Mangelnde Unterstützung durch die lokale Politik	-
Personen, die andere „abziehen“	-
Welchen Ruf hat Ihr Wohngebiet?	-
Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik	,09*

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

Im Hinblick auf die individuellen kulturellen Einstellungs- und Interpretationsmuster – hier wurde als der stärkste Indikator für GMF zusätzlich die Indexvariable zur Messung von Fremdenfeindlichkeit berücksichtigt – erweisen sich alle Faktoren, mit Ausnahme der Konfliktwahrnehmung im Wohnumfeld, dem Lokalismus und der Meinung Rechtsextremismus würde von einflussreichen Persönlichkeiten vor Ort stark abgelehnt, als mit der Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren relationiert (vgl. Tabelle 28). Diesbezüglich ist neben dem kaum überraschenden, aber sehr deutlichen Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichkeit und ERE, zunächst v.a. die subjektive Relevanz zu nennen, die aktiver politischer Einflussnahme zugesprochen wird. Personen, die angaben, es sei ihnen eher unwichtig politische Gegebenheiten eigeninitiativ zu beeinflussen, sind auch weniger bereit zu aktivem Engagement gegen rechtsextreme Strömungen und Phänomene. Gefühle von Orientierungslosigkeit, stärkere Forderungen nach lokaler autoritärer Aggression und Traditionalismus weisen starke Zusammenhänge mit ERE auf. Ebenso zeigt sich, dass Personen die angeben schon lange in derselben Gegend zu wohnen weniger Bereitschaft aufweisen sich gegen den Rechtsextremismus zu engagieren. Weiterhin ist das Ausmaß der subjektiv wahrgenommenen

Bedrohung durch Ausländer von Relevanz bei der näheren Charakterisierung von ERE. Sowie starke Bedrohungsgefühle die Wahrscheinlichkeit von GMF erhöhen, führen sie auch eher zu einer Ablehnung eigenen Engagements gegen Rechtsextremismus. Im Gegensatz zur Relevanz der eigenen Einflussnahme hat eine fehlende politische Anerkennungskultur und das Interesse an dem, was im Ort geschieht, einen geringeren Einfluss. Beachtenswerter nehmen sich hingegen die Relationen zwischen ERE und einer Reihe von Faktoren, die sich speziell mit Normalisierungsprozessen im Hinblick auf die NPD und Rechtsextremismus in der Wahrnehmung der Bevölkerung befassen, aus.

Tabelle 28: Zusammenhänge zwischen vermittelnden Faktoren und der Ablehnung einer Bereitschaft, sich gegen den Rechtsextremismus engagieren

	ERE
Vermittelnde Faktoren	
Fremdenfeindlichkeit	,31***
Politische Anerkennungskultur	,12**
Relevanz politische Einflussnahme	,25***
Lokale autoritäre Aggression	,22***
Lokale Verbundenheit (Lokalismus)	-
Traditionalismus	,20***
Konflikte im Wohnumfeld (Index)	-
Konfliktwahrnehmungen zwischen Alt und Jung	-
Konfliktwahrnehmungen zwischen Neuhinzugekommenen und Alteingesessenen	-
Konfliktwahrnehmungen zwischen Ausländern und Deutschen	-
Bedrohung durch Ausländer	,19***
Orientierungsanomie	,23***
Wie lange leben sie schon in der Gegend	,20***
Mir ist es nicht egal was hier im Ort geschieht	,12**
Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.	,22***
Es ist gefährlich sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren	,12**
In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus	,13**
In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextremismus.	,10*
Polizei unternimmt zu wenig gegen rechtsextreme Aktivitäten	-,11*
Rechtsextreme Aktivitäten werden von einflussreichen Personen stark abgelehnt (Ablehnung)	-
NPD Partei wie jede andere auch (Zustimmung)	,27***
NPD bietet Lösungen für Probleme vor Ort (Zustimmung)	,17***
Erfahrungen mit Rechtsextremisten	-,16***
Positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten	,20*

Anmerkung: *** p < .001, **p < .01, *p < .05

So zeigen sich statistisch höchst bedeutsame Korrelationen zwischen der Ablehnung eines persönlichen Engagements und der Wahrnehmung der NPD als Partei wie jede andere auch bzw. einer der NPD zugesprochenen hohen Problemlösungskompetenz und der Wahrnehmung, der Rechtsextremismus würde in den Medien hochgekocht. Ebenfalls hoch signifikante

Zusammenhänge zeigen sich bezüglich der Meinung, ein Engagement gegen Rechtsextremismus sei gefährlich und der Wahrnehmung, im eigenen Wohnort gäbe es keinen Rechtsextremismus. Geringe Zusammenhänge bestehen hinsichtlich der Wahrnehmungen, die Bevölkerung vor Ort habe nichts gegen rechtsextreme Aktivitäten und die Polizei unternähme zu wenig gegen den Rechtsextremismus. Wiederum erwartbar ist schließlich das letzte Teilergebnis in diesem Zusammenhang: So gilt für Dresdener Befragte, die bislang keine direkten Kontakterfahrungen oder positive Erfahrungen mit Rechtsextremen hatten, dass sie eigenes Engagement in diesem Bereich für eher unwahrscheinlich halten (vgl. Tabelle 28).

Entsprechend dieser empirischen Befunde auf korrelativer Ebene wird im Folgenden (wie zuvor auch für GMF) überprüft, welche der Faktoren, bei denen sich ein statistisch bedeutsamer Zusammenhang mit der Ablehnung eines Engagements gegen Rechtsextremismus zeigt, auch unter Kontrolle der jeweils anderen Faktoren immer noch einen signifikanten Einfluss ausübt, also wirklich wesentlich für die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus ist. In die Analyse gehen nur diejenigen Indikatoren ein, die in den Korrelationsrechnungen statistisch bedeutsam mit ERE zusammenhängend ausgewiesen wurden.¹³

Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalysen sind in Tabelle 29 auf der folgenden Seite dargestellt.

¹³ Hierbei gibt es eine Ausnahme: Die Abstiegsängste der Erwerbstätigen können nicht berücksichtigt werden, da sonst sämtliche Nicht-Erwerbstätigen nicht in die Analysen einbezogen werden könnten.

Tabelle 29: Zur Erklärung der Ablehnung individueller Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus in Dresden (auf Basis einer multiplen Regressionsanalyse)

	ERE 1	ERE 2	ERE 3	ERE 4	ERE 5	ERE 6
Geschlecht	-	-	-	-	-	-
Alter	-	-	-	-	-	-
Bildungsniveau	-,26***	-,18**	-,19**	-,19**	-,15*	-
Sozial-strukturelle Desintegration						
Erwerbstätigkeit	-	-	-	-	-	-
Nettoeinkommen	-	-	-	-	-	-
Institutionelle Desintegration						
Wahlintention (Bundestagswahl)		-	-	-	-	
Wahlintention (Kommunalwahl)		-	-	-	-	
Aktuelle Mitgliedschaft/-en		-	-	-	-	
Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen		-	-	-	-	
Politische Machtlosigkeit (national / hoch)		-	-	-	-	-
Gefühl politischer Einflusslosigkeit vor Ort (hoch)		-	-	-	-	-
Sinnlosigkeit, sich vor Ort zu engagieren (hoch)		-,20**	-,21**	-,23**	-	-
Interesse der örtlichen Politiker für eigene Belange		-	-	-	-	
Sozio-emotionale Desintegration						
Mangelnde soziale Anerkennung			-	-	-	
Räumliche Desintegration						
Entwicklung des Wohnumfeldes				-	-	
Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik				-	-	
Probleme im Wohnumfeld				-	-	
Individuelle kulturelle Interpretations- und Einstellungsmuster (vermittelnde Faktoren)						
Fremdenfeindlichkeit					-	-
Politische Anerkennungskultur					-	
Relevanz eigener politischer Einflussnahme					,20**	,22*
Lokale autoritäre Aggression					-	-
Traditionalismus					-	-
Bedrohung durch Ausländer					-	
Orientierungsanomie					-	-
Wohndauer in der aktuellen Wohngegend					-	-
Mir ist es nicht egal was hier im Ort geschieht.					-	
Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.					-	
Es ist gefährlich, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.					-	
In meinem Wohnort gibt es keinen Rechtsextremismus					-	
In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextreme.					,19**	-
Die Polizei hier unternimmt zu wenig gegen rechtsextreme Aktivitäten.					-	
NPD Partei wie jede andere auch.					,16*	-
NPD bietet Lösungen für die Probleme im Ort.					-	
Erfahrungen mit Rechtsextremisten					-	
Positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten						-
R ² (erklärte Varianz von 100%)	7,2	11,9	12,2	11,9	23,7	6,8

Anmerkungen: Modelle ERE 1 bis ERE: n = 279; Modell ERE 6: n = 121. Für Modell ERE6 wurden aufgrund sonst zu geringer Fallzahl (vgl. Bortz, 1999, 435) nur die Indikatoren berücksichtigt, die einen in den Zusammenhangsanalysen einen statistisch bedeutsamen Korrelationskoeffizienten $r < -.19$ oder $r > .19$ aufwiesen oder im Modell ERE5 einen statistisch bedeutsamen Einfluss auf ERE haben.

In den Modellen ERE1-ERE5 werden sukzessive die signifikanten Indikatoren aus den Korrelationsanalysen hinzugenommen. Die Modelle ERE1-ERE5 dienen nur zur Anschauung, wie sich die Hinzunahme von Indikatoren auf bereits in den vorangegangenen Modellen berücksichtigte Indikatoren auswirkt.

Für eine Interpretation ist daher zunächst nur das Modell ERE5 relevant (vgl. Tabelle 29). Von den soziodemographischen Variablen hat lediglich das Bildungsniveau einen Effekt: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher ist die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Im Modell ERE5 hat keiner der Indikatoren der sozialen Desintegration einen direkten, bedeutsamen Einfluss auf die Bereitschaft sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Einen bedeutsamen Einfluss hat hingegen die Relevanz politischer Einflussnahme: Je wichtiger es den Befragten ist, darauf Einfluss nehmen zu können wie zentrale Probleme gelöst werden können, desto mehr sind sie bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Des Weiteren wird deutlich: Je mehr die Befragten der Aussage zustimmen *„In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextreme“*, desto eher lehnen sie ein Engagement gegen Rechtsextremismus ab. Hieraus lässt sich ein Appell an die Stadtgesellschaft ableiten: Diese muss deutlich signalisieren, dass Rechtsextreme nicht willkommen sind, man sich vor Ort mit Rechtsextremisten auseinandersetzt und sie nicht gewähren lässt. Ebenfalls hinderlich für ein Engagement gegen Rechtsextremismus ist die Zustimmung zu der Aussage *„die NPD ist eine Partei wie jede andere auch“*. Je eher die Befragten dieser Aussage zustimmen, desto eher lehnen sie ein Engagement gegen Rechtsextremismus ab.

Im Modell ERE6 haben wir nur Befragte berücksichtigt, die bereits Erfahrungen mit Rechtsextremen gemacht haben. Hier zeigt sich nur ein Indikator als erklärungskräftig und zwar die Relevanz eigener politischer Einflussnahme: Je wichtiger es den Befragten ist darauf Einfluss nehmen zu können wie zentrale Probleme gelöst werden können, desto mehr sind sie bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

Nachdem nun ausführlich die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung dokumentiert wurden, erfolgt im Folgenden die Zusammenfassung der Befunde.

5 Zusammenfassung und Fazit

Die durchgeführten Analysen identifizieren für die Ortsämter der sächsischen Landeshauptstadt Dresden ein spezifisches Lokalprofil. Daraus lassen sich verschiedene Schwerpunkte in dem Wirkungsgefüge aus Desintegration in den vier Dimensionen, lokalen Spezifika und individuellen Einstellungsmustern sowie *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* bzw. Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus identifizieren, die für die Frage nach der Qualität des täglichen Zusammenlebens vor Ort von entscheidender Bedeutung sind.

Die Ortsämter Prohlis, Altstadt und Loschwitz/Schönfeld-Weißig fallen durch vergleichsweise hohe GMF-Werte auf. In Prohlis findet sich im Vergleich der Ortsämter die geringste Wahlintention auf Kommunalebene und die meisten Personen, die angeben, in einem Viertel mit schlechtem Ruf zu leben. Zudem ist hier die lokale autoritäre Aggression stark ausgeprägt. Interessanterweise fallen jedoch die berichteten Desintegrationserfahrungen und -gefühle, sowie die relative Deprivation in Prohlis im Vergleich mit den übrigen Ortsämtern eher gering aus. Diese Befunde mögen dazu beitragen, dass in Prohlis mit die höchste Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus geäußert wird.

In der Altstadt finden sich deutliche Desintegrationstendenzen in allen hier untersuchten Dimensionen, insbesondere die räumliche Desintegration fällt hoch aus. Zudem zeigen sich hier im Vergleich eine starke Verankerung der NPD und ein deutlich ausgeprägter Traditionalismus. Entsprechend gering fällt hier auch die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus aus. Loschwitz/Schönfeld-Weißig weist vor allem in der institutionellen Dimension, starke Desintegrationstendenzen auf, die Befragten in diesem Ortsamt halten es für wenig sinnvoll sich vor Ort zu engagieren und fühlen sich bei politischen Entscheidungen unzureichend berücksichtigt. In Loschwitz/Schönfeld-Weißig lässt sich dementsprechend auch die geringste Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus im Ortsamtsvergleich ausmachen.

Die vergleichsweise geringsten GMF-Werte finden sich in den Ortsämtern Neustadt, Pieschen und Blasewitz.

In Neustadt fällt die Desintegration in allen vier Dimensionen gering aus, zudem ist hier die lokale autoritäre Aggression am schwächsten ausgeprägt, passend dazu fällt hier auch die Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus hoch aus. In Pieschen findet sich einer der höchsten Anteile von Befragten die sich in Vereinen oder ähnlichem engagieren, insbesondere gering fällt hier der Anteil von Desintegration in der räumlichen und institutionellen Dimension aus. Es fällt jedoch auf, dass trotz dieser positiven Bilanz hinsichtlich der Desintegration in Pieschen die meisten Befragten im Ortsamtsvergleich Zukunftsängste äußern, der Anteil von Nichtwählern bezogen auf Bundesebene am höchsten ausfällt und ebenfalls die Wahrnehmung, dass sich Politiker nicht für die Belange der Bürger interessieren hier am deutlichsten geäußert wird.

In Blasewitz fallen die Desintegrationstendenzen ebenfalls eher gering aus und im Vergleich halten es hier die meisten Befragten für sinnvoll sich vor Ort zu engagieren.

Bezogen auf ganz Dresden haben die Analysen gezeigt, dass menschenfeindliche Einstellungen sich umso stärker zeigen, je deutlicher ein übertriebener Traditionalismus vorherrscht, je stärker Bedrohungsgefühle durch Ausländer wahrgenommen werden und je mehr die Befragten der Meinung sind Rechtsextremismus werde in den Medien hoch gekocht. Insbesondere der letzte Punkt ist für das lokale Handlungsprogramm gegen Rechtsextremismus von großer Bedeutung. Es ist notwendig ein Medienkonzept zu entwickeln, so dass die Themen rund um „Rechtsextremismus“ nicht nur „Vorfallbezogen“, in den lokalen Medien Erwähnung finden, sondern kontinuierlich thematisiert werden. Für die Wahrnehmung einer schleichenden Normalisierung der NPD gilt ähnliches. Je eher Befragte der Aussage *„Die NPD bietet Lösungen für die Probleme bei uns im Ort“* zustimmen, desto höher fällt die Zustimmung zu den Einstellungen der GMF aus und desto geringer ist die Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus. Eine noch stärkere Auseinandersetzung mit den politischen Lösungsvorschlägen der NPD ist notwendig, die auch die Konsequenzen der populistischen Forderungen und Vorschläge entlarvt.

Die Zustimmung zur Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus fällt im Ortsamtsvergleich, neben Loschwitz/Schönfeld-Weißig, und Altstadt auch in Leuben gering aus, hier zeigt sich vor allem ein hohes Maß an politischer Machtlosigkeit.

Während die stärkste Zustimmung zur Engagementbereitschaft gegen den Rechtsextremismus neben Neustadt, überraschenderweise in Prohlis und auch in Plauen auszumachen ist. Dabei fällt auch Plauen durch geringe Desintegrationstendenzen in allen vier Dimensionen auf, zudem engagieren sich hier die meisten Befragten in Vereinen oder ähnlichem.

Bezüglich der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus zeigt sich ein bedeutsamer Einfluss der Relevanz politischer Einflussnahme: Je wichtiger es den Befragten ist, darauf Einfluss nehmen zu können wie zentrale Probleme gelöst werden können, desto mehr sind sie bereit sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

Des Weiteren wird deutlich: Je mehr die Befragten der Aussage zustimmen *„In meinem Wohnort haben die Leute nichts gegen Rechtsextreme“*, desto eher lehnen sie ein Engagement gegen Rechtsextremismus ab. Hieraus lässt sich ein Appell an die Stadtgesellschaft ableiten, dass diese deutlich signalisieren muss, dass Rechtsextreme nicht willkommen sind, man sich vor Ort mit Ihnen auseinandersetzt und sie nicht gewähren lässt. Die humane Qualität einer Gesellschaft bemisst sich am Umgang mit ihren schwachen Gruppen. Dabei kommt vor allem dem Handeln einflussreicher Persönlichkeiten im sozialen Nahraum Bedeutung zu: Bürgermeister, Vertreter lokaler Medien, Vereinsvertreter und auch Vertreter der Kirchen müssen sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein und entsprechend verantwortungsbewusst und eindeutig Handeln.

Hinzukommen sollte eine stärkere Einbeziehung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse, insbesondere in solche die ihren lokalen Nahraum betreffen. Möglichkeiten für Partizipation sind anzubieten und auszubauen, damit die Menschen ihre Interessen berücksichtigt sehen, sich ernst genommen fühlen.

Ansatzpunkte hierfür gehen bereits aus den Antworten bezüglich der Fragen nach Problemlagen/ potenziellen Engagementbereichen hervor: Hier geben die Befragten in Dresden am häufigsten an, sie würden sich für den Erhalt, die Förderung und den Ausbau von Kindergärten, Schulen und Ämtern einsetzen. Ein vergleichsweise hoher Prozentsatz der Antworten bezieht sich zudem auf die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, hier wird Handlungsbedarf im Bezug auf Parkplätze, Fahrradwege, Straßensanierung sowie den Einsatz von Stadtbussen gesehen.

„Das“ Rezept gegen menschenfeindliche Einstellungen kann es nicht geben, vielmehr wird deutlich, dass es spezifische Mechanismen sind, die in ihrem Zusammenwirken zu einem Klima der Feindlichkeit beitragen können. Einige dieser Mechanismen wurden hier herausgearbeitet. Letztlich bleibt es von entscheidender Bedeutung den Themen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nicht nur konjunkturell zu begegnen sondern eine kontinuierliche Auseinandersetzung anzustreben und aufrecht zu erhalten sowie Desintegrationstendenzen entgegenzuwirken und Integrationspotentiale zu stärken. Darin liegt eine entscheidende Voraussetzung für ein Klima der Gleichwertigkeit der Menschen in einer Stadtgesellschaft.

6 Literatur

- Albrecht, Günter, 2002: Soziologische Erklärungsansätze individueller Gewalt und ihre empirische Bewährung. In: Heitmeyer, Wilhelm und John Hagan (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, 763-818.
- Altemeyer, Robert, 1988: Enemies of freedom: Understanding right-wing authoritarianism, San Francisco: Jossey-Bass.
- Anhut, Reimund; Heitmeyer, Wilhelm, 2000: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim/München: Juventa, 17-75.
- Anhut, Reimund, 2002: Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie. In: Bonacker, Thomas (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 381-407.
- Anhut, Reimund; Wilhelm Heitmeyer, 2005: Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse für unterschiedliche Verarbeitungsmuster von Prekarität. In: Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hrsg.): Integrationspotenziale moderner Gesellschaften. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 75-100.
- Barnes, Samuel, H.; Kaase, Max; Allerback, Klaus, R., Farah, Barbara; Heunks, Felix; Inglehart, Ronald; Jennings, Kent, M.; Klingemann, Hans, D.; Marsh, Allan; Rosenmayr, Leopold, 1979: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills/C.A: Sage Publications.
- Bell, Wendell, 1957: Anomie, Social Isolation, and Class Structure. Sociometry, 20, 2, 105-116.
- Boers, Klaus, 1991: Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Bortz, Jürgen, 1999: Statistik für Sozialwissenschaftler. 5. Auflage. Berlin : Springer.
- Burzan, Nicole, 2005: Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cohen, Jacob, 1988: Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences. 2. ed. Hillsdale/ New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- Deutscher Bundestag, 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900.
- Deutscher Bundestag, 2009: Aktueller Begriff. Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Wissenschaftliche Dienste Nr. 80/09. Berlin. Online unter: http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung_wahlbeteiligung.pdf, Stand 13.12.2010.
- Ditton, Hartmut, 1998: Mehrebenenanalyse. Grundlagen und Anwendungen des Hierarchischen Linearen Modells. Weinheim.
- Eisner, Manuel, 2001: Individuelle Gewalt und Modernisierung in Europa, 1200-2000. In: Albrecht, Günter, Backes, Otto; Kühnel, Wolfgang (Hrsg.): Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 71-97.

- Esser, Hartmut, 1988: Sozialökologische Stadtforschung und Mehrebenenanalyse. In: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, 35-55.
- Friedrichs, Jürgen; Jörg Blasius, 2000: Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen: Leske + Budrich.
- Heitmeyer, Wilhelm; Buhse, Heike; Liebe-Freund, Joachim; Möller, Kurt; Müller, Joachim; Ritz, Helmut; Siller, Gertrud; Vossen, Johannes, 1993: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim und München: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2002: Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2003: Deutsche Zustände, Folge 2. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2005: Deutsche Zustände, Folge 3. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2006: Deutsche Zustände, Folge 4. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2007: Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2008: Deutsche Zustände, Folge 6. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2009: Deutsche Zustände, Folge 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2010: Deutsche Zustände, Folge 8. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2010: Deutsche Zustände, Folge 9. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm; Heyder, Aribert, 2003: Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 59-82.
- Heitmeyer, Wilhelm; Thome, Helmut; Kock, Sonja; Marth, Julia, Schroth, Andreas; van de Wetering, Denis 2011: Gewalt in öffentlichen Räumen: Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Iser, Julia, 2006: Vorurteile. Zur Rolle von Persönlichkeit, Werten, generellen Einstellungen und Bedrohung. Die Theorie grundlegender menschlicher Werte, Autoritarismus und die Theorie der Sozialen Dominanzorientierung als Erklärungsansätze für Vorurteile: Ein integrativer Theorienvergleich. Justus-Liebig-Universität Gießen: Dissertation.
- Keller, Carsten, 1999: Armut in der Stadt. Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kommunale Statistikstelle, 2007: Kommunale Bürgerumfrage 2007: Hauptaussagen. Dresden: Landeshauptstadt Dresden.
- Kommunale Statistikstelle, 2007a: Kommunale Bürgerumfrage 2007: Tabellenteil. Dresden: Landeshauptstadt Dresden.
- Kommunale Statistikstelle, 2009: Einwohner am Ort der Hauptwohnung nach 3 Altersgruppen, Ausländeranteil insgesamt. Raumbezug: Stadtteile; Einwohner- und Standesamt. [Daten auf Anfrage erhalten.]
- Kommunale Statistikstelle und Bundesagentur für Arbeit, 2009a: Leistungsempfänger nach Stadtteilen 2009. Kommunale Statistikstelle [Daten auf Anfrage erhalten.].

- Kommunale Statistikstelle und Bundesagentur für Arbeit, 2009b: Arbeitslose nach Stadtteilen 2009 [Daten auf Anfrage erhalten.].
- Legge, Sandra; Reinecke, Jost; Anna Klein, 2009: Das Kreuz des Wählers. Die Auswirkungen von politischer Entfremdung und Fremdenfeindlichkeit auf das Wahlverhalten in abgehängten Regionen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 53-72.
- Lüdemann, Christian, 2005: Zur Perzeption von ‚Public Bads‘ in Form von ‚physical und social Incivilities‘ im städtischen Raum. In: Soziale Probleme 16, 1, 74-102.
- Lüdemann, Christian, 2005a: Benachteiligte Wohngebiete, lokales Sozialkapital und „Disorder“. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 88, 4, 240-256.
- Mansel, Jürgen, 2004: Wiederkehr autoritärer Aggression. Soziale Desintegration und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: 8. Beiheft des Kriminologischen Journals, 105-137.
- Marth, Julia; Grau, Andreas; Legge, Sandra, 2010: Fremdenfeindlichkeit: Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 9. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 61-81.
- Oberwittler, Dietrich, 2003: Das stadtviertel- und gemeindebezogene Stichprobendesign. Anlage und empirische Ergebnisse (working paper / No. 9). Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut.
- Parry, Geraint; Moyser, George; Neil, Day, 1992: Political participation and democracy in Britain. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Petzel, Thomas; Wagner, Ulrich; Nicolai, K.; van Dick, Rolf, 1997: Ein kurzes Instrument zur Messung der Autoritarismus-Neigung. In: Gruppendynamik, 28, 251–258.
- Putnam, Robert, D., 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert, D. (Hrsg.), 2001: Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh.
- Schwenk, Otto, G., 1999: Soziale Lagen in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Shaw, Clifford, R.; McKay, Henry, D., 1969: Juvenile Delinquency and Urban Areas. Chicago: The University of Chicago Press.
- Soziale Gerechtigkeit – Internationale sozialwissenschaftliche Umfrage, 2000: online: <http://info1.gesis.org/dbksearch13/SDESC2.asp?no=3451&search=Soziale%20Gerechtigkeit&search2=&DB=D>, abgerufen am: 08.06.2010.
- SPD Dresden, 2010: Homepage des SPD Ortsvereins Dresden, <http://www.spd-dresden.de/index.php?nr=3209&menu=1>, Stand 14.12.2010.
- Stadt Dresden, 2010: Stadtratswahl am 7. Juni 2009 – aml. Endergebnis, online unter: <http://www.dresden.de/dyn/wahlergebnisse/2009SRW/index.html>, Stand: 13.12.2010.
- Stadt Dresden, 2010a: Broschüre "Europawahl - Kommunalwahl 2009, Ergebnisse in Dresden", online unter: http://www.dresden.de/de/02/060/c_050.php, Stand 14.12.2010.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2008: Datenreport 2008: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Verba, Sidney; Schlozman, Kay, L.; Brady, Henry, E., 1995: Voice and equality: Civic voluntarism in American politics. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.

Wilson, Robert, A., 1971: Anomia and militancy among urban Negroes – Study of neighborhood and individual effects. In: *Sociological Quarterly*, 12, 3, 369-386.

Zick, Andreas; Wolf, Carina; Küpper, Beate; Davidov, Eldad; Schmidt, Peter; Heitmeyer, Wilhelm, 2008: The Syndrome of Group Focused Enmity – Theory and an Empirical Test. In: *Journal of Social Issues*, 64, 2, 363-383.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Legge, Sandra, 2009: Nichts sehen nichts merken, nichts tun oder: Couragiertes Eintreten gegen Rechtsextremismus in Ost und West. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 168-189.

C

Ausblick

Die vorliegenden Analysen verstehen sich nicht als Endpunkte einer Diskussion, sondern als Grundlage eines öffentlichen Diskurses, der um die Frage kreisen muss: *„In welcher Gesellschaft wollen wir in Dresden eigentlich leben?“*. Dazu gehört der Aspekt, wie viel Raum den rechtsextremen Gruppierungen zugestanden werden soll und darf. Die beiden Teilstudien geben auf diese Frage erste Antworten und dokumentieren den derzeitigen Sachstand. Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung verbindet diese Studie mit dem Angebot, die Ergebnisse auch vor Ort vorzustellen und zu kommunizieren. Unser Ziel ist es, einen öffentlichen Diskurs zur Stärkung der demokratischen Werte und einer Kultur der Anerkennung anzuregen. Vorab ist zu konstatieren, dass die Interventionen gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten in der Regel nur auf die so genannten „weichen“ Faktoren zielen können, d.h. auf die Veränderung des sozialen Klimas, der politischen Kultur und des Zusammenlebens innerhalb einer Stadtgesellschaft mithilfe bestimmter Präventions- und Interventionsstrategien.

Häufig sind die Aktivitäten zur Etablierung eines lokalen Handlungskonzeptes nicht von einem klaren Konstruktionsprinzip gekennzeichnet. Die detaillierten Daten der vorliegenden Analysen, bieten der Stadt Dresden eine besondere Chance dem lokalen Handlungskonzept nun ein empirisch fundiertes Konstruktionsprinzip zugrunde zu legen.

Die Zielgruppen der Aktivitäten der Akteure des lokalen Handlungskonzeptes sind ebenfalls häufig nicht klar. Wer ist eigentlich relevant als Akteur und auf wen zielen die jeweiligen Aktivitäten. Der lokale Aktionsplan muss – in welchen Organisationsformen auch immer – diese Zielgruppen genau identifizieren. Das bedeutet aufzulisten, welche Konzeption von Rechtsextremismus eigentlich in den Köpfen der Akteure vorhanden ist. Geht es um das politische Konzept des Rechtsextremismus generell, also um die politischen Muster, oder geht es um die lokalen Akteursgruppen, die in einer Stadtgesellschaft agieren, also konkrete Jugendliche, erwachsene Kader, parlamentarische Akteure etc.

Es ist von großer Bedeutung, dass sich die lokalen Eliten - auch solche die normalerweise nicht im Mittelpunkt stehen – z.B. die wirtschaftlichen Eliten, juristische Eliten, Bürgermeister, Vereinsvertreter und Kirchenvertreter etc. in die lokalen Aktivitäten einschalten. Bisher halten sie sich zumindest teilweise eher zurück, anstatt ihre Vorbildfunktion und Einflusskraft zu nutzen, tragen sie so nicht zu einer positiven Gesamtentwicklung bei. Hierbei kommt auch der Lokalpolitik eine besondere Rolle zu: Ziel für die demokratischen Parteien muss es sein, als politische „Kümmerer“ vor Ort wahrgenommen zu werden, konkrete Probleme vor Ort zu erkennen und diese von demokratischer Seite auf die politische Agenda der Stadt zu heben anstatt bestimmte Themenfelder der NPD zu überlassen. Insbesondere ist eine Auseinandersetzung mit der Frage *„Wie können junge Menschen für die Partizipation in demokratischen Institutionen gewonnen werden?“* dringend notwendig.